

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienvermerk:  
Vierteljährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
Eingelagerte Nummer 6 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingelagert in die Post-Zeitungs-  
Preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Rumänien, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die jedwede Spalte Acolone-  
zeitung oder deren Raum 60 Pf. für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (ein-  
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlo-  
ßen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Entscheidung in der Budgetdebatte.

Magdeburg, 21. September.  
Bormittagsbericht.

In der Sitzung von heute vormittag nahm die Diskussion ihren Fortgang. Unter lebhaften Beifallkundgebungen der beiden Richtungen entwickelte eine stattliche Zahl von Rednern ihre Ansichten. Nur einmal ging das Temperament mit einem Teil der Delegierten durch. Nämlich bei der Rede der Genossin Luxemburg. Diese Genossin war des irrlichen Glaubens, daß sie zur Vertretung des von Reimscheid-Venney-Reitmann gestellten Antrages 20 Minuten Redezeit beanspruchen könne, obwohl es sich nur um einen der Anträge handelte, die bereits sämtlich durch Beschluß des Parteitagess zur Debatte gestellt waren, nicht um einen neuen, besonderen Antrag. Sie geriet deshalb mit dem Genossen Diez in eine Kontroverse, fügte sich dann aber der Auffassung des Vorsitzenden, indem sie erklärte: „Die Sache ist damit erledigt.“ Als sie darauf noch mit einigen Schlussätzen ihre Ausführungen zum Abschluß bringen wollte, wurde sie daran nicht etwa durch ein erneutes Eingreifen des Vorsitzenden, sondern durch den minutenlangen Lärm der Minderheit gehindert. Es muß ausdrücklich konstatiert werden, daß der lärmende Proteststurm Losbrach, trotzdem der streng objektiv seines Amtes waltende Vorsitzende selbst noch keinerlei Veranlassung genommen hatte, die Schlussbemerkungen der Rednerin abzukürzen! Auch nahm später z. B. Genosse Wolf Müller keinen Anstand, ebenfalls reichlich 16 statt der ihm zustehenden 10 Minuten zu sprechen.

Die Einzelheiten der Debatte selbst entziehen sich der Wiedergabe durch ein kurzes Resümee. Es seien deshalb nur einige Momente hervorgehoben. Genosse Panzer-Wayreuth erklärte, daß er zwar seinerzeit einer der 66 gewesen sei, die nach der Annahme der Nürnberger Resolution die bekante Erklärung abgaben, daß er sich jedoch diesmal genötigt sehe, für die Resolution Bebel und den von Zubeil vertretenen Zusatzantrag zu stimmen. Auch hätten fast alle nordbayerischen Kreise in gebarnisteter Weise Stellung gegen die badische Budgetbewilligung genommen. Genosse Mauerer-München dagegen erhob, wie später namentlich auch David, entschiedenen Einspruch gegen das „abgekürzte Verfahren“, das „Standrecht“, das der Antrag Zubeil darstelle. Ein solches Verfahren widerspreche den klaren Bestimmungen des Organisationsstatuts, das für den Ausschluß eines Parteimitgliedes die Innehaltung eines genau bestimmten Instanzenweges vorschreibe. Ein Einwand, der beweist, daß die badischen Genossen und ihre Gefinnungsfreunde, die doch bei der Auslegung von Parteitagsschlüssen von Buchstabenklauberei nichts wissen wollen und der weitherzigen Auslegung das Wort reden, auch in ihnen geeignet erscheinenden Augenblicken zu wahren Fanatikern des geschriebenen Wortes werden können. Denn darüber, daß ein Parteitag, der doch selbst als höchste Parteinstanz das Organisationsstatut beschloß, die Souveränität besitzt, in ganz besonderen Fällen auch ganz besondere Entscheidungen zu treffen, dürfte doch kein Zweifel obwalten. Im übrigen hat die Mehrheit des Parteitagess, die hinter dem Amendement Zubeil steht, lediglich die Absicht, den Anhängern der Budgetbewilligung endlich einmal zu beweisen, daß die Majorität der Partei fest entschlossen ist, ihren Beschlüssen auch rückwärtslos Geltung zu verschaffen! In welcher Form diese Willenskundgebung, die unbedingt erfolgen muß, nun geschieht, ist eine Frage von sekundärer Bedeutung.

Stürmische Heiterkeit entseffelte Genosse Heilmann-Chemnitz durch die staatsmännische Enthüllung, daß die prinzipielle Budgetverweigerung deshalb etwas ganz Belangloses sei, weil nach seinen früheren Erfahrungen als Parlamentarierjournalist die Abstimmung über das Budget meist bei völliger Teilnahmslosigkeit des Hauses erfolge. Genosse Ledebour belehrte Heilmann darüber, daß man doch unmöglich die Bedeutung der Budgetverweigerung, die ja bei ihrer regelmäßigen Wiederholung natürlich kein hochdramatischer, sensationeller Spektakel sein könne, doch unmöglich unter dem Gesichtswinkel betrachten könne, ob die paar Journalisten dabei auf die Kosten kämen. Parlamentarische Demonstrationen erwachsen aus besonderen parlamentarischen Ereignissen; die Ablehnung des Budgets dagegen habe nicht als äußerliches Schauspiel, sondern als politische Handlung ihre hohe prinzipielle Bedeutung. — Außerordentlich eindrucksvoll präzipierte noch einmal Genossin Getkin die strittigen Fragen. Auch die Mehrheit des Parteitagess denke gar nicht daran, an sich die Konzeptionen und Reformen auch der kleinsten Art irgendwie zu unterschätzen. Die ganze Partei freue sich über den Eifer und Erfolg der badischen Parteigenossen. Aber diese Zugeständnisse sollten nicht errungen werden durch parlamentarische Konzeptionen unsererseits und Verschleidenheit, sondern durch den Druck der Massen von außen! Leider jedoch habe die badische Fraktionsmehrheit über die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen die Kämpfergemeinschaft

mit der Gesamtheit der Partei und den Massen außerhalb des Landtags aus den Augen verloren. Jeder wolle die Einheit der Partei, es frage sich nur, ob sie um den Preis der alten Grundsätze und der bisherigen Taktik erkauft werden dürfe. Die deutsche Partei habe zu bekunden, daß sie bleiben wolle, was sie war: der politische Ausdruck der revolutionären Arbeiterklasse!

#### Die Nachmittagsitzung.

In der die Debatte über den badischen Disziplinbruch ihr Ende erreichte, gipfelte in bewegten Schlussätzen. Genosse Frank mißbrauchte nämlich sein Schlusswort dazu, gegen die Mehrheit des Parteitagess, die den Zusatzantrag zu der Resolution Bebel unterzeichnet hatte, die heftigsten Angriffe zu richten. Während in Franks erster Rede und in den Neben seiner zahlreichen Gefinnungsgenossen bisher nicht der leiseste Vorwurf gegen das formale Vorgehen der Antragsteller erhoben worden war, gestel es Frank, in seinem Schlusswort die demagogische Anklage zu erheben, die Antragsteller hätten durch Einbringung ihres Antrages vor den Verhandlungen bewiesen, daß sie ihr Urteil bereits fertig mitgebracht hätten. Das sei genau so, als wenn ein Richterkollegium sein Urteil bereits gefällt habe, bevor in die Gerichtsverhandlung überhaupt eingetreten worden sei. Dieser ebenso unmotivierte wie unloyale Angriff löste bei der Minderheit frenetischen Beifall, bei der Mehrheit einen Sturm der Entrüstung aus. Um das Vorgehen Franks würdigen zu können, muß man wissen, daß von der Minderheit der Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission, also auf Entschuldigung wenn nicht Billigung des Disziplinbruchs, bereits vorlag, bevor noch Bebel's Resolution bekannt geworden, geschweige denn die Verhandlung über den badischen Fall eröffnet worden war. Dagegen beschloß die Mehrheit erst die Einbringung des Amendements Zubeil, als Bebel's Resolution dem Parteitag bereits vorlag, also lange nach der Stellungnahme der Minderheit! Und der Vertreter dieser Minderheit besitzt dann den Mut, der Mehrheit den Vorwurf des fahrlässigen oder sogar bewußt voreingenommenen Urteils zu machen. Als ob nicht obendrein die Abstimmung über den Antrag der Mehrheit natürlich erst nach der abgeschlossenen Verhandlung erfolgt wäre, und als ob nicht gerade die Zurückziehung des Zusatzantrages Zubeil, die nach Bebel's Schlusswort erfolgte, geradezu schlagend den guten Willen der Mehrheit erwiesen hätte, dem Verlauf der Verhandlung in der gewissenhaftesten Weise Rechnung zu tragen.

Genosse Gaase wies denn auch in persönlicher Bemerkung mit den schärfsten Worten die demagogische Unterstellung Franks gebührend zurück.

Aber noch einen zweiten derartigen Angriff leistete sich Frank und bezeichnender Weise wiederum nicht in seinem ersten Referat, sondern in seinem Schlusswort gegen die Mehrheit. Er warf ihr vor, daß sie nicht einmal die organisatorischen Grundsätze der eigenen Partei kenne, da sie den Ausschluß beantragt habe, der in dieser Form nach dem Organisationsstatut gar nicht zulässig sei. Wir erklärten bereits in unserm Resümee über die Vormittagsitzung, daß es zweifellos sei, daß der Parteitag als Schöpfer der Gesetze der Partei auch die Souveränität besitze, durch Parteitagsschlüsse einen Ausschluß zu vollziehen. Aber bei dem Antrag Zubeil handelte es sich obendrein gar nicht um einen Ausschlußantrag, sondern um eine Willenskundgebung des Parteitagess, die lediglich die Entschlossenheit der Partei beweisen sollte, bei einem abermaligen Disziplinbruch die gerade aus dem Organisationsstatut sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Die Form dieser Willenskundgebung war der Mehrheit Neben- sache, die Hauptsache sei einzig der unabweidliche Ausdruck dieses Willens, und da Genosse Bebel namens des Parteivorstandes klipp und klar deklarierte, daß auch er als Antragsteller dem Sinn des Antrages Zubeil durchaus zustimme, zog die Mehrheit mit einer ebenso präzisen wie unabweidlichen Deklaration ihren Antrag zurück. Die Angriffe Franks werden also durch die Tatsachen derart hündig erledigt, daß sich eine Kritik eigentlich erledigt. Nach der bedauernden Taktik der Minderheit in Nürnberg verdient es aber unterstrichen zu werden, daß sich auch diesmal die Minderheit wieder zu Handlungen hinreihen ließ, die alles beweisen, nur nicht den oft beteuerten Willen zum friedlichen Austrag des Meinungsstreits und zu einem Kampf mit lauterem Mitteln.

Zur Sache selbst hatte Frank nur noch wenig zu sagen. Während Bebel noch einmal in zweifündiger Rede alle Einwendungen der Budgetbewilliger zerzauste, um am Schluß abermals die forumpierenden Wirkungen der Konzeptions- und Anpassungspolitik in großen Zügen darzulegen, umging Frank wieder die Kernfragen des ganzen Revisionismus in weitem Bogen, um dann um so vehementen gegen die angeblichen Missetaten der Mehrheit ins Zeug zu gehen. Ein abschließendes Beispiel dessen, was Frank unter einer ruhigen, leidenschaftslosen Aussprache versteht. Auf die überzeugenden Darlegungen Bebel's, daß in allen entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Fragen künftig Junkertum und Nationalliberalismus zusammengehen würden, weil die Großindustrie und das Bankkapital sich in ihren Interessen mit dem Junkertum mehr und mehr solidarisch fühlten, deshalb also das Junkertum als Waffe gegen das Proletariat benutzen würden, hatte Frank keinerlei Entgegnung. Dagegen entschloßte ihm wenigstens das revisionistische Geständnis, daß die Negation wohl möglich sei, daß aber aus dem Wachstum der Partei

dieser neue Pflichten erwachsen, womit natürlich Pflichten nach Art der badischen Budgetbewilliger und Hofgänger gemeint waren. Das unglaublichste aber war, daß Frank erklärte, die süddeutschen Genossen würden sich zwar alle Mühe geben, die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten, daß aber die Stellungnahme zum Budget auch künftig von der jeweiligen politischen Situation abhängig sein würde! Diese Erklärung beweist, wie notwendig es war, durch die Deklarationen Bebel's und Gaase den Sinn der Resolution des Parteivorstandes so einwandfrei sicher zu stellen, daß an der gegenwärtigen und künftigen Stellungnahme der Partei bei wiederkehrenden Disziplinbrüchen auch nicht der leiseste Zweifel mehr möglich ist. Nicht daß wir befürchten, daß der Parteitag sich abermals mit einem Disziplinbruch nach Art der badischen Fraktion zu beschäftigen haben würde, aber angesichts der Haltung der Minderheit war diese scharfe und klare Stellungnahme absolut geboten, sollten die Parteitagsschlüsse nicht zu Aindergepöht werden.

Vorur zur Abstimmung geschritten wird, gibt der Vorsitzende bekannt, daß infolge der Erklärung Franks über das künftige Verhalten der Budgetbewilliger der Antrag eingegangen ist, die entsprechende Stelle der Deklaration des Parteivorstandes der Resolution einzufügen! Die Debatte und Abstimmung über diesen Antrag soll nach der Abstimmung über die Resolution Bebel stattfinden.

Die Abstimmung über die Resolution Bebel erfolgt getrennt. Für den ersten Teil, der die Nürnberger Resolution ausdrücklich bestätigt, Stimmen 266, dagegen 106 Delegierte. Die Abstimmung über den zweiten Teil, der den Disziplinbruch als solchen verurteilt, ergibt die Annahme durch 301 gegen 71 Stimmen. Die ganze Resolution gelangt mit 289 gegen 80 Stimmen zur Annahme.

Magdeburg, 21. September, 11.45 nachts.

Die heutige Sitzung schloß mit der Obstruktion der Minderheit, die sich entfernte, als die Majorität trotz aller taktischen Wanders auf Abstimmung über eine erneute Erklärung des Parteitagess im Sinne der Deklaration Bebel's und Aufnahme derselben in die Resolution bestand. Die Minorität setzte damit ihrer parteischädigenden Haltung die Krone auf.

Magdeburg, 21. September.

Gaase-Königsberg begründet den neuen Antrag Zubeil. Er ist ein Akt des Entgegenkommens. Die Erklärung des Genossen Frank, „seiner könne sagen, was bei der Budgetabstimmung der nächsten Jahre geschehen wird“, ist ein Faustschlag ins Gesicht der großen Mehrheit des Parteitagess. (Lebh. Zustimmung.) Die Erklärung, daß die Minderheit die Stellung zur Budgetabstimmung abhängig machen will nicht vom Willen der Gesamtpartei, muß im Lande Erregung hervorrufen. Darum ist die Erklärung nötig, um Klarheit zu schaffen.

Voghterr-Wiesbaden beantragt namentliche Abstimmung, um festzustellen, welche Genossen vorgezogen haben, der Verhandlung fernzubleiben. (Bravo!)

N. Fischer bedauert den Antrag Zubeil und die Begründung Gaase's. Es ist kein erfreuliches Schauspiel, daß die über die Sie zu richten entschlossen sind, den Saal verlassen haben. Die Erklärung Franks mußte genügen. (Stürmische Unterbrechung und Oh!-Rufe.)

Nach längerer Debatte findet die namentliche Abstimmung über den neuen Antrag Zubeil statt. Das Ergebnis der Abstimmung ist: Teilgenommen haben 292 Delegierte; für den Antrag Zubeil stimmen 228, dagegen 64 Delegierte. Schluß der Sitzung 12 Uhr. Die nächste Sitzung ist Donnerstag früh.

## Keine Eile — nur ein Dienstmädchen!

Seit dem 5. Januar 1910 sitzt im Holsteinischen ein Dienstmädchen im Gefängnis für nichts und wieder nichts! Mitte August wird der skandalöse Fall bekannt, in der sozialdemokratischen und einem Teil der liberalen Presse besprochen und dabei die Regierung aufgefordert, sofort für Abhilfe zu sorgen. Nichts regt sich. Ende August oder Anfang September stellt der fortschrittliche Abgeordnete Strube auf Grund eigener Nachforschungen fest, daß der unglaubliche Fall sich tatsächlich ereignet hat, und daß das unglückliche Mädchen noch immer sitzt! Jetzt endlich am 20. September kommt die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ mit folgender Antwort angeheimpelt:

„Vor einiger Zeit ist durch die Presse die Mitteilung gegangen, daß im Kreise Oldenburg eine ausländisch-polnische Arbeiterin, welche bei Beginn der sogenannten Karenzzeit (vom 20. Dezember bis 1. Februar) entgegen den bestehenden Vorschriften im Inlande verblieben, in Polizeigefangenschaft genommen und trotz ihrer bei dem zuständigen Landrat und dem Regierungspräsidenten dagegen erhobenen Beschwerden mehrere Monate lang festgehalten worden sei. Hierbei ist die Frage erörtert worden, ob das von den örtlichen Behörden eingeschlagene Verfahren den bestehenden Vorschriften entspricht und wie die schon aus allgemein humanitären Rücksichten nicht zu rechtfertigende Maßnahme zu vermeiden gewesen wäre.“

Hierüber ist folgendes zu bemerken. Ausländisch-polnische Arbeiter und Arbeiterinnen haben spätestens am 20. Dezember jedes

Jahres das Inland zu verlassen und dürfen hier nicht vor dem 1. Februar wieder in Arbeit treten. Zuwiderhandelnde sind durch die Ortspolizeibehörden auszuweisen und in der Regel auf kürzestem Wege nach ihrer Heimat abzuführen. Im vorliegenden Falle ist aus bisher noch nicht aufklärten Gründen an Stelle der formlosen Abschiebung über die Grenze das förmliche Uebernahmeverfahren eingeleitet und auf Grund des deutsch-österreichischen Uebernahmevertrages vom 26. Juli 1876 die L. L. Statthalterei in Lemberg um die Uebernahme der ausgewiesenen Dienstmagd Josepha Claston aus Gluchum in Galizien ersucht worden. Eine Uebernahmeerklärung ist aber nicht zu erlangen gewesen. Nach den geltenden Vorschriften soll eine polizeiliche Festnahme zur Durchführung des Ausweisungsverfahrens allgemein nur dann stattfinden, wenn die Durchführung der Ausweisung dadurch, daß der Auszuweisende sich auf freiem Fuße befindet, gefährdet erscheint, oder wenn die polizeiliche Verwahrung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung für notwendig erachtet werden muß. Darüber, ob im vorliegenden Falle diese Bestimmungen Beachtung gefunden haben, sowie über die Gründe der Einleitung des förmlichen Uebernahmeverfahrens hat der Minister des Innern eine Untersuchung eingeleitet, die bisher noch nicht abgeschlossen werden können.

Länger als einen Monat ist der skandalöse Fall bekannt — nun kommt endlich eine amtliche Erklärung. Und was für eine! Wir erfahren, daß eine Untersuchung eingeleitet ist, die noch nicht zum Abschluß gediehen ist! Die diversen Wochen, die seit der öffentlichen Annäherung des unglaublichen Vorfalls verfloßen sind, haben also der preussischen Bureaucratie noch nicht genügt, um festzustellen, was festzustellen notwendig ist! Die Regierung weiß heute noch nicht, ob ein oder mehrere Beamte sich vergangen haben und welcher oder welche Beamte die Schuldigen sind! Man sollte glauben, wie letzter noch im Zeitalter der Postulatsche!

Das wichtigste aber, das, was jeder Mensch mit halbwegs menschlichem Gemüte zu wissen begehrt, das sagt die amtliche Mitteilung nicht. Darüber schweigt die Berliner Korrespondenz wie ein Grab! Sie sagt kein Wort über die dringende Frage, ob denn nun das bedauernde Opfer preussischer Bureaucratie, ob das Dienstmädchen Josepha Claston jetzt endlich aus dem Gefängnis entlassen ist? Sie läßt gemütsruhig die Möglichkeit offen, daß die arme Polin noch heute im Gefängnis sitzt und darin sitzen bleiben wird, bis der Amtsschimmel zum Ziel gekommen ist, bis die Untersuchung beendet ist und die Regierung weiß, ob die betreffenden Beamten sich gegen das Reglement vergangen haben und was nun mit dem Dienstmädchen zu geschehen hat!

Das klingt unglaublich, aber was ist in Preußen unglaublich! In einem Kulturstaat wäre das ganze Verfahren unglaublich! Aber in Preußen ist diese skandalöse Mißachtung der persönlichen Freiheit eines Menschen möglich, ist es möglich, daß die Regierung in einer öffentlichen Erklärung über die brennende Frage, ob die skandalöse Freiheitsberaubung fort dauert oder nicht, mit absolutester eifrigster Gleichgültigkeit hinweggeht. Und in Preußen ist es möglich, daß ein Mensch widerrechtlich noch wochenlang weiter im Gefängnis gehalten wird, einfach weil die Bureaucratie keinen Anlaß findet, sich über seinen Fall aufzuregen und den Trotz des Amtsschimmels etwa deshalb ein wenig zu beschleimen, weil es sich um die persönliche Freiheit eines Menschen handelt! Wohlgerne, wenn dieser Mensch ein Proletarier ist! Wenn er ein Fürst Eulenburg wäre...

Und das polnische Dienstmädchen ist nicht bloß ein Proletarier, es ist auch ein Ausländer. Und Ausländer haben in den Augen der preussischen Bureaucratie ja nur dann Existenzberechtigung, wenn sie als Streikbrecher, zur Niederhaltung deutscher Arbeiter über die Grenze kommen. Ausländer sind rechtlos in Preußen und doppelt rechtlos, wenn sie gar noch Proletarier sind. Denn unsere Junkerbureaucratie kann sich absolut nicht vorstellen, daß sich im Auslande eine Regierung über die Mißhandlung eines Proletariats, eines Dienstmädchens aufregen könnte. Und deshalb wandern die Aktienkurse gemütsruhig zwischen Berlin und Holstein hin und her. Ist nicht — nur ein Dienstmädchen!

Der Fall ist empörend! Wird die Regierung wenigstens jetzt gerufen, der Deffenisheit mitzutellen, ob das Dienstmädchen Josepha Claston noch im Gefängnis sitzt? Und wenn ja, wie lange die preussische Regierung es noch darin sitzen lassen will?

## Verfassungskämpfe in Griechenland.

Seit acht Tagen toben in der Nationalversammlung Kämpfe um die Revision der Verfassung. Die letzten Telegramme besagen allerdings, daß ein Frieden zugunsten der Regierung geschlossen ist. Indessen tut man gut, athensischen Telegrammen mit dem größten Mißtrauen zu begegnen. Die Telegraphendrähte sind dort ganz besonders gut dressiert; sie befördern nie eine der Regierung unbecommene Meldung. Man wird daher briefliche Nachrichten über den tatsächlichen Verlauf der Dinge abwarten müssen.

Bekanntlich hat vor einem Jahre ein Militärputsch in Griechenland stattgefunden, bei dem die Offiziere einen ähnlichen Handstreich wie die Jungtürken planten. Doch gelang es ihnen nicht, sich der Regierung zu bemächtigen. So viel wurde aber damals vollständig klar, daß gegen die Dynastie eine weitgehende Verbitterung in allen Schichten der Bevölkerung herrscht. Schon damals wäre es vielleicht um den Thron des Königs Georg geschehen gewesen, wenn nicht die überwiegende Zahl der Offiziere sowohl, als der „nationalen“ Politiker befürchteten müßte, bei einer Volksbewegung beiseite geschoben zu werden. Dazu kam die Kriegsgefahr, die von seiten der Türkei drohte. Die freitischen Wirren und die feindliche Haltung der Türkei hatten die Dynastie vorläufig gerettet.

Die Regierung hat dann den Sturm zu beschwichtigen versucht, indem sie weitgehende Reformen versprach, die von dem neu zu wählenden Parlament beraten werden sollten. Dieses Versprechen wurde dahin gedeutet, daß die Nationalverwaltung freie Hand haben würde, um eine neue Verfassung zu schaffen. Dagegen erklärte der König in seiner Thronrede, daß nur die nicht grundlegenden Bestimmungen der Verfassung revidiert werden können. Sehr erklärlich! Denn sobald das Parlament als konstituierende Versammlung aufzutreten würde, könnte es leicht dahin kommen, daß diese sich für die Republik ausspricht und das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg seine Laren und Penaten einpacken müßte. Bei Beginn der Beratungen bestand ein Teil der Abgeordneten darauf, daß die Versammlung sich als konstituierende Versammlung erklären müsse und verweigerten es, den bisher üblichen Eid zu leisten, da mit einem solchen Eide die bestehende Verfassung und die Rechte der Dynastie bereits anerkannt wären. Es kam zu Unmüllen, bei denen die Bibel, auf die der Eid geleistet wird, fortgeworfen wurde.

Nach den letzten, wie gesagt, sehr unzuverlässigen Meldungen, soll der Widerstand dieser Abgeordneten gebrochen sein und das Parlament soll eingewilligt haben, sich nicht als Konstituante zu betrachten. Es sei — so heißt es weiter — eine Kommission eingesetzt, die über die Eidesformel beraten soll.

Möglich ist freilich, daß vorläufig die Sache noch echt griechisch abläuft. Ein Telegramm meldet nämlich:

„Die verläutet, wird, wenn das Kabinett des Ministers Dragumis zum Rücktritt gezwungen wird, ein Kabinett Schulzissl ernannt werden. In diesem wird Benizelos das Portefeuille des Aussen und General Smolenski das Kriegsportefeuille übernehmen.“

Herr Benizelos, der Kreter, den man in Griechenland in die Nationalversammlung wählte, war einer der lautesten Rufen im Streit. Er besommt einen Ministerposten und seine Freunde geben die Idee der Konstituante auf. Ob es gelingt, dadurch die Volksbewegung zu unterdrücken, ist freilich eine andere Frage.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September 1910.

### Nationalmiserables.

Der nationalliberale Parteitag in Kassel verspricht eine recht interessante Versammlung reaktionärer „Staatsmänner“ und politischer Idioten zu werden. Auch der nationalliberale Reichstagswahlverein in Hamburg hat seinen Vertretern zum nationalliberalen Parteitag eine Resolution mitgegeben, die für die Reichstagswahlen den entscheidenden Kampf gegen die Sozialdemokratie verlangt. Mit den „nationalen“ Parteien soll der Kampf so geführt werden, daß das Zusammengehen in der Stichwahl nicht gefährdet wird.

Der freikonservative Flügel der Nationalliberalen gibt jetzt sogar eine eigene Korrespondenz heraus, von der die nationalliberale Geschäftsstelle in Frankfurt a. M. dem „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Es muß öffentlich festgestellt werden, daß die nationalliberale Partei mit dieser im Stile des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie redigierten Korrespondenz nicht das mindeste zu tun hat. Da die Korrespondenz den Zeitungen kostenlos zugehandelt wird und honorarlos benutzt werden darf, so muß man sich unwillkürlich fragen, wer der unbekannte Philantrop ist, der Druck, Papier, Reklamationen und Postkosten an diese Sache hängt? Kennern der politischen Verhältnisse wird die Antwort hierauf nicht schwer fallen.“

Der unbekannte Philantrop ist der Leder-Baron Hehl zu Herrnsheim.

### Aus dem Kapitel von der „höheren Offizierschere“

Erfurt, 20. September.

Heute stand der verantwortliche Redakteur der „Tribüne“ in Erfurt, Genosse Wilhelm Dahl, abermals vor der Strafkammer des Landgerichts Erfurt. Diesmal handelte es sich um ein kleines Raschspiel zum Allensteiner Prozeß nach der Verurteilung jenes Prozesses hatte sich vor der Strafkammer in Potsdam die Schneiderin Leopolda Strehlau und ihr Verlobter, der Bureaugehilfe Wilhelm Groger wegen Erpressung und Verleumdung, degangen gegen den Hauptmann Schmad, früher in Allenstein, jetzt in Sensburg, und den Leutnant Eide in Allenstein, zu verantworten. Die Angeklagte war früher in Allenstein als Buchhalterin tätig gewesen und wiederholt zu sogenannten „Budenzaubern“ eingeladen worden, bei denen es, wie der Potsdamer Gerichtsvorsitzende sagte, nicht so zugegangen sei, daß eine anfällige Dame daran hätte teilnehmen können. Im August 1907 gab die St. einem Kinde das Leben. Einen gegen den Hauptmann Schmad angestrengten Alimentationsprozeß verlor sie, weil der Leutnant Eide beschwor, ebenfalls in der fraglichen Zeit während eines Budenzaubers mit ihr intimen Umgang gehabt zu haben. Sie ersattete gegen Leutnant Eide eine Anzeige wegen wesentlichen Meineids und ihr Verlobter unterstützte ihre Bemühungen in an den Hauptmann und den Regimentskommandeur gerichteten Briefen, was die Anklage gegen ihn wegen Erpressung und Verleumdung zur Folge hatte. Er wurde zu sechs Monaten, das Mädchen zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

In einem Artikel: „Das andere Allenstein“ waren nun über diesen Prozeß kritische Betrachtungen angestellt worden, in denen diese Mädeltragödie in Vergleich zu der Damentragödie im Allensteiner Prozeß gestellt wurde. Darin erblickte die Erfurter Staatsanwaltschaft eine Verleumdung des Hauptmanns Schmad und des gesamten Allensteiner Offizierskorps und erhob Anklage. Und obwohl in dem Artikel gar nicht positiv behauptet wird, daß wirkliche Alimentationsrechte gegen den Herrn Hauptmann geltend zu machen seien — das Börtchen „etwaige“ vor den „unbequemen Rechtsanprüchlichen“ fehlte in der Anklageschrift —, und obwohl stets nur von manchen, an anderer Stelle sogar ausdrücklich von den beiden Offizieren die Rede, wurde Genosse Dahl doch im Sinne der Anklage wegen Verleumdung in zwei Fällen zu je 100 Mark Geldstrafe, insgesamt zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt aber hatte sechs Monate Gefängnis beantragt!

### Das Staatsbürgerrecht der Eisenbahner.

Wie besorgt die Zeitungen der königlichen Eisenbahnverwaltungen um das Wohlergehen ihrer Arbeiter sind, zeigt wieder ein „Anschlag“, durch den die königliche Eisenbahnverwaltungen (Kreis Solingen) ihre circa 2000 Arbeiter vor der Gefahr „sozialdemokratischer“ Zeitungen warnen. Das interessante Dokument lautet:

„Von sozialdemokratischer Seite wird neuerdings eine wenigstens zweimal im Monat erscheinende Zeitung „Die Eisenbahn“ herausgegeben, deren Format demjenigen der im Verlage der Schreiftvertriebsanstalt G. m. b. H. herausgegebenen „Eisenbahn“ entspricht. Die neue Zeitung verfolgt offenbar den Zweck, Verwechslungen mit dieser herbeizuführen. Die Verbreitung erfolgt kostenlos von Hand zu Hand.“

Die Bediensteten werden darauf hingewiesen, daß das Halten und Weiterverbreiten dieser „Zeitung“ in ganz derselben Weise wie die des „Bedrucks“ als eine Förderung der Bestrebungen der Reichsaktion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes angesehen und unmaßstäblich die sofortige Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben wird.“

Schwarzer.

J. B. Müden.

### Künstliche Ueberzeugungstreue.

Der Agitator des Bundes der Landwirte, Landtagsabgeordneter Körner in Stuttgart, hatte einen Oberförster in Schorndorf verklagt, weil dieser behauptet hatte, Körner habe einmal in einer Wahlversammlung erklärt:

„Er werde für seine Reden, die er im Dienste des Bauernbundes halte, bezahlt; geht Ihr damit meinte er Angehörige der nationalliberalen Partei! 1000 M. mehr, so arbeite ich für Euch!“

Vor dem Schöffengericht gelang es dem Oberförster, den Beweis für seine Behauptung zu erbringen, so daß er freigesprochen werden mußte.

Herr Körner ist, wie sein Verhalten zeigt, so tief in die Profitbegriebe des Bundes der Landwirte eingebunden, daß er fast verdient, zum Bundesdirektor erwählt zu werden.

### Königlich bayerische Militär-Zigarrenfabriken.

Die Tabaksteuer hat das Kommando des 4. Bayerischen Infanterie-Regiments in Reg. zu einer ganz eigenartigen Einrichtung

veranlaßt. Der „Deutsche Tabakverein“, eine Unternehmungsorganisation, hat in Erfahrung gebracht, daß in der Kaserne des fraglichen Regiments der Bedarf an Zigarren für die Mannschaften hergestellt wurde. Auf eine Eingabe an das bayerische Kriegsministerium wurde dem Tabakverein geantwortet, daß die behaupteten Tatsachen richtig sind. Das Kriegsministerium hat, wie die „Dresdener Zig.“ mitteilt, als Grund angeführt:

„Zum teilweisen Ausgleich der in Reg. eingetretene besonderen Verteuerung aller im Kontinentbetrieb benötigten Lebens- und Genussmittel usw. hat sich das 4. Infanterieregiment zu dem Versuch verhalten, den Bedarf an Zigarren für die Mannschaften zum Teil in eigener Regie durch zwei gelehrte Zivilarbeiter in einem eigens dazu gemieteten Raum anfertigen zu lassen. Angehörige des Regiments werden bei der Herstellung der Zigarren nicht verwendet. Es ist Vorkehrung getroffen worden, daß die gefertigten Zigarren lediglich von der Truppe selbst verbraucht werden und ein Verkauf nach auswärts hinfingehalten wird. Da diese Einrichtung lediglich dem Wohle und dem Vorteil der Mannschaften dient und gesetzliche Bestimmungen ihr nicht entgegenstehen, ist das Kriegsministerium nicht in der Lage, dem vom deutschen Tabakverein geäußerten Wunsch auf Verbot der Selbstanfertigung von Zigarren im Kontinentbetrieb des 4. Infanterie-Regiments zu entsprechen.“

Auch eine der schönen Folgen der letzten Reichsfinanzreform!

### Fanatiker der Enthaltensamkeit.

Der konservative Reichsbote hat sich jüngst gegen die völlige Enthaltensamkeit von alkoholisierenden Getränken gewendet und ist deshalb der Fürsorge für die durch den Branntweinstoff empfindlich getroffenen Schnapsbrenner besichtiget worden. Dem frommen Postboten ist nun ein Verteidiger entstanden in der — „Deutschen Tageszeitung“. Das Dertel-Blatt, dem die rücksichtslose Vertretung der agrarischen Interessen übertragen ist, springt dem angeblich zu Unrecht angegriffenen „Reichsboten“ bei und sagt über die „Fanatiker der Enthaltensamkeit“:

„Wir stehen völlig auf dem Standpunkte des „Reichsboten“. Bisher haben wir die völlige Abstinenz für Leute gehalten, die einer guten Sache zu dienen glauben. Wir konnten zwar ihren Standpunkt nicht teilen, haben aber ihren Bestrebungen trotzdem ein wohlwollendes Interesse entgegengebracht. Wenn wir aber jetzt diese Auswüchse eines bedenklichen Fanatismus sehen, so wird es uns schwer, der Bewegung unsere Sympathien zu erhalten. Fanatismus ist immer von Uebel. Selbst die beste Sache wird durch ihn entwertet, besonders, wenn er dazu führt, dem Andersdenkenden Absichten und Auffassungen zu unterstellen, die diesen Andersdenkenden herabsiehenden müssen.“

Die gefüllten Branntweinfässer der Agrarier sind demnach ein „nationales Uebel“, das umso größer wird, je mehr es die Arbeiter ablehnen, diesen Fasel zu trinken. Wie wäre es, wenn man nationalbegeisterten Studenten hier helfend eingreifen ließe? Preussischen Fasel zu trinken, ist eine nationale Tat.

### Konfiskation der „Glücklichter“.

Ein Opfer der Reiselust Kaiser Wilhelms II. wurde die dieswöchentliche Nummer der „Glücklichter“ in Wien. Das Wighblatt, das in der letzten Zeit mehrmals dem Postamt verfiel, wollte auch in seiner neuesten Nummer, die als Wigh-Nummer gedacht war, den illustren Gast begründen. Leider war die Rechnung ohne den Staatsanwalt gemacht. Und so wird sich die erste Seite der „Glücklichter“ als großes schwarzes Feld repräsentieren, auf dem mit weichen leuchtenden Buchstaben, ein halbes Dutzendmal, das berühmteste heftig österreichische Wort „konfiszieren“ zu lesen ist. Die Ausgabe des Blattes kann deshalb erst einen Tag später, das ist Mittwoch, den 21. d. erfolgen.

### Schippels neueste Verächtigung.

Als wir gestern den Artikel „Max Schippel als Protektionist“ in die Seherlei gaben, rechneten wir bestimmt darauf, daß Genosse Schippel nach dem von ihm seit Jahrzehnten befolgten Rezept und mit einer sogenannten Verächtigung erfreuen werde, in der er mit der ihm eigenen komischen Ueberlegenheit erklärt, daß der Artikelschreiber

1. seinen (Schippels) Aufsatz nicht gründlich genug gelesen,
2. ihn völlig mißverstanden und
3. gar nicht erkannt hat, daß er (Schippel) in den innersten Tiefen seines weiten Gemütes, wenn er auch platonisch für den Jochschwärm, doch praktisch gegen die Lebensmittelmittel ist, da diese „preisshebend“ wirken und, wie es in seiner „Handelspolitik“ so schön heißt, „Prügel auf den Wagen“ bedeuten.

Und wir haben uns nicht geirrt: Heute nachmittag erhielten wir richtig folgende nach der Skabone P angefertigte Verächtigung: In der heutigen Nr. 221 des „Vorwärts“ ereifert sich ganz überflüssigerweise über mich ein Genosse, der offenbar meinen Artikel nur flüchtig gelesen haben kann. Ich begnüge mich daher mit der einfachen Feststellung:

Daß der Artikel, genau wie alle meine früheren Äußerungen, die Jöde, weil „preisshebend“, als die Arbeiterklasse übermäßig belastend“ ausdrücklich bezeichnet (pag. 1215, Textzeile 5 v. u.), das heißt doch: als innerhalb der Arbeiterbewegung indiskutabel ansieht.

Dagegen wirft mein Artikel allerdings die sehr diskutierwerte Frage auf, was für andere, bessere und zweckentsprechendere Mittel wir denn zur Sicherung und Hebung der Agrarproduktion zu bieten haben. Da der albekannte Kautskysche Vorschlag, wie der von Kautsky gewünschte 500 Millionen „Erag“ für die Getreideböden aufzubringen und zu verwenden sei, bisher in der Partei so wenig Anklang fand, so wird man diese, schon längst vor mir angeworfene ganz andere Frage wohl von neuem aufwerfen dürfen.

Max Schippel.

Genosse Schippel besitzt, wie man sieht, viel Sinn für Humor; aber, da er jedenfalls nach seiner Rückkehr von seiner großen nordamerikanischen Studienreise mit reichem Material schwanger geht und in nächster Zeit voraussichtlich noch manche so gehaltvolle „tiefergründende“ Artikel produzieren wird, wie seinen letzten, so dürfte es sich empfehlen, daß er sich gleich einige Hundert seiner Verächtigungen drucken läßt, in die nur Datum und Titel hineinzuschreiben sind. Das ist doch entschieden billiger und bequemer.

Druckfehler-Berichtigung. In unserem gestrigen Artikel „Knetete“ hat sich ein finkenstüchelnder Druckfehler eingeschlichen. Wie unsere Leser wohl schon gemerkt haben, muß es in der dritten Zeile statt Bergarbeiter Werstarbeiter heißen.

### Oesterreich.

#### Eine Kostprobe argentinischen Fleisches

wurde in Triest an Bord eines Dampfers von einer größeren Anzahl von Delegierten des Wiener Gemeinderates, des Gewerbevereins, der Konsumentenorganisationen, der Fleischer und der Arbeiterorganisationen vorgenommen. Auch die Genossen Schumacher, Neumann und Dr. Karpeles waren unter der Gesellschaft, die ganz einmütig darin war, daß das gestorene argentinische Fleisch tadellos appetitlich und von ausgezeichnetem Geschmack ist. Die daraus zubereiteten Speisen wurden von den angeblich besonders verwöhnten Wienern ausnahmslos gut befunden.

### Frankreich.

#### Herr Briand einigt und jetzt!

Wie gemeldet, hat die Regierung außerordentliche Maßnahmen getroffen, um die antimilitaristische Propaganda zu unterdrücken.

Als Antwort darauf prangten am nächsten Tage an den Mauern von Paris Plakate mit der Ueberschrift „Galonerte Würder“. Dieses Wort hatte nämlich Herr Briand gebraucht, als er Anno 1903 vor dem Schwurgericht des Departements Yonne eine vorzügliche Rede als Vertreter eines Antimilitaristen hielt.

Das Renegatentum hat seine peinlichen Seiten für Renegaten.

## Dänemark. Wahlstatistik.

Das Statistische Bureau des dänischen Staates hat nun seine Arbeit über die Wahlen vom 20. Mai 1910 veröffentlicht. Die Zahl der Wahlberechtigten war 470 392. Rund 50 000 Männer im Wahlrechtsalter waren infolge der verschiedenen Wahlrechts-einschränkungen, wegen Armenunterstützung usw., nicht wahlberechtigt. Seit dem Jahre 1900 ist die Zahl der Wahlberechtigten um 2 Proz. gestiegen, die Bevölkerungszahl des Landes jedoch nur um 1 1/2 Proz. Die Zahl der Wahlberechtigten ist übrigens seit Einführung der Verfassung unter denselben Wahlrechtsbestimmungen beständig stärker angewachsen als die der Bevölkerung, eine Wirkung der Arbeiterbewegung, durch die die breiten Massen des Volkes wirtschaftlich und kulturell emporgehoben wurden. Im Jahre 1849 machte die Zahl der Wahlberechtigten 14,5 Proz. der gesamten Bevölkerung aus, 1881 16,4, 1892 16,4 und 1910 17,2 Proz. Daß der Prozentatz gegen den in anderen Ländern mit allgemeinem Wahlrecht immer noch ein gut Teil zurückbleibt, beruht darauf, daß das politische Wahlrecht in Dänemark erst mit dem 30. Lebensjahre beginnt und überdies die Männer, die in einem privaten Dienstverhältnis stehen und keinen eigenen Haushalt besorgen, wahlrechtslos sind.

In den Wahlen vom 20. Mai beteiligten sich 351 678 oder 74,8 Proz. der Wahlberechtigten. Das ist die stärkste Wahlbeteiligung, die man bisher in Dänemark erlebt hat. Uebrigens zeigen auch in dieser Hinsicht die verschiedenen Wahlfahre, wie das politische Interesse sich immer stärker entwickelt hat. 1849 betrug die Wahlbeteiligung nur 32,5 Proz., 1872 40,4, 1895 50,9, 1901 61,1, 1903 63,9, 1906 69,7 und 1909 71,1 Proz. Im Jahre 1910 war also die Prozentzahl im Durchschnitt für das ganze Land 74,8; in einer Reihe von Wahlkreisen war sie jedoch bedeutend höher, am höchsten in Randers mit 91,8 und in Horsens mit 91,8 Proz. In Kopenhagen gab es 74,9 Proz. der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, in den Provinzialstädten 80,7, in den Landdistrikten 73,2 Proz. Der Prozentatz der Stimmen, die für ungültig erklärt werden mußten, stieg von Wahl zu Wahl; 1903 waren es 1,6, 1906 1,2, 1909 1 und 1910 nur 0,9 Proz.

Bei den letzten drei Folkethingswahlen brachten es die verschiedenen Parteien auf folgende Stimmengahlen:

Im Jahre:	1906	1909	1910
Die Linkenpartei . . . . .	118 988	101 851	118 902
„ radikalere Partei . . . . .	41 460	59 082	64 884
„ Sozialdemokratie . . . . .	76 612	98 079	98 718
„ Rechtenpartei . . . . .	64 204	65 874	64 904

Da man in Dänemark keine Stichwahlen hat, also immer der erste Wahlgang entscheidet, wird stets eine Anzahl der Folkethingsmänner gewählt, ohne die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für sich zu haben. In diesem Jahre waren es 15, die nur mit relativer Mehrheit gewählt wurden, und unter ihnen sind Mitglieder aller Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen. Die 34 Sozialdemokraten sind alle mit absoluter Mehrheit gewählt. Die „Linken“, die Regierungspartei, hat es bekanntlich auf 67 Mandate gebracht, die Radikalen haben 20 und die Rechtenpartei hat nun 13 Sitze im Folkething.

## Holland.

### Die Eröffnung des holländischen Parlaments.

Mit dem üblichen Pomp wurde am Montag das Parlament im Haag eröffnet. In der Thronrede wird die Revision des Zolltarifs (in protektionistischem und fiskalischem Sinne) angekündigt. Es wird gesagt, daß ein beträchtliches Defizit im Staatshaushalte zu erwarten sei. Die provisorische Steuererhöhung von 10 Proz. auf Vermögen und die Betriebssteuer, die im vorigen Jahre in Wirkung waren, sollen daher auch in diesem Jahre beibehalten werden. Außer der Arbeiter-, Alters- und Invalidenversicherung wird auch die Revision des Unfallversicherungsgesetzes geplant. Ferner soll ein Gesetz geschaffen werden, wodurch die Eidesformel in Zivil- und Strafsachen durch ein Gelübde ersetzt werden soll.

## Türkei.

### Die Anleihe in Frankreich gescheitert.

Es wird gemeldet, die türkische Regierung habe die Anleiheverhandlungen mit Frankreich aufgegeben und nun das Geschäft mit Sir Ernest Cassi-London abgeschlossen, der die Anleihe in England und auch auf dem Kontinent placieren würde. Die Türkei hätte dabei die Bedingungen angenommen, welche sie den Franzosen vorgelegt hätte. Das Geschäft sei gestern mit Cassi Pascha abgeschlossen worden.

Bewahrheitet sich diese Meldung, dann dürfte der Gegensatz zwischen Frankreich und der jungtürkischen Regierung, der bereits zu verschiedenen Reibereien in der letzten Zeit geführt hat, noch verschärft werden. Denn die französische Regierung kann verschiedenes vertragen, aber nicht die Verneinung der Weltöffentlichkeit.

## Japan.

### Gibt oder bestellt?

Ueber New York kommt ein Telegramm folgenden Inhalts: Wie die „Associated Press“ aus Tokio meldet, veröffentlicht die Zeitung „Hochshimbun“ Einzelheiten über eine Verschwörung zur Ermordung des Kaisers von Japan. Die Verschwörer seien verhaftet.

Nach den Schilderungen über das japanische Polizei- und Verfolgungssystem, die dem Internationalen Kongress zugehen, darf man im Zweifel sein, ob es sich um eine echte oder eine bestellte Verschwörung handelt. Man arbeitet in Japan stark nach europäischen Mustern, warum sollte man nicht auch nach berühmten Mustern zur rechten Zeit Verschwörungen „entdecken“, um einen Vorwand zu neuen Verfolgungen der Arbeiterbewegung zu schaffen?

## Aus der Justizkommission.

Sitzung am Mittwoch, 21. September 1910.

Zum § 411 wurde noch ein Antrag Gröber angenommen, nach welchem mit dem Antrag auf Einleitung des schleunigen Verfahrens dem Angeklagten auch „das anzuwendende Strafgesetz und die Beweismittel“ angegeben werden müssen.

§ 412 wurde unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wesentlich in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Zur der Abfertigung der von der Kommission ausgeschickten Rur, wurde abgeändert und zwar dahin, daß die Zuziehung der Schöffen nur dann unterbleibt, wenn die Sache nicht auf die Tagesordnung einer Sitzung des Amtsgerichts gesetzt werden kann.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert, daß im § 413 eine Bestimmung enthalten ist, nach der dem Beschuldigten ein Verteidiger zu stellen ist. Abg. Gröber beantragte, die Stellung eines Verteidigers auf alle Fälle zu beschränken, in denen ein Vergehen in Betracht kommt. Beide Anträge wurden abgelehnt. Ebenso ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der die protokolllarische Fixierung der gegen das schleunige Verfahren gemachten Einwendungen forderte. Der Regierungsvertreter erklärte, daß die Protokollierung solcher Einwände selbstverständlich erfolgen müsse.

Nach dem § 414 muß eine schleunige Sache auf den Weg des ordentlichen Verfahrens verwiesen werden, wenn u. a. wegen der Sache auf Zuchthausstrafe erkannt werden könnte. Dazu beantragten unsere Genossen, daß nur in den Sachen das schleunige Verfahren Platz greifen kann, in denen voraussichtlich nicht über

sechs Wochen Haft erkannt wird. Ein Antrag Gröber will diese Grenze auf sechs Wochen Gefängnis ausdehnen und ein freisinniger Antrag, mit dem sich eventl. auch die Regierungsvertreter einverstanden erklärten, geht bis auf sechs Monate Gefängnis. Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und des Antrages Gröber wurde auch der freisinnige Antrag abgelehnt. — Ferner forderten unsere Genossen, daß eine Erklärung des Angeklagten, daß er auf seine Verteidigung nicht genügend vorbereitet ist, genügen soll, um die Hauptverhandlung zu vertagen. Nach der Vorlage müßte dieser Einwand vom Richter glaubhaft gemacht werden. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt, aber ein Antrag Spahn wurde angenommen, nachdem die Glaubhaftmachung ausgeschlossen ist.

Zum § 419 beantragten die Sozialdemokraten, daß gegen minderjährige Personen das schleunige Verfahren nicht Platz greifen darf, ferner die Bestimmung im Entwurf, die schleunige Aburteilung auch gegen Leute, die die Tat auf deutschen Schiffen begangen haben, zu streichen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Auch ein Antrag Gröber, nach welchem das schleunige Verfahren nur auf Personen über 18 Jahre angewendet werden kann, fand keine Mehrheit.

Zum § 420 forderte ein sozialdemokratischer Antrag, daß, wenn ein Angeklagter die schleunige Aburteilung beantragt, dazu die Zustimmung der Staatsanwaltschaft nicht erforderlich sei, ferner soll ein Verzicht der Beurteilten auf ein Rechtsmittel nicht zulässig sein. Auch diese Anträge wurden abgelehnt.

Der vierte Abschnitt des vierten Buches behandelt den „Strafbefehl“. Hier setzte sogleich beim § 421 eine lebhafte Debatte ein, die durch einen Antrag Gröber verursacht wurde. Nach diesem Antrag soll auch ein Privatkläger berechtigt sein, den Antrag auf Erlass eines Strafbefehls in Privatklagesachen zu stellen. Geht jedoch der Amtsrichter in dem Strafbefehl unter das von dem Privatkläger beantragte Strafmaß hinunter, so kann der letztere dagegen Einspruch erheben. — Gegen diesen Antrag wendeten sich unsere Genossen aufs Entschiedenste; ebenso sprachen die Freisinnigen dagegen und auch der Regierung war der Antrag Gröber unannehmbar. Ebenfalls sprachen sich die Nationalliberalen dagegen aus, während einige Zentrumsglieder dem Antrag nicht unfreundlich gegenüberstanden, aber in die Möglichkeit seiner praktischen Ausführung lebhaft Zweifel setzten. Daraufhin wurde der Antrag zurückgezogen.

Ein Antrag Gröber verlangte, daß gegen jugendliche Strafbefehle nicht erlassen werden dürfen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages forderte ein sozialdemokratischer Antrag, daß vor dem Erlass eines Strafbefehls der jugendliche und sein gesetzlicher Vertreter zu hören ist. Von freisinniger Seite wurde beantragt, daß nur in Unbetrachtungsfällen Strafbefehle gegen jugendliche ausgehelt werden dürfen. — Gegen die Strafbefehle überhaupt wendet sich ein Zentrumsglieder, der die Einrichtung der Strafbefehle nur als eine Bequemlichkeit für die Richter bezeichnete. Nach einem antilettischen Antrag sollen durch einen Strafbefehl auch Bußen verhängt werden können. Die Regierung versicherte sich gegen alle Anträge ablehnend. — In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der freisinnige Antrag angenommen.

Der vierte Abschnitt wurde sodann ohne wesentliche Aenderungen erledigt, worauf die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag vertagt wurden.

## Aus der Partei.

### Die Hege gegen den Genossen Walter-Nürnberg

wird von der „Münchener Post“ in verächtlicher Form fortgesetzt: In der letzten Nummer bringt das Münchener Parteiorgan eine Zuschrift, die mit der folgenden nicht mißzuverstehenden Wendung schließt:

„Wer sich der Tragweite solcher Äußerungen nicht bewußt ist, dem mangelt unserer Meinung nach die notwendigsten Voraussetzungen für ein verantwortliches Vertrauensamt. Und wir könnten es nur begreifen, wenn die verdächtigen Mitglieder des Landesvorstandes sich weigern würden, mit einem Genossen weiter zu arbeiten, der einen so außerordentlichen Mangel des Takties mit einer so geringen Achtung der Parteireihe seiner Kollegen verbindet.“

Genosse Walther soll also, wenn es nach dem Willen des Einsenders und der „Münchener Post“ geht, gemahregelt, aus Stellung und Brot gebracht und der Verleumdung von Parteimitgliedern für unwidrig erklärt werden! Wie man sieht, kann man in München auch „radikal“ sein, wenns eine unbedeutende Person an den Krügen zu nehmen gilt. Indes werden bei der Sache auch noch andere Leute als die partout gekränkt sein wollenden Münchener Landesvorstandsmitglieder mitreden!

In der „Frankfurter Tagespost“ stellt Genosse Walther selbst das noble Verfahren der „Münchener Post“ in dieser Angelegenheit an den Pranger. (Die neueste, oben behandelte Leistung war ihm dabei noch nicht bekannt.) Er stellt fest, daß dieses lebenswichtige Parteiblatt zwar immer wieder seinen Lesern versichert hat, daß der „Vorwärts“ die bewährte Stelle der Wälderschen Rede so wie die Münchener Landesvorstandsmitglieder ausgefaßt habe, daß es aber seinen Lesern alles das, was der „Vorwärts“ gegen diese Behauptung schrieb, einfach unterschlagen hat. Und daß es weiter auch die Entgegnung Walthers selbst nicht gebracht hat! Ueber solche Methode ist kein Wort weiter zu verlieren.

### Reichstagskandidatur.

Eine Parteiverammlung für den 12. sächsischen Wahlkreis (Leipzig-Stadt), die am Dienstag tagte, stellte den Genossen Max Cohen, Stadtverordneter zu Frankfurt a. M., als Reichstagskandidaten auf.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Wieder einmal eine Reichsverhandlung.

Gegen Verleumdung des Vorstandes des Reichverbandes gegen die Sozialdemokratie wurde Dienstag von der Strafkammer I des Landgerichts Kiel der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Genosse H. Wreocour, zu 800 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verleumdung wurde in einem Prozeßbericht gefunden, der die Volkszeitung über die Verleumdungslage der Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes der Bauarbeiter gegen Rothe und Kater brachte, die vor dem Hamburger Schöffengericht mit einer Verurteilung von Rothe und Kater endete. In dem Bericht wurde gesagt, wahrscheinlich hätte auch Rothe für seine Broschüre „Aus dem roten Sumpf“ das Geld vom Reichslagenverband erhalten. Der Hauptvorstand des Reichverbandes in Berlin stellte Straf-antrag, weil er sich sowohl durch die Bezeichnung „Reichslagenverband“ als auch durch die als wahrscheinlich hingestellte Tatsache, er habe das Geld zu dieser Broschüre gegeben, beleidigt fühlte. Es fand sich auch ein Staatsanwalt, der im öffentlichen Interesse Anklage erhob. Das Gericht kam zu einer Verurteilung, weil die Bezeichnung Reichslagenverband eine schwere Verleumdung sei. Dieser Ausdruck werde auch dadurch nicht milde gelindert, daß er schon lange gegen den Reichverband angewandt werde. Ob der § 168 dem Angeklagten zugebilligt werden müsse, könne dahingestellt bleiben, denn aus der Anwendung der Unbrüche gehe heran, daß der Angeklagte die Absicht hatte, den Reichverband zu beleidigen. Dagegen konnte das Gericht in dem Satz: „Wahrscheinlich hätte Rothe das Geld für seine Broschüre vom Reichsverband erhalten“, eine Verleumdung nicht erblicken. Es hielt nicht für erwiesen, daß behauptet werden sollte, der Reichsverband habe Geld für die Broschüre gegeben, obwohl er wußte, die in der Broschüre aufgestellten Behauptungen beruhen auf Unwahrheit. Es sei vielleicht im politischen Kampfe üblich, daß Ueberläufer von der gegnerischen Partei unterschlagen würden, und nur in diesem Sinne sollte von einer Unterfütterung des Verfassers der Broschüre durch den Reichsverband gesprochen werden.

Strafkants der Presse. Wegen Verleumdung eines Reichstagskandidaten wurde am Dienstag Genosse Verten von der

„Düsseldorfer Volkszeitung“ von der Strafkammer zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Der Kommissar hatte als Amtsanwalt wiederholt Parteiarbeiterverammlungen in Rheidt für politische erklärt und ihre Verantworte wegen Nichtanmeldung in Strafe genommen. Schöffen- und Landgericht ließen die „Bänder“ strafrei und bestätigten dem Kommissar, daß unsere Genossen das Vereinsgesetz besser kennen als er. In der „Volkszeitung“ war nun der Wunsch ausgesprochen worden, die vorgefetzte Behörde möge dem Herrn einmal auf die Finger klopfen. Hierin wurde die Verleumdung erledigt. Der Amtsanwalt beantragte 50 M. Strafe.

## Jugendbewegung.

### Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 30 heben wir hervor: Die Jugend-Internationale (mit Abbildung von der internationalen Jugendkonferenz in Kopenhagen). — Der Wert. II. Von Gustav Erdt. — Drei Freunde. Von Hermann Thurow. — Kopenhagen (1889—1910). — Schnapslotterie in einem katholischen Jugendverein. — Von den Segnern; Aus der Jugendbewegung usw.

Beilage: Eben. Skizze aus einem schwedischen Jünglingsverein. Von Otto König. — Maccab. II. — Theophile Steinen (mit vier Illustrationen). Von Wilh. Housenlein. — Unzischen. Gedicht von Hammerdorff. — Die belgische Reise der Kölner freien Jugend. — Des Meisters Rabe. Erzählung aus der Werkstatt. Von K. A. Meyer.

## Der konzertierende Parteitag.

So ward aus Morgen und Abend der zweite Verhandlungstag: Ein freistruher Alter begann ihn, und ein friedesroher Alter beschloß ihn. Rebel eröffnete den Wettstreit der Disharmonien (wenn man die Budget-Debatte so nennen darf), Wahlrecht erhob in einer gleichsam rezitierten Ansprache die musikalische Harmonie und ihr Werden zum Symbol und Vorbild unseres Menschheitswettstreites, in dem die Harmonie einstweilen nur Forderung und Ziel ist.

Man hatte die Delegierten am frühen Nachmittag ausgewiesen, um den Saal für den Konzertabend herzurichten. Die Mappen der Delegierten waren in der Mitte der Tische zusammengehäuft worden, und die Muntzeit der Proschüren und Papiere auf den nicht minder bunten Tischdecken gab im hellen Lichte dem ganzen Saale das Festliche einer Weihnachtsbescherung. Besetzt wurden Chöre, Orchesterporträts und Lichtbilder. Und diese Lichtbilder waren das Neue, was die Magdeburger dem Parteitag zu bieten hatten. Sechszwanzig hellere und ernste Bilder aus der politischen und sozialen Zeitgeschichte ergaben eine optische Agitationsrede. Der begleitende Text war eigentlich überflüssig. Für ein politisch primitives Publikum mag er nützlich, ja unentbehrlich sein, aber den Besuchern des Parteitags . . . Doch ich glaube, die Magdeburger sind schlaue Kerle. Sie wollten durch das Ausgehen von den Elementen der politischen Aufklärung auf zarte Weise gewissen Delegierten gewisse elementare Voraussetzungen des proletarischen Befreiungskampfes in Erinnerung bringen. Und so sollte wohl auch die gewaltige Länge des Abends den unermüdbaren Rednern diskret zurufen: Was Du nicht willst, daß man Dir tu . . .

Aber freilich, die gewissen Delegierten waren dieser Blumen-sprache aus dem Wege gegangen. Es tat und Leuten aus der Klasse recht wohl, die Charakterköpfe dezimiert zu sehen; die Führer, in denen ein demokratisches Herz doch mehr ein notwendiges Uebel erblickt, einmal zu entbehren; ganz Raffe, ganz eins, ganz Harmonie zu sein. Und zu dieser „Harmonieduselei“ baute die „Harmonie-budelei“ auf dem Podium (wenn wir Gensien die Schimpfworte der Gegner ironisch-ernsthaft adeln wollen) die rechte Brücke. Unwiderstehlich ist immer wieder das tausendmal dagesagene Hoch auf die Sozialdemokratie, unwiderstehlich der Rhythmus eines Arbeiterliedes, unwiderstehlich in dieser Stimmung jedes Menschheitskunstwerk, ob Völkerfreiheits-Chor oder Volklied oder Hochzeitsmarsch.

Chormusik gehört darin eigentlich mehr zur Instrumental- als zur Vokalmusik, daß es bei ihr weniger auf die persönliche und überragende Leistung als auf die bloße getreue Wiedergabe ankommt. Es genügt dem nichtvirtuoson Kunstfreunde beim Chor ähnlich wie bei der gesamten Instrumentalkunst die Reproduktion dessen, was ist; während der Vokal-Solist in höherem Grade mitzuproduzieren, zu dem Vorhandenen aus Eigenem hinzuzusetzen hat. Die frischen und forschenden Chöre des Parteitags-Sängerklosters lösten ihre demokratische Aufgabe recht glanzvoll. Daß aber, wie an politischen, auch an musikalischen Führern, an Vokal-Solisten im Proletariat kein Mangel ist, zeigte das kleine Solo eines Metallarbeiter-Tenors im Völkerfreiheits-Marschor. Die wenig gekulte, aber von Natur glänzende Stimme dieses abendrein fast vom Blatt singenden Solisten extrovertierte Gedanken, daß sein tosende lärm- und doch rhythmisch klavollere Beruf wohl imstande sei, neue und enorme Fähigkeiten des Gehörs und der Stimme zu züchten.

Besondere Weihe erhielt der Abend durch die Anwesenheit zweier Polizeier, deren sich der Parteitag ja dauernd zu erfreuen hat. Vielleicht war bei der Beschaffung auch des Konzert-Abends mit Polizei-Delegierten der Gedanke maßgebend, die Verhandlungen des Parteitages selbst seien für Polizeisten-Paien nicht verständlich genug, während bei einer derartigen Abendveranstaltung . . . Aber ich fürchte, auch in diesem Falle die Polizei wieder zu überhäufen. Immerhin bekam sie nette Sachen zu hören und zu sehen. Es wurde ihr in Wort und Ton und Bild aufgespielt. Juchheißa, juchheiß! So ging der Fiedelbogen. R. B.

## Soziales.

### Arbeitslosenversicherung.

Die bayerische Staatsregierung hat den größeren Gemeinden neuerdings empfohlen, einen praktischen Versuch mit der Arbeitslosenversicherung zu machen. Sie weist dabei darauf hin, daß jetzt eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen habe, und somit die beste Zeit für einen solchen Versuch sei, da die Versicherungszeit habe, sich einzuleben und finanziell zu kräftigen, bis neuerdings eine Verschlechterung der Konjunktur Arbeitslosigkeit in größerem Umfang bringe. Bekanntlich hat sich die Staatsregierung schon im vorigen Jahre bemüht, die Gemeinden zum Vorgehen auf diesem Gebiete zu veranlassen; sie selbst will sich nicht zu einer staatlichen Arbeitslosenversicherung verstehen, sondern abwarten, bis das Reich die Frage einheitlich regelt. Inzwischen sollen die Gemeinden die Sache in die Hand nehmen. Eine im März 1909 vom Ministerium einberufene Konferenz von Vertretern der Städte, Arbeiter, Unternehmer usw. kam zu dem Gutachten, daß die fakultative Arbeitslosenversicherung wünschenswert sei, und empfahl Zuzuschüsse an die Arbeiterverbände, die Arbeitslosenversicherung gewöhne, sowie die Einrichtung einer allgemeinen Versicherungsstufe für unorganisierte Arbeiter. Entsprechend diesem Gutachten ließ die Regierung den größeren Gemeinden ein Musterstatut zugehen mit der Empfehlung, solche Statuten zu errichten. Die Gemeinden zeigten aber fast durchweg nicht die geringste Lust, darauf einzugehen; sie redeten sich darauf hinaus, daß es Sache des Staates sei, hier vorzugehen. Nur einzelne Gemeinden haben sich überhaupt ernstlich mit der Frage befaßt, nur ganz wenige für die Arbeitslosen etwas getan. In Nürnberg hatte man bereits ein Statut ausgearbeitet, das eine Beurlaubung des Gensler mit dem Verner System bezwecken wollte. Den freisinnigen Scharfmachern gelang es jedoch, die entscheidende Beratung überhaupt zu verhindern und bis zu diesem Herbst zu verfrachten.

# Gewerkschaftliches.

## Woran scheiterten die Verhandlungen mit den Seeschiffwerften?

Die Vertrauenskommission des Verbandes der Metallindustriellen hat einen Bericht verfaßt, den wir in der Lage sind, veröffentlicht zu können. Er lautet:

Seit der letzten Sitzung der Vertrauenskommission hat sich die Situation in der schon sechs Wochen währenden Arbeiterbewegung auf den Seeschiffwerften insofern geändert, als die Arbeiterorganisationen sowohl in Hamburg als auch in anderen Hafenorten die Bewegung durch Sympathiestreiks erweitert haben. So sind in Hamburg-Altona nicht nur die 8 Schiffswerften, sondern etwa 15 Maschinenfabriken und Eisengießereien, ferner 9 Modellischlereien, 5 Gelbgießereien sowie einige Flußschiffwerften und Kupferhammerwerke von Streiks überzogen worden, wozu noch 2 Harburger Maschinenfabriken kommen. Auch in Stettin haben etwa 1250 Arbeiter des „Kullan“ nachträglich die Arbeit niedergelegt, so daß die Zahl der streikenden Arbeiter um mehrere Tausend erhöht worden ist.

Weiterhin ist von dritter Seite der Versuch gemacht worden, eine Verhandlung zwischen den Werften und den ausländischen Arbeitern in die Wege zu leiten. Die acht sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche den Werftarbeiterstreik in Hamburg inszenierten, hatten sich auch der Gruppe deutscher Seeschiffwerften gegenüber zu Verhandlungen bereit erklärt. Daraus wurde für Mittwoch, den 7. September 1910, eine Zusammenkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in Hamburg in Aussicht genommen, doch stellte dabei die Seeschiffwerften die Bedingung, daß außer den acht sozialdemokratischen Gewerkschaften je ein Vertreter der Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften sowie drei Vertreter der nationalen Arbeiterverbände zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollten. Das haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften abgelehnt.

Daraufhin hat die Gruppe deutscher Seeschiffwerften an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller den Antrag gestellt, eine Gesamtsperre zu beschließen. Die Vertrauenskommission hat deshalb in ihrer Sitzung am 13. September den Beschluß gefaßt, dem vom Vorstand am Donnerstag, den 22. September einberufenen Ausschuß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vorzuschlagen:

„Die Seeschiffwerften durch eine Gesamtsperre zu unterliegen, unter der Voraussetzung, daß alle etwaigen weiteren Verhandlungen ausschließlich durch den Gesamtverband geführt werden.“

In der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ ist der Briefwechsel veröffentlicht, der zwischen den Werftbesitzern und den Vertretern der Arbeiterorganisationen wegen der Verhandlungen gepflogen wurde.

Nachdem die Unternehmer am 6. September durch Schreiben an den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes erklärt hatten, daß die Werftbesitzer nicht nur mit Vertretern der Zentralverbände verhandeln wollen, sondern außer diesen auch Vertreter der christlichen, Hirsch-Dunderschen und der gelben Vereine zugezogen sein sollen, schickte der Vorsitzende Schlicke unterm 10. September erneut ein Anschreiben, in dem er zum Schluß sagt:

„Ebenso muß ein Beharren auf der Hinzuziehung der Vertretung nationaler Arbeitervereine in der Arbeiterkammer den Glauben an eine seitens der Gruppe deutscher Seeschiffwerften wirklich geplante Verhandlung ernstlich erschüttern. Aus diesem Grunde erlaube ich mir hierdurch namens der beteiligten acht Gewerkschaften nochmals der Gruppe deutscher Seeschiffwerften anheimzugeben, bei etwa in Aussicht zu nehmenden Verhandlungen auf die Hinzuziehung von Vertretern der nationalen Arbeitervereine verzichten zu wollen.“

Dieses Schreiben beantwortete Herr Blohm am 12. September wie folgt:

„Wie beständig den Empfang Ihres Schreibens vom 10. d. M. Daselbe erreichte und zu spät, weil inzwischen die Vertrauenskommission des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller die weitere Behandlung der ob erwähnten Angelegenheit übernommen hat. Ihr Schreiben vom 10. d. M. haben wir an die Vertrauenskommission des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in Berlin, Potsdamer Straße 134a, weitergegeben.“

Von einer Ablehnung aller am Streik etwa beteiligten Gewerkschaften ist also in dem Schlicke'schen Brief keine Rede. Dagegen ist es richtig, daß die Darstellung des Verbandes der Metallindustriellen — sicher nicht ungewollt — diese Deutung ebenso zuläßt wie eine andere. Den Metallindustriellen ist natürlich eine Auslegung die zum Zwist unter den Arbeitern führen muß, nur angenehm.

### Berlin und Umgegend.

#### Verhandlungen über ein Tarifverhältnis

sind kürzlich zwischen dem Verbands der Modellischlermeister und dem Holzarbeiterverbande eingeleitet worden. Den Anlaß dazu hatte ein Vorgehen des Holzarbeiterverbandes gegen die Modellfabrik Vorkmann u. Kaerting gegeben. Um die während der Reise teilweise gesunkenen Löhne einigermaßen wieder in ein richtiges Verhältnis zu dem Aufwand für die Lebenshaltung zu bringen, hatten die Arbeiter der genannten Firma durch die Organisation Lohnforderungen stellen lassen. Da der Verband der Modellischlermeister, dem die Firma angehört, dem Arbeiterschutzbund für das Holzgewerbe angegliedert ist, legte sich der letztere für die Firma ins Mittel, indem der Obermeister R. H. A. die Branchenleitung der Modellischler und -dreher zu einer Vespree einlud. R. H. A. empfahl, von einem Vorgehen gegen einzelne Meister abzusehen und mit dem Verbands der Modellischlermeister in Verhandlungen zwecks Schaffung eines Tarifverhältnisses einzutreten. Auf ein solches einzugehen, erklärte sich die Branchenleitung bereit, vorausgesetzt, daß das Vertragsverhältnis Verbesserungen für die Arbeiter bringe. So müsse die fünfprozentige Lohnverbesserung, die der Tarifvertrag für das Holzgewerbe zum 1. Oktober vorsieht, auch den in den Modellischlereien beschäftigten Arbeitern gezahlt werden. Desgleichen sei eine Regelung des Lehrlingswesens dringend notwendig und ebenso würde die obligatorische Einführung der paritätischen Arbeitsvermittlung erwartet.

Wie Otto namens der Branchenleitung in einer zahlreich besuchten Versammlung der Modellischler und Dreher berichtete, haben die Arbeitgeber die auf dem Gebiete des Lehrlingswesens bestehenden Mängel anerkannt. Sie sind auch bereit, Bestimmungen zu schaffen, wonach die Arbeitgeber zu einer sorgfältigen und sachgemäßen Ausbildung der Lehrlinge verpflichtet würden. Für den Fall, daß diese Bestimmungen nicht genügend beachtet würden, sollte die weitere Ausbildung der veranlaßigten Lehrlinge auf Kosten des Lehrmeisters durch einen anderen Meister erfolgen. Mit diesen Vorschlägen, meinte der Redner, würden die bellagenden Uebelstände auf dem Gebiete des Lehrlingswesens zwar etwas gemindert, doch deren Beseitigung bringen sie nicht. Das könne nur durch eine Lehrlingslotsa erreicht werden, die den Meistern eine Beschränkung hinsichtlich der Zahl der zu haltenden Lehrlinge auferlege. Nach einer förmlich aufgenommenen Statistik kommt auf drei Gesellen ein Lehrling. Manche Betriebe halten 8, 10 und 12 Lehrlinge, aber nur eine sehr beschränkte Anzahl Gesellen. Viele Meister beschäftigen wohl Lehrlinge, aber keine Gesellen. Da die Meister oft tagelang nicht in die Werkstätten kommen, bleiben die jungen Leute sich selbst überlassen. So leidet die Ausbildung, und wenn die Lehrzeit um ist, werden die jungen

Gesellen in Anbetracht ihrer geringen Kenntnisse mit außerordentlich niedrigen Löhnen abgefunden. Der Redner glaubt, daß in der Lehrlingsfrage die Arbeitgeber diesen Wünschen noch entgegenkommen werden. Etwas weniger entgegenkommend zeigten sie sich bei der Lohnfrage. Einen bestimmten Minimallohn wollen sie nicht zulassen können, weil die Leistungen zu verschiedenartig wären. Auch eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 50 Proz. erscheine den Meistern wegen der auswärtigen Konkurrenz nicht angängig, weil auch die Gesellen in den Maschinenfabriken geringer entlohnt würden als bei ihnen. Dem haben die Vertreter der Arbeiter entgegengehalten, daß die Gesellen in den Maschinenfabriken auch eine gesicherte Existenz durch Beschäftigung haben, während die Meister in der Regel nur vorübergehend auf kurze Zeit Gesellen beschäftigen können. So sind zum Beispiel von einem Meister 111 Gesellen in Jahresfrist verbraucht worden, während nicht einmal 20 regelmäßig beschäftigt wurden. Wehlich, wenn auch nicht ganz so schlimm ist es bei den meisten Arbeitgebern. Schließlich habe Herr R. H. A. den Wunsch geäußert, daß die Arbeiter ihre Forderungen möglichst bald einreichen sollen, damit der Tarif bis zum 1. Oktober fertig wird.

Nach kurzer Diskussion billigte die Versammlung durch Annahme einer Resolution die bisherigen Schritte der Branchenleitung und beauftragte sie, weiter zu verhandeln.

Nachdem teilte der Obmann mit, daß die an den Streiks und den Aussparungen in den Werkstätten beteiligten Unternehmer auf Umwegen versuchen, in Berlin Modelle anfertigen zu lassen. Bei der Firma Vorkmann u. Kaerting wurden diese Aufträge gleich als Streikarbeit erkannt und auf Verlangen der Arbeiter wieder zurückgezogen. Er erwarte, daß die Kollegen aller Betriebe auf der Hut sind und Streikarbeit vermeiden.

Die Leistungsvergolter nahmen am Dienstagabend in einer Versammlung, die im Gewerkschaftshaus stattfand, den Bericht über die Verhandlungen mit der Vereinigung der Goldleisensfabrikanten entgegen. Der Referent Späthe nahm Bezug auf die Lohnbewegung im Jahre 1904, die einen Vertrag zeitigte, der sich als gänzlich unzulänglich erwies und vom Holzarbeiterverband als gelöst erklärt werden mußte. Besonders brennend ist die Frage des Zwischenmeister systems geworden, das den Fabrikanten als unentbehrlich gilt. Wichtig ist auch die Frage des Arbeitsnachweises. Vor allen Dingen handelt es sich aber um eine allgemeine Lohnhöhung. Die bisherigen Verhandlungen ergaben als Resultat, daß die Vereinigung der Fabrikanten einem Lohnzuschlag von 5 Proz. zustimmten. — Damit sind aber die Arbeiter nicht zufrieden, wie die sehr lebhaft geführte Diskussion zeigte. Die folgende Resolution gelangte zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt, daß eine Lohnhöhung von 5 Proz. bei der Teuerung der Lebensmittel nicht ausreicht; sie kann das Zugeständnis von 5 Proz. Zuschlag nur als vorläufige Abhilfemaßnahme ansehen und erwartet von den Arbeitgebern, daß sie für die schlechtbezahlten Arbeiten einen höheren Zuschlag bewilligen. Die Verhandlungen über die Werkstatutarife müssen bis Freitag, den 23. September, zu Ende geführt sein und die Erhöhungen von Montag ab in Kraft treten. Die Versammlung beauftragt die Kommission mit der weiteren Verhandlung und Beobachtung der Durchführung der Lohnhöhung in allen Betrieben; sie verpflichtet sich ferner, die Forderungen der Pader zu unterstützen.“

Der letzte Passus wurde der Resolution hinzugefügt auf Antrag aus den Reihen der Pader, die mit den Fabrikanten ebenfalls einen Tarifvertrag abschließen wollen und Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen verlangen. — Für die Arbeiter in den Goldleisensfabriken ist die Situation gegenwärtig eine günstige, die ausgenutzt werden sollte, wie vielfach in der Versammlung verlangt wurde. In den Betrieben, die nicht zur Vereinigung gehören, wird man ebenfalls die gestellten Forderungen zur Anerkennung bringen. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die vereinbarten Werkstatutarife in den Betrieben ausgehängt werden müssen, damit jeder Arbeiter sich leicht orientieren kann. Verzögerungen dürfen nicht stattfinden; die Zuschläge sind von Montag ab zu fordern.

**Achtung, Töpfer!** Hiermit heben wir die Sperre über die Firma Franz Viedemann auf, da selbige nunmehr wieder modern organisierte beschäftigt und den Tarif bezahlt. Weiter geben wir bekannt, daß in Leipzig immer noch gestreikt wird. Die Verhandlungsleitung.

**Achtung, Chauffeurs, Pader, Hausdiener, Radfahrer usw.** Bei der Firma Handels-Gesellschaft Deutscher Apotheker m. b. H. Dortmund Straße 12/13, ist es am Dienstag zur Arbeitsniederlegung gekommen. Die Firma betreibt die Fabrikation von Verbandstoffen und Großhandel medizinischer Präparate. Seit der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sich dieselbe in beispielloser Weise entwickelt. Nach dem in der Nr. 30 vom 13. April 1910 in der „Apotheker-Zeitung“ veröffentlichten Jahresbericht wurde ein Umsatz von 11 1/2 Millionen Mark im Jahre 1909 erzielt. Trotz reichlicher Abschreibungen (Zuherpart-Ronto 40 Proz.) wurde ein Reingewinn von 214,396 M. erzielt, der in folgender Weise zur Verteilung gelangte: 6 Proz. Dividende für das voll eingezahlte Stammkapital = 152 100 M., 5 Proz. Dividende auf die Nettowarenbezüge der Gesellschaft = 575 000 M., für Remuneration die Beamten = 35 000 M., für die Unterstützungskasse des Deutschen Apotheker-Vereins 3000 M., den verbleibenden Rest auf neue Rechnung, und für die Arbeiter und Arbeiterinnen — nichts!

In früheren Jahren erhielten die Pader usw. als Weihnachtsgratifikation eine Geldsumme in Höhe ihres Wochenlohnes. Im vergangenen Jahre wurde ihnen auch diese entzogen. Lohnzulagen wurden nach wiederholtem Drängen einzelnen älteren Kollegen pro Jahr 50 Pf. gewährt. Inzwischen hatten sich die in Frage kommenden Arbeiter dem Deutschen Transportarbeiter-Verband angeschlossen und beauftragten nun diesen, der Direktion einen Entwurf zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterbreiten. Als dies geschehen, antwortete die Firma, daß sie den Entwurf der Gesamtgeschäftsleitung, welche Ende August oder Anfang September zusammentritt, vorlegen müsse. Die Arbeiter warteten geduldig diesen Zeitpunkt ab. Nachdem nun die Sitzung stattgefunden, wurde in einem Schreiben an die Verbandsleitung mitgeteilt, daß die Direktion selber einen Vertrag ausarbeiten und mit ihren Arbeitern abschließen wolle. Der Vertrag, der den Arbeitern vorgelegt wurde, war jedoch nicht das geistige Produkt der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, sondern des Volkeschen Scharfmacherverbandes in Handels-, Transport- und ähnlichen Gewerben und enthielt neben den der heutigen Zeit geradezu höhnepredenden Lohnsätzen: Arbeiter unter 16 Jahren 9—11 M., über 16 Jahre 13 bis 15 M., von 17—20 Jahren 15—20 M., von 21—23 Jahren 21 bis 23 M., über 24 Jahre 22—25 M. (1), den berühmtesten Passus, der im Falle einer Arbeitseinstellung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist eine konventionale Strafe von 101 Mark, welche durch wöchentliche Abzüge vom Lohn aufgespart werden soll, festsetzt! Die Arbeiter lehnten es einmütig ab, sich durch die Unterschreift dieses Passus ihres durch Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrechtes zu begeben und beauftragten die Verbandsleitung, mit der Direktion in Verhandlung zu treten und um Zurücknahme dieser Klausel zu ersuchen. Dieselbe erklärte jedoch, davon nicht zurückzugehen zu können, weil der Arbeitgeberverband es nicht zuläßt! Als die Direktion ein zweites Mal ablehnte, Lohnzulagen zu gewähren, ohne daß die Zustimmung zu der Konventionalklausel verlangt wird, beschloßen die Arbeiter, am Mittwoch früh die Arbeit nicht aufzunehmen. In Betracht kommen Chauffeurs, Pader, Hausdiener und Radfahrer. Die Firma läßt durch die Lohnfuhrwerksfirma Schmidt's Fuhrwesen, Alt-Moabit 142, welche jedoch Wagen der Firma Carl Richter, Franzfurter Allee 44 benutzt, die besetzten Waren unter Begleitung kaufmännischer Angestellten ausfahren. Streikbrecher haben sich bis jetzt nicht gefunden. Wir bitten die gesamte Arbeiterschaft, uns in dem uns aufgezwungenen

Kampfe zu unterstützen und alles daran zu setzen, daß Zugung ferngehalten wird.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma Bruno Jüdel, Maschinenfabrik in Guben, stehen die Dreher und Schlosser in Kündigung. Die Ursache der Differenzen bildet die Einführung einer neuen Arbeitsordnung. Nach dieser Arbeitsordnung sollen sich die Arbeiter verpflichten, Ueberstunden sowie Sonnarbeit je nach Wunsch und ohne Aufschlag zu verrichten. Herr Jüdel verspricht zwar ehrenwörtlich, für Ueberstunden 10 Pf. Aufschlag zahlen zu wollen, doch verlangt er von jedem Arbeiter, daß er die von ihm vorgelegte Arbeitsordnung, in welcher ausdrücklich festgesetzt ist, daß für Ueberstunden kein Aufschlag gezahlt wird, unterschreibe. Die Arbeiter haben das Annehmen begrifflicherweise abgelehnt; daraufhin ist einem Teil der Arbeiter gekündigt worden. Die Nichtgekündigten haben sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärt und selbst die Kündigung eingereicht. Bis zur Erledigung der Differenzen ist der Zugang nach genannter Firma fernzuhalten.

Die Saarbrücker Tischler und Maschinenarbeiter lehnten einmütig einen Vertragsentwurf des Arbeitgeberverbandes für das Saargebiet ab und beschloßen ebenso einmütig, in den Streik zu treten. Die Arbeitgeber muten den Holzarbeitern zu, einen dreijährigen Vertrag mit 60stündiger Arbeitszeit für die Großstadt Saarbrücken abzuschließen. Der Zugang von Tischlern und Maschinenarbeitern ist streng fernzuhalten.

### Ausland.

**Tarifvertragsbruch schwedischer Arbeitgeber.** Im Barbier- und Friseurgewerbe Stockholms wurde Anfang Juni dieses Jahres ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitgeber haben diesen Vertrag jedoch wiederholt gebrochen, namentlich auch dadurch, daß sie organisierte Gehilfen mahrgelitten und deren Namen obenbrein in ihrer Zeitung veröffentlichten, was nach schwedischem Gesetz nicht strafbar ist. Den Versuch der Gehilfenorganisation, dem Tarifvertrag durch Schiedsgerichtsverhandlungen Geltung zu verschaffen, wußten sie zu hintertreiben. Infolgedessen hat nun die Gehilfenorganisation den Tarifvertrag für gebrochen erklärt, jedoch von einem Streikbeschluß Abstand genommen und ebenso von Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag mit der ja offenbar nicht vertragsfähigen Meistervereinigung. Dagegen hat die Gehilfenorganisation beschlossen, eigene Barbiergehäfte auf genossenschaftlicher Grundlage zu errichten, um den gemahrgelitten Mitgliedern sowie denen, die nicht mehr zu den alten Bedingungen bei den Meistern arbeiten wollen, Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

Der Aussand der Bergarbeiter in Bilbao ist auf Grund der von dem Generalkapitän gemachten Vermittlungsvorschläge beendet. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

## Versammlungen.

### Protestversammlung der Zivilberufsmusiker.

Am Mittwochnachmittag fand in den „Musiker-Sälen“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Max Grünwald über die geplante Luftbarkeitssteuer referierte. Diese Versammlung war von dem Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands und von der Schutzkommission des Vereins Berliner Musiker (E. V.) einberufen und nahm den Grünwald'schen Vortrag mit stürmischem Beifall auf.

In der Diskussion sprach noch Herr Honorat von der Internationalen Artistenloge, der es besonders als einen Mißstand bezeichnete, daß in den Parlamenten keine Sachleute aus dem Kunstfach sitzen. Wäre dies der Fall, dann wären solche Vorlagen wie die Luftbarkeitssteuer nicht möglich. Auch dieser Redner erntete großen Beifall.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 21. September 1910 im „Musiker-Vereinshaus“ zu Berlin tagende öffentliche Protestversammlung der Zivilberufsmusiker Berlins gegen die vom Magistrat der Stadt Berlin geplante, von der Berliner Stadtverordnetenversammlung bereits einem Ausschusse überwiesene Luftbarkeitssteuer erklärt:

Die geplante Luftbarkeitssteuer ist ein Attentat auf die Kulturbestrebungen, im besonderen auf die sittlich und geistig hochstehenden Vergnügungen der breiten Masse. Sie droht damit in erster Linie die Zivilmusiker, da bei allen Vergnügungen, für welche die Steuer in Frage kommt, die Musik einen wesentlichen Bestandteil bildet. Dies wird zur Genüge durch die Wirkung erwiesen, die diese Steuer in anderen Städten, wie: München, Düsseldorf usw. auf den Zivilmusikerstand herabgerufen hat.

Die beabsichtigte Steuer begünstigt die Entwicklung der Lehrlingskapellen und führt indirekt schon jetzt unerträgliche Konkurrenz der Militär- und Beamtenmusiker, die bei ihrem anderweitigen Verdienst die Steuer bereitwillig auf sich nehmen werden.

Die Versammlung bittet daher die Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage des Magistrats vollinhaltlich abzulehnen. Die Versammlung benutzte aber auch die Gelegenheit, alle Berufscollegen erneut und eindringlich darauf zu verpflichten, sich beruflich zusammenzuschließen, um durch berufliche Macht die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Jedem einzelnen aber wird es auch zur Pflicht gemacht, an dem politischen Leben teilzunehmen und nur solchen Vertretern in allen gesetzgebenden Körperschaften seine Stimme zu geben, die sich verpflichten, auch für die Interessen der Zivilmusiker jederzeit einzutreten.

Da die Debatten auf dem Parteitage bis in die späten Nachtstunden dauern, wird ein Teil unserer Leser wahrscheinlich die heutige Nummer verspätet erhalten. Wir bitten das Angehts der außerordentlichen Situation zu entschuldigen.

## Letzte Nachrichten.

### Das Unwetter in Marseille.

Marseille, 21. September. (Pres.-Tel.) Das Unwetter, das über Marseille dahinbrauste, hat gewaltigen Schaden angerichtet. Wenige Minuten nach 11 Uhr legte ein gewaltiger Windstich durch die Straßen der Stadt, dem ein 30 Minuten währendes Hagelwetter folgte. In kurzer Zeit waren die Straßen mehrere Dezimeter hoch mit Hagelkörnern bedeckt und nicht lange wahrte es, so hatte der nachfolgende Regen die Keller der Unterstadt unter Wasser gesetzt.

Reißende Ströme durchfurchten die Straßen; die großen Scheiben der Cafés und Läden wurden von den Hagelkörnern zertrümmert und jeglicher Verkehr der Straßenbahnen, Wagen und Automobile stockte. Die Hagelkörner lagen stundenlang auf Plätzen und Straßen. Auch in der Umgebung hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Telephon- und Telegraphenleitungen wurden vielfach zerstört.

### Schwerer Straßenbahnunfall.

Fort Wayne (Indiana), 21. September. (W. T. B.) Heute wurden hier bei einem Straßenbahnzusammenstoß dreizehn Personen getötet.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Dritter Verhandlungstag.

Magdeburg, den 21. September 1910.

Vormittagsitzung.

Dies verliert vor Eintritt in die Verhandlungen Begrüßungsdelegierte vom Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund...

Sodann gibt Elementarleiter folgende Erklärung ab: Ich habe den Antrag 94 (Einsetzung einer Studienkommission) nur unterzeichnet...

Hierauf wird die Diskussion über die Budgetbewilligung fortgesetzt.

Langen-Badrecht: Ich habe auf dem Nürnberger Parteitag der Erklärung der 88 zugestimmt, um damit den Abgeordneten bei der Agitation im Lande den Rücken zu decken...

Mauerer-München: Bebel hat gestern zwar äußerst scharf, aber streng sachlich und verständlich gesprochen. So müssen Diskussionen unter Parteigenossen sein. Dabei hat Bebel einen schönen Humor entwickelt...

überzeugendes Argument für die Notwendigkeit der Budgetbewilligung herauszubringen. (Zustimmung und Widerspruch.) Auch nicht ein einziges neues Moment wurde in die Debatte gebracht...

Das Brunkstück der badischen Genossen ist das neue Schulgesetz. Haben Sie nicht alle bestiges Herzklopfen getriegt (Zuruf: Nein! Heiterkeit), als geschilbert wurde, daß wir einen Schulart erlangen haben? Jetzt werden gewiß die traurigen Gesundheitszustände der badischen Schuljugend in radikaler Weise verbessert werden...

Vorsitzender Diez erklärt, nachdem er mit der Rednerin privatim gesprochen hat: Wenn Genossin Luxemburg sich der Geschäftsordnung nicht fügen will, dann muß ich allerdings den Parteitag aufrufen...

Rosa Luxemburg (fortfahrend): Die Sache ist erledigt, ich füge mich. Wenn irgend ein Umstand bewiesen hat, wie notwendig es ist, der Politik der badischen Landtagsfraktion mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, so ist es das Vorgehen der württembergischen Fraktion...

Eine Geschäftsordnungsdebatte.

Dittmann-Solingen: Wäher hat immer auf dem Parteitag der Vorsitzende dem Redner, selbst nach Ablauf seiner Redezeit, einen Schlussatz gestatter. Ich stelle weiter fest, daß die badischen Budgetbewilliger der Genossin Luxemburg die Beendigung ihrer Rede unmöglich gemacht haben...

trag zu stellen, der Genossin Luxemburg jetzt unmittelbar noch einmal das Wort zu geben. (Gelächter bei den badischen Delegierten und Zurufe: Stellen Sie ihn doch! Jubel: Wir können auch Skandal machen, merkt Euch das!)

Stadthagen: Ich beantrage ausdrücklich, der Genossin Luxemburg noch 10 Minuten Redezeit zu gewähren, und zwar darum, weil es ihr durch Unterbrechungen der Minderheit unmöglich gemacht worden ist, 10 Minuten lang zu sprechen...

Vorsitzender Diez: Ein solcher Antrag ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Ich bitte die Entscheidung über diese Frage und über die Leitung der Diskussion mir zu überlassen. (Beifall.) Ich habe die Gepflogenheiten unseres Sings besolgt, die Redner ein paar Minuten länger reden zu lassen...

Dr. Karl Liebknecht: Die Genossin Luxemburg verzichtet darauf, daß ein besonderer Antrag gestellt wird, ihr noch einmal das Wort zu geben. Aber ich muß darum bitten, eine Entscheidung darüber herbeizuführen...

Vorsitzender Diez: Die Anträge sind zusammengelegt worden, und ich habe nicht die Diskussion über diesen oder jenen Antrag, sondern über die ganze Budgetfrage eröffnet. (Zustimmung.) Da hat jeder nur 10 Minuten lang Redezeit...

Muer-München: Hätte ein Parteitagbeschluss vorgelegen, daß der Redner jeder Organisation, die einen Antrag gestellt hat, 20 Minuten Redezeit hat, so hätten wir diesen Parteitagbeschluss respektiert. (Heiterkeit. Dittmann ruft: Wie alle Parteitagbeschlüsse! Sehr gut! bei der Mehrheit.) Was aber die Genossin Luxemburg getan hat, war nicht ordnungsmäßig, sondern geschäftsordnungswidrig...

Nachdem auch Sühheim-Nürnberg um Zurückziehung des Antrages gebeten hat, die Genossin Luxemburg jetzt noch einmal zu Worte kommen zu lassen, stellt Genosse Liebknecht fest, daß der Antrag zurückgezogen wird.

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte erledigt.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

Geilmann-Chemnitz: Mit Recht hat die Genossin Luxemburg gesagt, daß kein neues Argument für die Budgetbewilligung ausgesprochen worden ist. Leider ist auch kein neues Argument gegen die Budgetbewilligung gesagt worden, und ich hatte doch auf die Theoretiker meine letzte Hoffnung gesetzt...

Vorsitzender Dieß: Ich erlaube die Galerie, Beifallslaud- gebungen zu unterlassen. Sie sei zum Hören da, nicht aber, um Beifall oder Mißfallen zu äußern.

Quara-Frankfurt a. M.: Wir müssen uns doch endlich äußern, wie wir uns zur Beschlußfassung stellen wollen. Im Namen einer ganzen Reihe von Delegierten möchte ich vorschlagen, über die Resolutionsfrage abzustimmen. (Lebhafter Beifall: Wir denken nicht daran!) Ich beantrage bei der Abstimmung, den ersten Absatz von der Gesamtpartei zu trennen, denn strittig ist ja der erste Absatz allein; dagegen wird sich die große Mehrheit wohl auf die letzten Absätze vereinigen. Man darf sich nicht der Tatsache verschließen, daß bis in die Reihen der norddeutschen Genossen Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob mit der alten Form der Ablehnung auf alle Fälle durchzukommen ist, weil wir durch unsere wachsende Macht in den Landtagen vor große Schwierigkeiten gestellt werden. Die Konstellation in Deutschland ist so, daß einerseits unsere Landesparlamente immer mehr bloße Verwaltungskörper werden, und daß andererseits der Druck des preussischen Junkertums auf die deutsche Gesamtpolitik immer mächtiger wird, so daß wir zwischen diesen beiden Dingen in den Landtagen hin und her pendeln. Wir reichen mit der alten Formel daher nicht aus. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Art, wie die Wadenjer für die Abänderung unserer taktischen Maßnahmen zu wirken suchten, so ungeschickt war wie möglich. Sie haben die Frage nicht geklärt, sondern verwirrt. (Beifall: Sehr gut!) Man soll die Gegner vor vollendete Tatsachen stellen, aber nicht die eigene Partei. (Beifall: Sehr gut!) Es ist nicht richtig, daß die Wadenjer keine Zeit gehabt hätten, sich mit dem Parteivorstand zu verständigen. (Beifall: Rührend!) Ihre Haltung in der ganzen Frage war außerordentlich schwankend, mal so, mal so, nicht gerade imponierend. (Beifall: Sehr richtig!) Sie haben als Entschuldigung vielleicht eins, daß sie durch das Extrem auf der anderen Seite und durch die wirkliche und vermeintliche Ausschließlichkeit, sich in Norddeutschland bei der heutigen Zusammenkunft des Parteivorstandes Geltung zu verschaffen, ins andere Extrem getrieben wurden.

Die richtige sozialdemokratische Landtagspolitik besteht in der Verbindung praktischer und agitatorischer Tätigkeit, darin, daß man herausfindet, was man kann, daß aber Erfolge nur erzielt werden durch Klassenbewußte sozialdemokratische Haltung in Verbindung mit den Massen außerhalb des Parlaments, und darin habt Ihr gefehlt. Ich erkenne die Entschuldigungsgründe für die Haltung der Wadenjer an, ich weiß, mit welcher Freude, mit welchem Ueberchwang und mit welcher prächtiger Arbeitswut Ihr Euch auf die Arbeit gestürzt habt. Ihr habt das Guten nicht zu viel in der Aufklärungsarbeit, sondern in rein parlamentarischen getan. Ihr habt zum Beispiel, als in der Kommission der Vorrede fragte, ob jemand einen Antrag auf Abschaffung des Religionsunterrichts zu stellen habe, geschwiegen. Ihr habt dann, sobald ich weiß, erst in der dritten Lesung den Antrag nachgeholt, also zu spät. Ihr habt in der Wahlfrage Verbindung mit der Arbeiterschaft draußen noch nicht einmal gesucht. Ihr hättet die Ehrenpflicht, im Kampfe gegen das Klassenwahlrecht an der Spitze zu stehen. Die Fraktion mußte hinausgehen und die Massen aufrufen. Dann hättet Ihr eine ganz andere Stellung gehabt, und wir wären nicht in die Dinge hineingekommen, in denen wir jetzt sind. Ihr habt Euch durch die Arbeiterschaft zu weit hintreiben lassen. Dadurch fallen Eure Gründe und auch die Berufungen auf Lassalle platt zu Boden und erst recht, wenn wir die deutsche Gesamtsituation betrachten. Heute, wo wir vor einem Gottesgnadentum stehen in Preußen, das den Widerspruch der Massen geradezu herausfordert und doch bis in die badische Regierung hinein seine Stütze findet. Ihr Wadenjer müßt also auch nachgeben. Ihr sollt Euch den Argumenten von der anderen Seite nicht so verschließen, wie Ihr es bisher getan habt, damit eine Einigung zustande kommt, die Euch nicht bloß diktiert wird, sondern eine Einigung, bei der Ihr dabei seid. Schon auf dem Offenburger Parteitag hättet Ihr diese Einigung vorarbeiten können. Die Vorstandsmitglieder Müller und Kollmann hätten beschworen Euch dort, eine Form der Verständigung zu finden. Müller sprach von dem Gefühl der Trauer und des Schmerzes, das die Gesamtpartei infolge Eures Verhaltens beiderlei. Ihr aber bleibt im Vollgefühl Eurer parlamentarischen Erfolge taub und habt mit keinem Worte darauf reagiert. (Hört! hört!) Genosse Frank, Sie haben jetzt gesagt, Sie würden einen Antrag auf Indemnität einbringen, wenn Sie wüßten, daß er angenommen würde. Wenn Sie damals eine Verständigung mit dem Parteivorstand gesucht hätten, so hätte die Einigung auf dieser Grundlage erfolgen können, und Szenen wie die heutigen wären erspart geblieben, bei denen, wie ich nicht verhehlen kann, die Genossen Buzenborg auch nicht gerade ein Muster an Demokratie gegeben hat. (Beifall.)

Wied-Offenbach: Die ganze Schwierigkeit stammt daher, daß man auf dem großen deutschen Parteitag zu sehr auf die Vorgänge in den einzelnen Ländern einzuwirken sucht. Ich gehöre zu denen, die schon für das Budget gestimmt haben, im wesentlichen aber jetzt dagegen stimmen müssen, weil die Verhältnisse sich so entwickelt haben, daß es ein schweres Unrecht gegen mich selbst wäre, wollten wir die frühere Taktik auch jetzt beobachten. Gerade diese Verschiedenheit der Situation beweist, daß Fehler und Vermeidliches sind, wenn wir uns uniformieren wollen. Selbstverständlich hat der Parteitag das Recht und die Pflicht, über die Tätigkeit in den Landtagen zu urteilen und zu sprechen. Es ist aber ein Fehler, wenn wir durch Beschlüsse nach Art des Nürnberger in unhaltbare Situationen gebracht werden. Die Verhältnisse wechseln, und wir müssen diesem Wechsel, so weit wir das als Parteimänner können, Rechnung tragen. Es muß also ein Weg gefunden werden, der den Willen der Gesamtheit ausdrückt, dabei aber den einzelnen Landesmannschaften die Möglichkeit gibt, im Rahmen dieses Willens handeln zu können. Ich war allerdings auch erstaunt über die Begründung, die die badischen Genossen für ihre Haltung gaben, und habe Frank persönlich den Kopf gewaschen. Seine Begründung hat den Kern der Sache nicht getroffen. Ungeachtet wäre, nachdem einmal unsere Genossen mit den Liberalen sich zum Großblock geeinigt haben, die Situation der Arbeiterklasse schlechter geworden, wenn ein Wechsel in der Politik eingetreten wäre. Die Situation stand so, daß die badischen Genossen sich mit dem Parteivorstand verständigen mußten, um dadurch solche Auseinandersetzungen, wie sie gefolgt sind, zu vermeiden. — Es ist eine Gefahr für die Gesamtpartei und für uns alle, wenn wir jetzt einen Beschluß fassen, wie ihn namentlich der Antrag Zubeil verlangt. Das wäre ein Beschluß, der den Zwiespalt in unsere eigenen Reihen trägt (Lebhafter Beifall: Der ist von anderer Seite hineingetragen worden), und der nirgends mehr vernünftige Arbeit ermöglicht. Es ist Ledebours gutes Recht, solche Anträge auszusprechen, aber auch mein gutes Recht, sie zu bekämpfen. Ich sehe hier nicht auf der Anklagebank, für mich würde der Antrag keine praktische Bedeutung haben. Aber es können auch für die kleinsten Länder Situationen kommen, wo die paar Männlein im Landtage entscheidend sein können für die Entwicklung. Darüber sind wir ja doch alle einig, daß mit einem Schläge eine vernünftige Gefellchaftsordnung nicht geschaffen werden wird. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Ich habe einmal auch gedacht, wenn ich meinen ersten Monat Gefängnis hinter mir habe, dann haben wir die Mehrheit im ganzen Lande. (Heiterkeit.) Weil wir wissen, daß mit Wasser gelacht wird, daß die Verhältnisse in allen Einzelstaaten anders sind, darum sollen wir einen solchen Beschluß nicht fassen. Der Antrag, die Frage nochmals gründlich zu studieren, genügt mir nicht. Derartige knifflische Fragen können nicht im Handumdrehen gelöst werden. Wird der Beschluß angenommen, so wird unfraglich von Genossen aus allen süddeutschen Staaten das nächste Mal beantragt, die Frage wieder aufzurufen. Darum sollten wir auf eine Resolution bedacht sein, die die Freiheit der einzelnen im Rahmen der Gesamtschlüsse ermöglicht. Ich habe Frank wie Bebel gegenüber die Auffassung vertreten, daß wir,

nachdem wir so groß geworden sind, eine Menge Elemente hinter uns haben, die nicht so scharf logisch ausgeprägte Auffassungen wie Bebel besitzen, und die wir, nachdem wir sie nun haben, erziehen und nicht abstoßen sollen. In Preußen sind Sie über jene Frage längst weg — weil Sie noch nie davor gestanden haben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn es Ihnen gelingt, wobei ich gern mit-helfen will, das allgemeine Wahlrecht zu kriegen, dann wird man auch von einem Kantone Preussisch reden können, wie man jetzt von einem Kantone Badisch redet. (Lebhafter Beifall bei der Minorität.)

Lehmann-Mannheim: Es ist nicht gerade angenehm, daß wir alle paar Jahre uns mit dem badischen Krakeel zu beschäftigen haben. 1894 in Frankfurt haben wir die bekannte Steg-müllerer gehabt. Nachdem sie endlich beiseite war, und man nicht mehr darüber redete, kam wieder die Budgetannahme im Landtag vor den Lübecker Parteitag. Die Sache erschien damals dem Parteivorstand wesentlich genug, Bebel nach Baden als Referenten abzuordnen. Die badische Fraktion unter Führung des verstorbenen Genossen Dreesbach hat sich damals unterworfen, und ein Fraktionsmitglied hat, ohne daß man lange Ausreden gesucht hätte, ausdrücklich erklärt, daß sie auf Grund des Lübecker Parteitagbeschlusses gegen das Budget stimmen. Die Gegner haben das gewiß verstanden, daß eine kämpfende Partei einig und geschlossen sein muß. Es wurde 1904 für ganz selbstverständlich erachtet, daß wir das Budget ablehnten. 1906 kam der sogenannte Großblock zustande und damals traten Frank und Koll in den Landtag. Aber auch diese beiden, die für die Zustimmung zum Budget in erster Linie verantwortlich zu machen sind, haben 1906 gar nicht daran gedacht, die Zustimmung auch nur zu beantragen. Damals wurde noch der Lübecker Beschluß respektiert und wir hatten auch noch keine Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen. Die Nationalliberalen stimmten unsere Anträge nieder, wie sie es jetzt übrigens auch tun. Man war noch nicht so weit gegangen in der Verbrüderung mit ihnen wie jetzt. 1908 wurde dann für das Budget gestimmt. Dann kam der scharfe Beschluß des Nürnberger Parteitages gegen die Budgetbewilligung und die Genossen in Württemberg und Bayern fügten sich. Wir haben ohne weiteres angenommen, daß die badischen Genossen sich auch fügen würden. Bei der Kandidatenaufstellung bald nach dem Nürnberger Parteitag wurde nach der Stellung der Kandidaten zur Budgetfrage nicht gefragt. Als ich abgesetzt wurde (Heiterkeit), wurde der ja vielleicht plausible Grund der Doppelmandate angeführt. Wir haben damals einfach angenommen, daß sich die Abgeordneten den Parteibeschlüssen fügen würden. Koll und Frank haben sich die Folgen ihres Unfalls sicherlich nicht überlegt. Hätte man die Folgen vorausgesehen, so hätte sich vielleicht auch keine Mehrheit in der Fraktion für die Budgetbewilligung gefunden. Ohne diese Zustimmung ständen wir heute in Baden viel besser da als jetzt. In keiner Weise waren wir gezwungen, für das Budget zu stimmen. Die direkten Steuern sind geblieben, die indirekten sind erhöht worden. (Zuruf: Durch das Reich erhöht!) Wieso durch das Reich? Das Reich hat uns doch nicht zur Erhöhung der Biersteuer gezwungen. Die Erhöhung der Biersteuer hat die Fraktion wohlweislich den Nationalliberalen und dem Zentrum überlassen. Die gemeinsame Tätigkeit mit den Nationalliberalen hemmt uns nur. Warum ist nicht diesmal der Antrag auf Befreiigung der schädlichen Steuern auf Lebensmittel wiederholt worden? Warum hat man sich diese wichtigste Agitationswaffe entwinden lassen? Etwas um die Nationalliberalen nicht in Verlegenheit zu bringen? Oder will man von Bergeshöhe sprechen? Bei den nächsten Wahlen wird eine ganz andere Parteikonstellation eintreten. Auch mit unserer Hilfe werden die Nationalliberalen nicht in ihrer jetzigen Stärke erhalten werden können, und sie werden sich mit dem Zentrum verbünden. Mander von Ihnen, der jetzt noch die Illusion hegt, eine liberale Politik wie in Frankreich betreiben zu können, wird von dieser Illusion geheilt werden. Wir kommen aus den ewigen Streitigkeiten nur heraus, wenn die in Frage kommenden Genossen erklären, daß sie sich in Zukunft den Parteitagbeschlüssen fügen wollen. Sie wollten sich ja schon fügen. Es war schon vereinbart, wie man sich bei den Nationalliberalen entschuldigen wollte. Die Herren hatten schon unter sich vereinbart, welche Erklärung sie abgeben wollten. (Hört! hört! Widerspruch bei den Süddeutschen.) Bestehen Sie doch ein, daß Sie einen falschen Weg eingeschlagen haben. Ich traue Ihnen doch nicht zu, daß Sie die Partei ins bürgerliche Lager hinüberführen wollten. Darum erklären Sie das öffentlich, damit wir aus den ewigen Streitigkeiten herauskommen. (Lebhafter Beifall.)

Waller-Heidelberg: Wenn Genosse Lehmann und seine Freunde dem Frieden dienen wollen, dann brauchen sie nur darauf zu verzichten, alles, was in Baden vorkommt — es kommt ja schließlich auch in Berlin manchmal was vor —, auf dem schnellsten Wege der „Leipziger Volkszeitung“ und anderswohin zu übermitteln. (Sehr gut! und Lurche.) Genosse Lehmann könnte dann noch persönlich etwas zum Frieden beitragen, wenn er einmal parteigenösslich die Frage behandeln würde, anstatt sich immer nur sozusagen zum Sprachrohr des Zentrums zu machen. (Zuruf: Unerhört!) Die Reden des Genossen Lehmann und die Artikel der badischen Zentrumsblätter enthalten immer dieselben Gedanken. Ich weiß nicht, ob seine Verwandtschaft mit Wiesbaden dazu beiträgt. (Hört! hört! und Lurche bei der Mehrheit.) Eigentümlich ist es jedenfalls, daß immer Zentrumsargumente vom Genossen Lehmann vertreten und unterstützt werden. (Große Lurche bei der Mehrheit, Zuruf: Verdächtigung!) Es ist keine Verdächtigung das Ausprechen einer Tatsache, die bewiesen werden kann jeden Tag durch Zeitungsartikel.

Vorsitzender Dieß: Sie unterstellen hier dem Genossen Lehmann, daß er Zentrumsgrundsätze propagiert. Das ist nicht zulässig.

Waller (fortfahrend): Ich habe nur die Tatsache konstatiert, daß Lehmann eigentümlicherweise immer mit Argumenten der Zentrumspropaganda operiert.

Dieß: Die Tatsache haben wir nicht konstatiert. Wenn Sie weiter so fortfahren, muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Waller: Ich kann ja auch mal auf einem sozialdemokratischen Parteitag zur Ordnung gerufen werden. Dreesbach hat im badischen Landtag erklärt, er würde es als Weisheit auffassen, wenn man ihm unterlasse, er stimme gegen das Budget wegen der Lübecker Resolution; er stimme vielmehr gegen das Budget, weil es seiner Ueberzeugung entspreche. Und Eichhorn hat einmal auf einem badischen Parteitag erklärt, wir hätten für das Landtagswahlgesetz gestimmt, wenn wir dabei den Ausschlag gegeben hätten, so aber hätten wir dagegen gestimmt, weil es auf unsere Stimmen nicht ankam. (Hört! hört! b. d. Süddeutschen.) Die Darstellung, die Lehmann von den badischen Steuerverhältnissen gab, stimmt nicht. Wir haben in Baden keine Fleischsteuer außer der Fleischsalze, die etwa 800 M. einbringt. Dagegen haben wir in Baden heute die höchsten direkten Steuern. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Für uns ist also das Steuerwesen eine gefährliche Sache. (Zuruf: So reden die Oberbürgermeister!) Nein, so reden die Leute, die etwas davon verstehen. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ein kleines Land muß in Steuerfragen immer weit vorsichtiger operieren als ein großer Staat. (Leb. Zustimmung bei den Süddeutschen.) Die Genossin Luxemburg, mit der ich mich hier nicht weiter befassen will (Heiterkeit), hat trotz ihrer Kenntnis von dem Sachverhalt den Parteitag über den Schulgehalt artikel falsch informiert, hinter das Licht geführt. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Der Artikel, der wahrscheinlich aus dem Lager des Genossen Adolf Wed oder von ihm selbst stammt, stand ursprünglich im „Vorwärts“, und ist in die „Lorrainer Arbeiterzeitung“ ohne Wissen des Genossen Wed, vielleicht durch den Wetteur oder sonstwie hineingekommen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Wenn Sie die technischen Weis-

nisse kennen würden, würden Sie das begreifen. Der Satz des Lorrainer „Arbeiterzeitung“ wird nämlich in Basel hergestellt. — Der Abschluß der Landtagswahlen, das Resultat der letzten Landtagswahlen, sie beweisen die treue und fleißige Parteiarbeit der Wadenjer, und bei den nächsten Landtagswahlen werden wir erneut den Beweis bringen, daß wir trotzdem gute Sozialdemokraten sind und im Kampfe um die Befreiung des Proletariats es an nichts fehlen lassen. (Wabal bei den Süddeutschen.)

Klara Zetkin: Die Budgetfrage darf nicht als eine abstrakte Harmlosigkeit behandelt werden, als eine akademische Doktorfrage, losgelöst von Raum und Zeit. Wir müssen die Frage ins Auge fassen in ihrer konkreten Realität. Das Lieb, daß wir die Frage an und für sich zu behandeln haben, haben wir auch jetzt wieder gehört. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, und wir haben gestern auch wieder ihren klassischen Worten gehört in der Person des Genossen Keil, der uns den Rat gegeben hat, die Frage weder durch die radikale, noch durch die revisionistische Brille zu betrachten. Vielmehr sagt uns Genosse Keil, durch welche eigentümliche Brille er sie betrachtet. (Frank: Mit offenen gesunden Augen!) Er betrachtet sie offenbar durch einen Nebel, in welchem alle Sachen grau sind. (Heiterkeit.) Die Frage ist nicht für sich allein zu beurteilen, sondern als reife Frucht einer konsequent und bewußt befolgt Richtung, die eine Aenderung unserer bisherigen Taktik erstrebt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Indirekt hat Genosse Keil das selbst zugegeben. Er hat das Einzelne der „Sozialistischen Monatshefte“ bedauert. Nicht etwa, weil er die Richtung der „Monatshefte“ mißbilligt, sondern weil durch die „Sozialistischen Monatshefte“ gewissermaßen der Punkt auf das i gesetzt wird, und die Masse der Parteigenossen daraus erkennt, woher der Wind kommt und wohin er weht. Genosse Keil sollte doch mit Auer sprechen: „So etwas tut man, so etwas sagt man nicht!“ (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ich möchte, er hätte so offen gesprochen wie sein Parteifreund Hilgenbrand in Stuttgart, der nach einem Bericht der „Tagwacht“ in einer Versammlung am 17. September dort erklärt haben soll: Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, wir tun, was wir wollen. (Hört! hört!) Ich zitiere nach der „Tagwacht“, wenn es nicht stimmt, kann Hilgenbrand ja berichtigen. Die Masse der Parteigenossen hat ein Recht darauf, informiert zu werden. — Genosse Frank hat sich von den Flügeln der Dichtkunst Müllers nach Indien tragen lassen, um uns die poetische Weisheit der Brahminen zu zitieren. Wir wäre es lieber gewesen, er hätte uns die ganze prosaische Weisheit seines Freundes Koll aus Karlsruhe zitiert. Diese Weisheit hat uns seit Monaten immer und immer wieder versichert, daß es sich bei der Budgetabstimmung nicht um eine ausnahmsweise Maßregel handeln kann, sondern um eine regelmäßige Erscheinung, die als Unterpfand einer ganz neuen Taktik dienen soll. Einer Taktik, die nach Koll's Wunsch auf das ganze Reich ausgedehnt ist. Angesichts dieser Tatsache rate ich ganz entschieden von der Einsetzung einer Studienkommission ab. Eine solche würde sachlich darauf hinauslaufen, daß der Parteitag erklärt, Ihr Wadenjer habt ja formell befähigt, aber im Grunde trägt ja der Parteitag die Schuld, der über eine Frage geurteilt hat, über die er nicht genügend informiert gewesen ist. Die Partei würde sich damit ein Armutszeugnis ohne gleichen ausstellen. Die Kommission müßte ja in Permanenz tagen, denn es könnte immer und immer wieder die Erneuerung ganz neuer Verhältnisse in Frage kommen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen. Frank ruft: Da haben Sie ganz recht!) Dann soll man lieber konsequent sein und die Nürnberger und die anderen Budgetbeschlüsse abschaffen. Ich bin persönlich immer für die Konsequenz und für klare unweibliche Entscheidungen. — Mit geradem armeneligen Gränden haben die Wadenjer Genossen und ihre Freunde bis jetzt ihr Verhalten gerechtfertigt. Da war von Ministerworten die Rede, von der komplizierten Natur dieses Ministers, wobei ich an das feuilletonistische Gerede von dem modernen Menschen Hilow und den Philosophen Weismann Holzweg denken mußte. (Sehr gut!) Wir haben es nicht mit der Natur der sogenannten Staatsmänner zu tun, sondern mit den realen Verhältnissen des Staates, und da liegen die Dinge wirklich einfach genug. (Lebhafter Zustimmung.) Die bekannte Aechterung Bobmans in der Ersten Kammer zeigt keine Spur vom Begreifen der Sozialdemokratie und ihres geschichtlichen Wesens, sondern ist eine ganz triviale Aechterung, wie sie jeder beliebige Arbeiterfreund schon hundertmal getan hat. (Sehr richtig!) Die Budgetbewilligung war auch gar nicht notwendig, um die Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen aufrecht-zuerhalten, die uns doch hier als arme Teufel vorgefleht worden sind, die sich in einer Notlage befinden. (Sehr gut!) Ich bin die letzte, die Konzeptionen und Reformen auch der kleinsten Art unterschätzt. Wir freuen uns des Eifers und der Erfolge unserer badischen Parteigenossen. Aber die Frage ist die: sollen wir Reformen erzwingen durch parlamentarische Konzeptionen und Bescheidenheit, oder sollen wir sie erzwingen durch den Druck der Massen von außen. (Lebhafter Beifall.) Ueber die Arbeitsgemeinschaft mit dem liberalen Block scheinen unsere Parteifreunde zu sehr die Kampf-gemeinschaft mit der Gesamtheit der Partei und mit den Massen außerhalb des Landtags aus den Augen verloren zu haben. (Sehr richtig!) Frank meinte gestern, es gäbe doch eine ganze Reihe Entscheidungen, unter denen das Proletariat leidet, die nicht zum Wesen des Klassenkampfes gehören, weil zum Beispiel der Rosenstaat bestehen kann ohne Minderzölle. Ganz recht, aber wir haben es nicht mit dem abstrakten Begriff des Klassenkampfes, sondern mit der historischen Situation zu tun, in der wir uns gegenwärtig befinden, und da gehört die Strömung gegen Demokratie, Wucherzölle, Arbeiterfeindschaft zum Wesen der herrschenden Klassen. Die bürgerlichen Klassen, die sich liberal und demokratisch nennenden Parteien, einschließlich des Zentrums, sinken immer mehr zu Trägern der gesamten reaktionären Wirtschaftspolitik her-ab. (Sehr richtig!) Frank meinte zum Schluß, die Monarchie habe eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats. Wir hätten nicht die Institutionen zu bekämpfen, sondern die Personen, die als Träger der Institution mehr oder weniger scharf, mehr oder weniger verhängnisvoll eingreifen. (Frank: Gerade das Gegenteil habe ich gesagt!) Nein, Sie haben wirklich gesagt, was ich ausgeführt habe. Da begreife ich allerdings nicht, wie man gerade einem Monarchen bei einem Leichenbegängnis eine Huldigung darbringen konnte, der sich jederzeit als besonderer persönlicher Feind der Sozialdemokratie mit besonderer Ehrlichkeit bekannt hat. (Sehr gut!) Wir bekämpfen vor allem die Institution, und diese ist keineswegs eine gleichgültige mittelalterliche Festung, an der wir ungehindert vorüberziehen können, sondern die stärkste Schanze, das stärkste Rückgrat der proletarierfeindlichen reaktionären Politik aller herrschenden Klassen ohne Unterschied. (Lebhafter Zustimmung.) Da soll man uns doch nicht sagen, daß diese Institution nicht von uns aus schärfste bekämpft werden muß, jetzt, wo die herrschenden Klassen in Deutschland auf die feigen-blattlose Proklamation des Gottesgnadentums mit einem Ruf zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie geeinigt haben. (Lebhafter Zustimmung.) Die Monarchie in Deutschland hat sich immer als persönlicher Feind der Arbeiterklasse bekannt. (Sehr richtig!) Darum wird auch, je länger je mehr, der entscheidende Kampf gegen diese „mittelalterliche Festung“ ein immer wichtigerer Teil des proletarischen Klassenkampfes überhaupt. Ganz gewiß, es gilt, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten, die organisatorische Einheit und Geschlossenheit; aber zur Entscheidung steht jetzt die Frage: um welchen Preis, auf welchem Boden wollen wir die Geschlossenheit? Wollen wir sie auf dem Flugland der Konzeptionspolitik, der Konjunkturpolitik, oder wollen wir sie auf dem festen Granit der Auffassung, auf dem die Sozialdemokratie bis jetzt gestanden hat, auf dem sie noch steht,

und auf dem sie stehen muß, wenn sie bleiben will, was sie ist: der politische Ausdruck der revolutionären Arbeiterklasse (Stürmischer Beifall.)

Quersfel-Darmstadt: Die Abstimmung auf der Hessischen Landeskonferenz hat bewiesen, daß auch in Hessen die Mehrheit der Parteigenossen die Frage der Budgetbewilligung nicht als eine prinzipielle, sondern als eine taktische ansieht. Dadurch, daß der Parteitag beschließt, sie sei eine prinzipielle Frage, wird sie noch nicht zu einer solchen, gerade so wenig, wie ein Apfelbaum Feigen trägt, wenn man ein Pfadchen dran liebt mit der Aufschrift: das ist ein Feigenbaum. Auch zehn Parteitage können an der Natur der Dinge nichts ändern. Tauschen wir uns nicht darüber: auch wenn wir in Baden oder Hessen die Mehrheit erringen, bleibt der Klassenstaat im Süden immer noch derselbe wie andere Klassenstaaten. Aber der Klassenstaat ist in Süddeutschland anders gesteuert, wie der norddeutsche preussische Klassenstaat, das hat Bebel oft hervorgehoben. Auch die Budgets im Süden sind ganz anders gestaltet als im Norden. Eine Studienkommission ist durchaus notwendig, wenn es auch Genossen gibt, die alles zu wissen behaupten. Ich müßte als Norddeutscher ein halbes Jahr lang täglich eine Stunde mit Ulrich debattieren, ehe ich in die Eigentümlichkeiten der hessischen Verhältnisse eingeweiht war. In Hessen werden wir nicht leichtfertig das Budget bewilligen, aber wir werden dazu gezwungen werden durch die Macht der Verhältnisse. Wir werden gezwungen werden, die Resolution 90 zu brechen. (Hört! hört!) Wir werden sie brechen müssen und wir werden sie brechen. (Lebhaftes Hört! hört!) Die hessische Finanzkrise kann nur durch schärfere Besteuerung der großen Vermögen und der großen Einkommen behoben werden. Der frühere Finanzminister Gnauch sagte in Erwiderung auf eine Rede Ulrichs: Ihre Steuerprojekte sind ausführbar, ich würde sie ausführen, aber schaffen Sie mir erst eine Mehrheit im Landtage. Die Erklärung bewirkte, daß Gnauch von der Ersten Kammer gestürzt wurde. Die Organe des Herrn v. Deyl hehnten wie eine Meute hinter dem sogenannten sozialdemokratischen Finanzminister her. Offen erklärten sie, die Erste Kammer wird es machen wie das englische Oberhaus, sie wird das Budget ablehnen, um den Besitz zu schonen vor der Begehrlichkeit der durch die Sozialdemokratie ausgebeuteten Massen. Gnauch ist zurückgetreten. Hatte er es aber auf einen Kampf ankommen lassen, so wären unsere Abgeordneten nicht mit der Ersten Kammer gegen die Volkskammer gegangen und hätten das Budget abgelehnt, sondern sie wären mit der Volkskammer gegen die Herrenkammer gegangen und hätten das Budget angenommen, um die Ministerstürzerlei der hohen Herren zu verhindern. Derartige Verhältnisse werden wiederkommen. Resolutionen, die unsere Stellung festlegen, erschweren und ungemein unsere Arbeit. Bebel unterschätzt selbst den gewaltigen Gewinn seiner Lebensarbeit, wenn er sagt, daß wir nur kleine Konzessionen erreichen könnten. Nein, der Sozialismus marschiert, wir wachsen in den Zukunftsstaat hinein.

Lebebour: Zunächst habe ich im Auftrage des Genossen Limberg-Essen zu erklären, daß die Arbeiter des niederrheinischen Agitationsbezirks eine entschiedene Absage an die revisionistischen Budgetbewilliger ergehen lassen. — Heilmann hat hier aus der Vogelperspektive der Journalistentribüne seine Ansichten über den Parlamentarismus entwickelt. Die Ablehnung des Budgets ist eine politische Handlung, nicht eine Demonstration im dem Sinne, wie Heilmann es hinzustellen sucht. Demonstrationen im Parlament wuchsen aus der Situation heraus, etwa wenn ein Oldenburg und provokiert oder wenn Bethmann mit seiner Wahrschuldorlage erscheint und von unseren Genossen als Vaterlands- und Arbeiterfeind gebrandmarkt wird. Aber politische Handlungen im Laufe einer ordnungsgemäß verlaufenen Reichstagsitzung geben niemals zu sensationellen Ereignissen Anlaß, über die sich Heilmann auf der Journalistentribüne amüßieren kann. (Heiterkeit.) Die Verweigerung Heilmanns ist charakteristisch, weil er nur nach dem Verhalten der paar Männlein im Parlamente, nach ihrem äußeren Auftreten urteilt. Die Bedeutung der Abgeordneten liegt aber darin, daß sie im Reichstage mit der Ehre betraut sind, die feindliche Stimmung der gesamten Genossen des Landes gegen den Klassenstaat zum Ausdruck zu bringen. Darin liegt ihre Bedeutung und nicht in dem Gesicht, das dieser oder jener dabei schneidet. — Auf dem Internationalen Kongress habe ich nicht Zeit gehabt, die Vorarbeiten über seine Stellung zum englischen Budget machen zu wollen, sondern ich habe ihm nur gesagt, wenn Ihre dem Klassenstaat Mittel für Meer und Rüstungen bewilligt, könnt Ihr nicht den Arbeitern Euren Landes und anderer Länder den Generalstreik im Kriegsfall aufzwingen wollen. Heilmann sowohl wie der Redner haben das Wesen des Parlamentarismus mißverstanden. Das ist ja gerade der Fluch in Deutschland, daß wir noch nicht einmal in den bürgerlichen Parlamentarismus des Klassenstaats hineingekommen sind. Nicht einmal den bürgerlichen Parlamentarismus haben wir, und trotzdem habt Ihr in Baden und die anderen, die Euch zustimmen, so wenig proletarisches Selbstgefühl (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Widerspruch bei den badischen Delegierten), so wenig Stolz (erneuter stürmischer Beifall und Widerspruch), daß Ihr diesen jämmerlichen deutschen Bureaucraten die Erziehung weiter er möglichen wollt entgegen dem Willen der Partei. (Lebhafter Zustimmung.) Das ist der Kern der Sache. Ob der Mann Wobman oder Wetmann heißt, oder ob es sich um andere unanständige Männer handelt (Heiterkeit), das ist gleichgültig, sie sind alle Handlanger des verschleierten Absolutismus, sie stehen da nicht kraft einer Überzeugung; ich weiß nicht, ob sie je ein solches Ding befehlen haben, sondern im Auftrage eines Monarchen. Und wenn es dem Manne nicht paßt, dann wüßte er und dann verschwinden sie und dann verfallen sie auf Rimmerwiedersehen. Und von den Phrasen solcher abhängigen Leute wollt Ihr es abhängig machen, ob Ihr dem Budget zustimmt oder nicht. (Frank lacht.) Genosse Frank lacht selbst darüber. (Frank ruft: Heber Sie, mein lieber Lebebour!) Nichts ist charakteristischer als die Fribolität, mit der Sie die ganze Frage behandeln. (Lebhafter Zustimmung bei der Mehrheit, erregter Widerspruch der Minderheit.) Frank ruft: Sie sind doch noch keine gefesselte Person! Die ganzen badischen Entschuldigungen sind nichts als feirole Ausreden. Die Badenjer haben förmlich nach einem Grund für ihre Budgetbewilligung gelehrt, und da ist Euch der Wobman über die Leber gelaufen. (Heiterkeit.) Was sind das für Parteigenossen, die von solchen äußerlichen Umständen ihre Haltung in solchen wichtigen Fragen abhängig machen? Nun hat Kolb hier erklärt, wenn ich wirklich die Resolution annehme, müssen wir nach dem Rezept Ulrichs handeln und uns hinauswindeln, indem wir sagen: unsere Haltung entspricht ja den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages. Nun, wenn Ihr mit diesem Gewandspinneln kommt (stürmische Zustimmung der Mehrheit, Gelächter der Minderheit), dann wissen wir eben, daß es Schwindel ist. (Lebhafter Beifall.) Es ist notwendig, die Resolution Bebel mit dem Zusatzantrag anzunehmen. Javohl, Bebel, es ist notwendig, daß das Amendement angenommen wird. (Bebel: Das ist gar nicht notwendig!) Wir müssen eine bestimmte Tat hineinbringen, das steht im Einklang mit dem Organisationsstatut. (Bebel: Das ist unrichtig!) Es muß festgelegt werden, auf Grund welcher Tatsache die Organisation die Funktion des Ausschusses zu vollziehen hat. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David: Die Art, wie Lebebour die sachliche Begründung der Badenjer gewürdigt hat, muß unbefangenen Parteigenossen die Überzeugung heibringen, daß wir in dieser Frage mit solchen Diskussionen nicht zu einem befriedigenden Schluß kommen können. Lebebour hat mit seinen sachlichen Ausführungen (Heiterkeit) am besten bewiesen, wie notwendig es ist, die ganze Frage noch einmal einer leidenschaftslosen, sachlichen Behandlung in einer Kommission zu unterziehen, unter Hinzugabe aller, die dazu theoretisch oder praktisch Material geben können. Man hat eingewendet, mit der Einschickung einer solchen Kommission stelle sich der Parteitag ein Armutszeugnis aus. Ich nein, nicht diejenigen, die immer sagen, sie wüßten bereits alles, sind die Besten. (Sehr gut!) Jeder Mensch kann noch lernen, zu-

mal in einer so komplizierten Sache. Belder wurde diese Frage von Anfang an auf den Parteitagen nicht vom rein sachlichen Stande, sondern aus den schärfsten gegensätzlichen Stimmungen heraus diskutiert. Die Genossin Luxemburg weiß natürlich alles, was in der ganzen Welt vorgegangen ist und vorgehen wird (Heiterkeit bei der Minderheit), aber den Genossen Haase möchte ich, obgleich er Jurist ist, doch fragen, ob er denn in der Lage ist, Auskunft zu geben über die staatsrechtlichen Bestimmungen und Formen der einzelnen Budgetrechte in den verschiedenen Staaten. Ich glaube, er würde dann sagen: mein Name ist Haase, ich weiß von nichts. (Große Heiterkeit.) Der Genosse Braun hat sich ein Verdienst damit erworben, daß er uns diesen Weg gezeigt hat, der den Weg zum Frieden bedeutet. Wir haben unseren Antrag, die früheren Resolutionen aufzuheben, zurückgezogen zugunsten dieses Antrages, und wir sagen damit: wir sind bereit, den Versuch zu machen; bringen Sie uns Gründe, dann wird die Sache geregelt werden, sonst kehren diese Debatten immer wieder, wir können beschließen, was wir wollen. Die Verhältnisse sind stärker als alle Beschlüsse. Ein einfaches Repetieren der früheren Beschlüsse, wie sie die Resolution Bebel will, kann dem Frieden nicht dienen. Nun hat Bebel einen Ausweg angedeutet, der mich etwas gewundert hat. Gewiß gibt es eine Möglichkeit, daß die Genossen bei der Budgetabstimmung sich dem entziehen, gegen den Parteitagbeschuß zu verstößen, ohne daß sie für das Budget stimmen, indem sie einfach hinausgehen, wie es schon Geda getan hat. (Heiterkeit bei den Badenjern.) So hat man es auch in Sachsen gemacht, in dem feierlichen Moment, wo der ganze Gegenstand gegen den parlamentarischen Staat zum Ausdruck kommen sollte. (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Wollen Sie, daß dieser Weg gegangen wird? (Rufe: Nein, nein!) Das können Sie nicht wollen, das wäre jämmerlich und eine Blamage für die ganze Partei. (Bravo! bei den Badenjern.) Der Antrag Jubel verdient patentiert zu werden. Es wird kurzer Prozeß gemacht. Es ist nicht einmal eine Einrichtung gewöhnlicher Art, sondern eine automatische Selbststrichtungsmaschine. (Heiterkeit.) Man drückt auf den Knopf, bums ist das Messer herunter, und man ist ausgeschlossen. (Große Heiterkeit.) Die Annahme dieses Antrages wäre die Proklamierung eines Standrechts. (Frank: Das ist ruffisch!) Bedenken Sie, daß die Abgeordneten die Vertrauensleute der Organisationen sind. Es ist doch möglich, daß in diesem Fall die Massen wieder hinter den Abgeordneten stehen. Wollen Sie, daß auch diese Massen dann aus der Partei herausfliegen? Machen Sie sich diese Konsequenzen klar. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Man hat unsere badischen Genossen auch wegen ihres Blockverhältnisses mit den Nationalliberalen angegriffen. Aber auch Bebel weiß, daß die Nationalliberalen kein einheitlicher Begriff sind. Es gibt mancherlei Richtungen in dieser Partei, die sich gegenüberstellen. Augenblicklich haben die Nationalliberalen gerade fürchterliches Baugrimmen. Da ist es gar nicht ratsam, die verschiedenen Richtungen zusammenzutreiben. Es wäre richtiger, den Keil in die Ritzen zu treiben, anstatt die Gegner mit eisernen Klammern aneinander zu fesseln. (Sehr richtig!) Glauben Sie denn wirklich, Genosse Bebel, daß es in diesem Saal einen Sozialdemokraten gibt, der die Absicht hat, die Partei ins Lager der Nationalliberalen zu führen? (Heiterkeit.) Ich appelliere an diejenigen, die die materialistische Geschichtsauffassung als das A und O betrachten. Glauben Sie denn wirklich, daß man eine so kompakte Partei mit dieser Entwicklung mit einer anderen Partei lieren kann? (Bebel: Das glaube ich auch nicht, aber das schließt doch den Willen dazu nicht aus!) Halten Sie uns denn für so dumm? (Bebel: Nein, aber diese Politik ist dazu angetan!) Wir haben in der nächsten Zeit die wichtige Aufgabe zu lösen, daß wir das Volk befreien von dem ungeheuren Druck der Brotwucher- und Lebensmittelerzeugungspolitik. (Zustimmung.) Bebel ruft: Und die Nationalliberalen? Dabei wird der agrarische Flügel der Nationalliberalen der Parole Deyl folgen. Aber diejenigen Nationalliberalen, die sich im wesentlichen auf eine städtische Bevölkerung stützen, können nicht mitgehen. Wir müssen in erster Linie verlangen, daß die Wucherpolitik beseitigt wird. Mit der Lösung dieser Frage kann man nicht bis zum Zukunftsstaat warten. Gewiß hat Bebel recht, daß der preussische Staat einzig in der Welt ist. Aber unsere preussischen Genossen stellen die Dinge immer so dar, als ob die Zustände und Vorgänge in Preußen die notwendigen Konsequenzen der kapitalistischen Entwicklung wären. (Bebel: Das hat kein Mensch behauptet!) Sie nicht, aber andere, auch die Genossin Jettin tut das. Angesichts der ganzen Entwicklung sollte man doch aufhören, mit oratorischer Phrasologie, wie Frau Jettin das getan hat, allgemeine Forderungen aufzustellen. Die Entwicklung in Süddeutschland bringt doch auch den preussischen Genossen Vorteil. (Bebel: Das bestreitet niemand!) Die Genossin Luxemburg nennt die badischen Ererungenschaften Kappellen. Für Wahlen zu den Parlamenten mag ja das der richtige Ton sein. Wenn nicht gleich die Republik erreicht wird, dann sind es eben Kappellen. (Heiterkeit.) Man erschwert sich dadurch doch nur die Agitation im eigenen Lande. Was Sie hier zur Kritik des Erreichten sagen, das wissen wir ebenso gut und sagen es im Rande selbst sehr scharf! Aber das bringen wir doch nicht aus der Welt, daß Unterschleife und Ererungenschaften von Wert da sind. Rätigen Sie uns nicht, das immer hier so zu unterstreichen, sondern sehen Sie entsprechend unserem Antrage eine Studienkommission ein! Es ist nicht beabsichtigt, irgendwie die Einheit und Geschlossenheit der Partei in großen Fragen anzutaken! Deshalb aber müssen Sie eine Lösung vermeiden, die den Stachel noch tiefer eindringen läßt. Beschreiten Sie den Weg, der die Einheit der Partei von innen heraus festigt, indem er die Begeisterung für die gemeinsame Sache nicht schädigt, sondern erhöht. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Dreier-Eberfeld: Die Genossen, die der linken Seite der Partei immer vorzuzählen, was alles aus dem Spiele steht, sind in der Regel die Provokierenden gewesen. Nach dem klaren Beschuß von Nürnberg konnte man wohl erwarten, daß kein Abgeordneter der Partei in einem deutschen Bundesstaate es noch wagen würde, gegen den Willen der höchsten Instanz zu verstößen. (Sehr richtig!) Gewiß haben unsere badischen Genossen das beste für die Partei gewollt, aber sie haben sich nicht gefragt, welche Wirkung nach außen ihr Verhalten hat, sie haben mehr Gewicht auf den Einbruch bei den bürgerlichen Parteien als bei der eigenen Partei gelegt. Ihr Vorgehen hat wie Sprengpulver gewirkt. Der örtliche Vorstand von Eberfeld-Barmen wollte den 17 badischen Abgeordneten eine Brücke bauen, er wollte sich mit einer Aufforderung zur Mandatsniederlegung begnügen, aber die Genossen in den Parteiversammlungen verlangten ihren Ausschluß wegen Disziplinbruchs. (Bravo!) So werden die Delegierten im Lande geschoben, und auch der Parteivorstand muß geschoben werden. Wenn die badischen Genossen das Verhalten ihrer Abgeordneten billigen, so beweist das, daß sie nicht richtig erzogen sind. (Unruhe bei den Süddeutschen und lebhafter Beifall bei den Norddeutschen.) In Baden wird keine grundsätzliche Politik im Sinne der Dresdener Beschlüsse getrieben und auch die Kommissionen verlernen in dieser Beziehung oft ihre Pflicht. Ich könnte nur wünschen, daß die badischen Genossen ein so prinzipienfestes Organ hätten, wie wir in Eberfeld. (Frank: Das würden wir uns nicht 14 Tage gefallen lassen.) Was soll nun werden? Disziplin muß sein. Ich empfehle den Ausschluß aus der Partei, wir ersparen uns dann Auseinandersetzungen für später. (Stürmischer Bravo! bei den Süddeutschen.) Die Einheit müssen wir wahren, aber nicht die Einheit um jeden Preis. (Bravo!)

Abolf Müller-Münden: Wenn der Redner in Brüssel als Erzähler erscheinen wird, wird er dort dem Präsidenten der Internationale, dem Genossen Wandervelde, genau so imponieren, wie die norddeutschen Agitatoren, die nach Münden gekommen sind, um zu lehren, und bald darauf als Bekehrte unter uns geblieben sind. (Zuruf: Wer denn?) Ich erinnere an unseren Johannes Timm. (Zuruf: Berliner Bajer!) Ich möchte nur wünschen, daß Sie uns noch mehr so tüchtige Genossen schicken,

(Zuruf bei den Süddeutschen: Lebebour! — Heiterkeit.) Es ist nicht richtig, daß ich meinen Fraktionsgenossen Klement unter falschen Vorwänden veranlaßt habe, den Antrag 91 zu unterschreiben. Ihm ist der Antrag von einem anderen unterbreitet worden, er hat sich geweigert zu unterschreiben, nicht etwa wegen des sachlichen Inhalts, sondern wegen der Form. Ich habe ihn dann in freundschaftlicher Weise gefragt, warum er denn den vernünftigen Antrag nicht unterschreiben wolle, und er hat gesagt, er sei ganz damit einverstanden, nur verlange er, daß statt einem Delegierten des Parteivorstandes der ganze Parteivorstand in die Kommission eintritt. Darauf habe ich ihm erwidert, wenn Du es verlangst und wenn es Dir Vermögen macht, will ich Deinen Wunsch vertreten, sofern ich überhaupt reden kann. Hiermit vertritt ich nun diesen Wunsch, denn wir haben gar nichts dagegen, daß der gesamte Parteivorstand und meinehalten auch noch ein halbes Duzend Funktionäre von Groß-Berlin in die Kommission kommen. (Heiterkeit.) Genosse Bebel hat sich durch die vernünftige Art, in der sein Referat gehalten war, den Dank der Gesamtpartei verdient, aber trotz aller Verschämlichkeit hat er doch einige Bemerkungen gegen die Bayern gerichtet, die ich schon in Rücksicht auf die aufstrebenden Gegner nicht unwillkürlich lassen kann. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Er hat daran erinnert, daß eine Anzahl bayerischer Parteigenossen, darunter auch ich, die Dresdener Resolution akzeptiert hätten. Ich weiß nicht, was das soll, denn wir haben in unserer ganzen Tätigkeit auch nicht das geringste Entgegenkommen gegen die Regierung und den Klassenstaat gezeigt, wir haben den Sinn der Dresdener Resolution — und auf den Sinn kommt es doch an — jederzeit erfüllt. Es kann uns wohl nicht als Sünde angerechnet werden, daß wir durch den Druck der sich stets mehrenden Massen, die hinter uns stehen, und durch den Einfluß unseres Münchener Parteiorgans, das sich eine glückliche Unabhängigkeit von dem souveränen Geldsack von Groß-Berlin bewahrt hat — daß wir durch diese Faktoren die Regierung des kapitalistischen Staates Bayern gezwungen haben, uns entgegenzukommen. (Bravo! bei den Süddeutschen.) Bebel hat dann anerkannt, die bayerischen Genossen hätten viel Genut, aber sie wären zu weich. Nun, das Gemüt ist an und für sich kein Fehler, und wenn die Genossin Luxemburg zu ihrem aufwunderlich scharfen Verstand auch noch eine ansehnliche Portion Gemüt hätte, so wäre sie ein vollkommenes Frauenzimmer. (Stürmische Heiterkeit bei den Süddeutschen.)

Ich halte es nicht für richtig, daß Bebel an der Rückgratfestigkeit und Mannhaftigkeit der bayerischen Genossen gezweifelt hat. (Lebhafter Zustimmung bei den Süddeutschen.) Bebel hat das nicht so schuldig gemeint. (Bebel: Ich habe es gar nicht so gemeint, wie Sie es darstellen.) Die Dinge werden aber so aufgefaßt, und auch die Größen innerhalb der Partei müssen ein wenig Rücksicht darauf nehmen, was die Gegner mit den Worten machen, die sie aussprechen. Unsere Zentrumsleute haben eine Mappe, die gefüllt ist mit Aussprüchen der Genossen Bebel und Kautsky. (Bebel: und Vollmar.) Die Aussprüche Vollmars werden sich zur Zentrumsagitation wohl kaum verwenden lassen. Es wäre deshalb ganz gut, wenn man eine gewisse Vorsicht bei unseren Parteidiskussionen walten läßt. Bebel hat, und das hat mich gewundert, auch von angeblich inneren Vorgängen in der bayerischen Landtagsfraktion gesprochen. Ich weiß nicht, woher er die Kenntnis hat. (Bebel: Das werde ich Ihnen auch nicht sagen.) Ich erkläre ihm gegenüber, daß es in der ganzen bayerischen Landtagsfraktion kein einziges Mitglied gibt, das irgendwie Lust hätte, der Regierung des Klassenstaats entgegenzukommen oder ihr irgend einen Beweis des Vertrauens zu geben. Ich erkläre weiter, daß, wenn einzelne Mitglieder der Fraktion, und zu diesen Sünden gehöre auch ich, erklärt haben, daß wir der besonderen Verhältnisse wegen unter Umständen genötigt sind, gegen den Nürnberger Beschuß zu verstoßen (Hört! hört! und Unruhe), so liegt es eben an dem besonderen bayerischen budgetrechtlichen Verhältnisse, weil Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten ein vollständiges parlamentarischer Steuerbewilligungsrecht hat. Wie wenig Eindruck hinsichtlich der gemolten Demonstration die Ablehnung des Budgets auf unsere Gegner macht, dafür ein klassisches Beispiel: Als nach dem Frankfurter Parteitag die bayerische Landtagsfraktion das Budget ablehnte, kam der damalige bayerische Finanzminister von Nibel zu den Banken der Sozialdemokratie und sagte: Ich danke Ihnen schön für das Vertrauen, das Sie mir erteilt haben. (Hört! hört!) Und es ist in der Tat ein Vertrauensvotum. Denn wenn kein Budget in Bayern zustande kommt, tritt an Stelle der Verpfichtung für die Regierung das freie Ermessen. Die Regierung kann dann mit den Summen machen, was sie will. Sie kann also die Summen, die für Erhöhung der Arbeiterlöhne bewilligt sind, zur Erhöhung der Zivilliste verwenden. (Hört! hört!) Sie sehen also, wie notwendig das Studium dieser Verhältnisse ist, damit an Stelle des unfruchtbarsten Symbolismus die praktische revolutionäre Aktion kommt, in der sie von uns Süddeutschen noch sehr viel lernen können. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Hierauf werden die Verhandlungen auf Nachmittags vertagt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Miem-Dresden: Genosse Fleißner hat mir gestern Dinge unterzählt, die ich nicht gesagt habe. Als ich sagte, man solle keinen Gelehrten aufrichten, meinte ich, daß man keine Beschlüsse fassen soll, die nachher zu solchen Situationen führen. Selbst Anträge, die von 208 Genossen unterschrieben sind, sind noch keine Beschlüsse.

Hildenbrand: Es ist un wahr, daß ich in Stuttgart, wie Genossin Jettin behauptet, gesagt habe, die württembergische Fraktion werde ohne Rücksicht auf die Partei tun, was sie wolle.

Klara Jettin: Ich habe nur gesagt, daß in der „Tagwacht“ steht, Hildenbrand habe erklärt: Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, wir tun, was wir wollen.

Abolf Genosse Maier hat angedeutet, daß der von der Genossin Luxemburg verlesene Artikel des Vörracher Parteiblattes aus dem Lager von Ged und Genossen herrühre. Ich habe kein Lager für Artikel und stehe auch in keiner Beziehung zu dem Artikel. Er ist vom Baseler „Vorwärts“ zu vertreten.

Lehmann-Wiesbaden: Aus der Rede Maters, der auch zu den Budgetbewilligern gehört, werden Sie entnommen haben, mit welchen Mitteln man in Baden gegen diejenigen kämpft, die nicht alle Schwenkungen mitmachen. Man hat schon gemeinertweise in Mannheim gesagt, ich hätte meinen Standpunkt eingenommen, weil ich hoffe mit Hilfe des Zentrums wieder in den Reichstag zu kommen. Diese Gemeinheit weise ich zurück. (Beifall.) Weiß Maier denn nicht, daß das Zentrum in meinem Wahlkreise mein schlimmster Gegner ist? Den vorgebrachten Artikel kenne ich nicht.

Vorf. Dieß verliest auf Wunsch der Genossin Jettin einen Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“, wonach Hildenbrand in Stuttgart erklärt haben soll: Sie können beschließen, was Sie wollen, die Fraktion wird handeln, wie sie es für richtig hält.

#### Nachmittagsitzung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Verhandlungen um 3½ Uhr. Dr. Karl Liebknecht: Ich bin von jeher ein Gegner jeder taktischen Engherzigkeit und Engherzigkeit gewesen und habe eine Politik der unbegrenzten Möglichkeiten empfohlen, im gewissen Sinne auch nach rechts, natürlich nach meinem Herzen mehr nach links. Ich habe auch so wenig wie irgend jemand bestritten, daß Süddeutschland schließlich etwas anderes ist wie Norddeutschland. Wir freuen uns über die günstigeren Verhältnisse in Süddeutschland und bemühen sie bei jeder Gelegenheit als Argument im preussischen Landtage. (Hört! hört!) Aber es gibt Länder, die noch freier sind als Süddeutschland. Wenn die Begeisterung für den heutigen Staat sich progressiv mit der freieren Gestaltung des politischen Lebens vergrößert, dann müssen unsere Genossen in Frankreich und England schließlich vor Glückseligkeit rein aus dem Hüßchen geraten. (Sehr gut!) Ich begreife die Heberhöhung des Kontrastes zwischen Nord- und Süddeutschland. In der Bibel heißt es: es

zog ein Knabe aus — er hieß nicht David (Heiterkeit) —, um einen Esel zu suchen, und er fand ein Königreich. Mir scheint es, als ob manche ausgingen, ein Großherzogtum zu erobern und vielleicht statt dessen einen Esel finden. (Unruhe bei den Süddeutschen.) Niemand hat etwas gegen die Ausnutzung der politischen Situation. Und wenn hier von kleinen Pensionen und Lappalien gesprochen wurde, so soll damit nicht die praktische Arbeit der Wadenser herabgesetzt werden, sondern es soll das Kleine, das erreicht wurde, gemessen werden an der Größe unserer Ziele. Die sogenannten Radikalen, das sind die eigentlichen Reformisten (Heiterkeit), die echten Reformisten, die realpolitischen Reformisten, die nicht vor dem Wald die Bäume übersehen. (Erneute Heiterkeit.) Das Wesentliche ist immer, daß wir nicht die Quelle unserer Macht übersehen. Das sind die Massen. (Stürmischer Applaus.) Die Quelle unserer Macht liegt nicht im Parlament, und diese Quelle soll uns nicht verschüttet werden durch Geheimnistuerei, durch Diplomatsiererei. Die Zukunft der Politik Deutschlands ist gewiß nicht Baden, sondern viel eher haben wir die Zukunft zu sehen in Norddeutschland. Es ist viel wahrscheinlicher, daß sich die Dinge durch ständige Zuspitzung der Klassenverhältnisse in ganz Deutschland so entwickeln werden wie in Preußen, als daß es möglich sein wird, in dieser behaglichen Weise in den Zukunftstaat hineinzugucken, wie man in Süddeutschland glaubt. (Welsches Sehr wahr!) Man schlägt und die Einsetzung einer Studienkommission vor. Aber die ganze Budgetfrage hängt uns schon zum Halse hinaus. (Heiterkeit.) Wer sie bisher noch nicht lapaziert hat, wird sie nie lapazieren. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es mit dem bayerischen Finanzgesetz so steht, wie uns heute gesagt wurde, so hat man allenfalls zu prüfen, wie der Nürnberger Beschluß angesichts dieses Gesetzes zu interpretieren sein wird. (Rufe der Wadenser: Was! Was! Was!) Wenn wirklich einmal ein solcher Ausnahmefall eintritt, dann kann man ja fragen, ob nicht die Ausnahmebestimmung des Nürnberger Beschlusses Anwendung finden muß, um die es sich hier gar nicht handelt. Es ist nicht die Budgetfrage selbst, die den eigentlichen Grund der ganzen tatsächlichen Auseinandersetzung bildet. Was hat all dem den Stachel gegeben? (Frank: Der Unverstand!) Was hat so tiefe Empörung in der großen Mehrheit der Parteigenossen erzeugt? Der Disziplinbruch und die Hoffgängererei und die Präsierung der Gesamtpartei. (Stürmische Zustimmung.) Wir treiben gewiß keine Disziplinreiterei, ich persönlich am allerwenigsten. Aber hier handelt es sich nicht um irgendeinen beliebigen Beschluß, sondern um wiederholte Beschlüsse mehrerer Parteitage, die die Mehrheit als unverbrüchliche Beschlüsse betrachtet und für die sie unbedingt Respektierung fordert. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich nicht um einen zufälligen, sondern um einen lange vorbereiteten, mit vollem Bewußtsein unternommenen Versuch. Daß uns in der jetzigen Situation Anknüpfel zwischen die Beine geworfen wurden, muß mit Recht die größte Enttäuschung hervorrufen. In Gegenwart der Gegner wird der Nürnberger Beschluß als bloße Formsache erklärt. Ein schlimmerer Verstoß gegen die Demokratie ist nicht zu denken. (Lebhafte Zustimmung.) Die Disziplin in der Partei ist keine erzwungene, sondern eine freiwillig übernommene, und gerade darum muß sie die schärfste sein. (Stürmischer Beifall.) Frank erklärt jetzt, daß die Wadenser bei der Abstimmung für das Budget eine unangenehme Empfindung hatten. In der ersten schon präparierten Erklärung hieß es umgekehrt, daß es ihnen leid tue, gegen das Budget stimmen zu müssen. Was tut ihnen nun mehr leid? Den größeren Schmerz scheint ihnen die Abstimmung gegen das Budget zu bereiten. (Lebhafte Zustimmung.) Sie haben keinen Konflikt mit der Partei gesucht, aber sie haben den Konflikt mit der Partei nicht vermieden. Wir müssen uns darüber klar werden, daß es eine ungeheure Gefahr wird, wenn die ganze Sache einfach in der Weise abschließen würde, wie viele wünschen. Wenn dieser Disziplinbruch durchgeht, dann wird man in Zukunft überall auf die Parteitagebeschlüsse pfeifen à la Baden. Darum können wir uns mit der Mißbilligung nicht begnügen, auf die stets nur gepfeiften wird. Wir sind es den großen Organisationen der Sozialdemokratie schuldig, daß wir etwas mehr als bloße Mißstimmung aussprechen. Eine Beleidigung der Süddeutschen soll darin durchaus nicht liegen. Hätten die Süddeutschen nur die einzige Erklärung abgegeben: von jetzt an werden wir uns wie alle anderen Parteigenossen an die Parteitagebeschlüsse binden, dann hätten wir die ganze Subjektivität nicht gehabt und man hätte sich die heftigen Worte ersparen können. Da eine solche Erklärung aber nicht erfolgt ist, so hat man natürlich den Verdacht, daß diese Debatten nur geführt werden mit dem Hintergedanken, wenn wir aus Magdeburg heraus sind, dann können wir machen, was wir wollen. (Sehr wahr!) Fast täglich habe ich von meinem Vater gehört: Disziplin ist das Wichtigste, unsere Partei muß stolz sein auf ihre Disziplin, ohne Disziplin kann man keinen politischen Kampf führen. Und nun muß man sehen, daß bei einer solchen Situation Parteigenossen nicht das geringste Empfinden haben für das, was sie getan haben, daß nicht ein Wort des Bedauerns von dieser Seite gekommen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen keine Guillotine aufrichten, wir wollen nur, daß der Parteitag in einer Art authentischen Deklaration seine Ansicht dahin ausdrückt, daß, wer nun wieder, so wie es hier geschehen ist, gegen grundlegende Parteitagebeschlüsse verstößt, damit die Grenze überschreitet. In welcher Weise dann der Ausschluß stattfindet, ist Sache für sich. Wenn David unseren Antrag anders auslegt, so befindet er sich im Irrtum. Für die Zukunft muß ein Pentagramm (Zeichen zur Abwehr von bösen Geistern) aufgestellt werden. Wir stehen in Preußen in einem Kampfe, so schwer, wie ihn die Sozialdemokratie noch nie erlebt hat, in einem Kampfe, der für uns alle unabsehbare Konsequenzen, die wir aber nicht scheuen, persönlicher und sachlicher Art zeitigen kann. (Stürmische Zustimmung.) Sie können uns viel helfen bei unserem Kampfe in Preußen, aber das Wichtigste ist, sichern Sie die Einheit der Partei. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Südekum: Der erste Teil der Rede des Genossen Liebnecht war ein glänzender Beweis für die Notwendigkeit der Einsetzung einer Studienkommission. (Gelächter bei der Mehrheit.) Liebnecht muß selbst eingesehen, daß es Fälle gibt, über die man mit einer authentischen Interpretation der Nürnberger Resolution hinwegkommt und andere Fälle, in denen man sie übertreten muß. Alles das sollte sie doch bewegen, der schlichten, ehrlichen und eine gute Lösung bietenden Forderung zuzustimmen, daß die Sache von Fundament aus angepackt wird. Aber Jubel, der keine Würdegrube aus seinem Herzen macht, sagte und andere wiederholten es: Wir wollen Ruhe haben. Das ist der Standpunkt jenes Wiedermannes, der in Berlin anschlagen ließ: der König hat eine Katastrophe verloren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. (Gelächter bei der Mehrheit.) Jawohl, der König hat eine Katastrophe verloren. (Ledebour: Brunnenergrüßung!) Ach, Ledebour, ich kenne Sie doch. (Ledebour: So sollten Sie mal in Nürnberg reden!) Das wird schon geschehen, beruhigen Sie sich nur. Glauben Sie nicht, durch den Galgen der Resolution Jubel Ruhe zu bekommen. Webel wird als erster die Fahne der Rebellion gegen diese Resolution erheben und muß sie erheben. (Zuruf: Antworten!) Es wird nicht möglich sein, alle die verschiedenartigen einzelstaatlichen Verhältnisse in das Prokrustesbett der Beschlüsse von Nürnberg und Lübeck zu spannen. Die süddeutschen Genossen haben geradezu die Pflicht, die Sache nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Wer steht denn dafür, daß jeder Parteitag dieselbe Mehrheit haben wird? Dieser Parteitag ist ja auch schon sozusagen unter einem Ausnahmegefeß gewählt worden. (Lebhafte Widerspruch.) Wann war es denn bei uns Ruhe, Delegierte mit gebundenem Mandat auf den Parteitag zu schicken (Zuruf: Namen nennen!), damit sie sich nicht umstimmen lassen? (Zuruf: Weibel! Sollte der Zufall ein einziges Mal Wirklichkeit werden, so würde die schwerste Erschütterung gerade des dann übrigbleibenden Teiles der Partei erfolgen. (Widerpruch der Mehrheit.) Große Teile Norddeutschlands teilen in der Sache selbst durchaus den Standpunkt der Süddeutschen. (Erneuter Widerspruch.) Was Sie wollen, führt nicht zur Einheit, sondern zur Kleinheit der Partei. Was Sie gegen die Studienkommission einnimmt, das ist die unglückselige Katastrophentheorie, die in der letzten Zeit in der radikalen Parteiliteratur eine Rolle gespielt hat. Diese Theorie ist Gift für Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften. Weiter helfen und nicht Katastrophen, sondern die Katastrophentheorie. Rosa Luxemburg sagt den Wadensern: Was braucht ihr für das Budget zu stimmen, es wird ja ohne euch auch angenommen — also eine Demonstration, wenn es nichts macht — und die Nürnberger Resolution will, daß wir für das Budget stimmen, wenn wir die Mehrheit haben. Das ist alles eine innere Unwahrscheinlichkeit, ein Pseudoradikalismus, eine wortrevolutionäre Politik, ein Wortfeitschismus. Die Süddeutschen sind die wahren Radikalen. (Lautes Lachen bei der Mehrheit.) Die Budgetverweigerer denken in Wirklichkeit gar nicht marxistisch, noch sozialdemokratisch, sondern arbeiten mit liberaler Phraseologie. Vergessen Sie nicht, daß die süddeutschen Massen mit gewaltiger Mehrheit hinter ihren Abgeordneten stehen. Will man den Dingen gerecht werden, muß man an die Dinge selbst herantreten. Davor schützen keine Resolutionen und auch nicht die Maßnahmen Jubels, die an ihrer eigenen technischen Unmöglichkeit scheitern werden. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Westmeyer-Stuttgart: Von den Delegierten der von den Abgeordneten Hildenbrand, Reil, Heymann, Dr. Lindemann parlamentarisch vertretenen württembergischen Wahlkreise bin ich beauftragt zu erklären, daß sie geschlossen für die Vorstandsresolution eintreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Wir haben kein gebundenes Mandat, aber Anhänger der Budgetbewilligung haben solche. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Ich nenne Knapper und Wasner. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Es handelt sich nicht mehr um die Budgetabstimmung, sondern um die prinzipielle Stellungnahme zum Klassenstaat. Der bürgerliche Demokrat Robert Blum hat einmal gesagt: morgens beim Minister speisen und nachmittags dem Minister Opposition machen, vertritt sich nicht miteinander. (Stürmische Zustimmung.) Aber unsere Genossen im württembergischen Landtage haben nicht nur teilweise am Ministertisch teilgenommen, sondern sind liebevolle Gäste am Königshof gewesen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Budgetbewilligung, Hofgang, Ministeressen, das entspringt alles derselben Wurzel. Es ist unrichtig, wenn Hildenbrand sagte, ich wolle die ganze Fraktion inebeln, ich der einzige so viele hervorragende Geister. Nein, ich habe nur ausgesprochen, was die große Masse der Genossen denkt. (Widerpruch Hildenbrands.) Ich kenne Deine Kampfmethode, Hildenbrand, Du solltest doch so viel Rücksicht auf den Parteitag nehmen, wie Du beim Ministertisch gezeigt hast. (Widerpruch Sehr richtig.) Wenn gesagt worden ist, daß hinter den babilischen Genossen die babilischen Parteioptionen stehen, so konstatiere ich, daß hinter den Abgeordneten in Stuttgart in dieser Frage die Organisationen nicht stehen. Der Wert der parlamentarischen Tätigkeit wird illusorisch gemacht, wenn die Abgeordneten die Art an die Wurzel unserer Kraft, an die Disziplin legen. Wenn die Disziplin untergraben wird, stürzen nicht nur die Organisationen zusammen, dann brechen unter den Trümmern die Mandate unserer Abgeordneten zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Besonders erwidert hat die kalte Ueberlegung dieses Disziplinbruchs. Sie hat den schärfsten Tadel auch bei Reuten gefunden, die sachlich auf dem Boden der Budgetbewilligung stehen. Es ist versucht worden, uns mit einer Rainlinie querselig zu machen. (Frank: Wer hat das gesagt?) Das fand doch in den Zeitungen. Es heißt doch auch immer: Wir Süddeutschen. (Frank: Gewiß!) Aber trotz der süddeutschen Landtagsfraktion wird die Arbeiterschaft einig bleiben. Nur dann könnte die Situation kritisch werden, wenn der Parteitag selbst nicht die Kraft und den Entschluß findet, ganz energisch für diese Einheit einzutreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Die in großer Anzahl vorhandenen Genossen in Süddeutschland, die für die Einheit der Partei tätig sind, verlangen einen klippigen und klaren ungewöhnlichen Entschluß. Rechte in der Vertretung der Beschlüsse der Gesamtpartei nur der sechste Teil der Energie gezeigt werden, die befundet wird, wenn es gilt, gegen die Beschlüsse der Partei Front zu machen. (Sehr gut!) Nur von unten her, durch die Massen der Parteigenossen, kann der Bewegung gegen Parteitagebeschlüsse ein Ende gemacht werden. Dazu soll uns ein ungewöhnlicher, klarer Beschluß helfen, und deshalb bitte ich um Annahme der Resolution des Parteivorstandes mit dem Amendement Jubel. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Recht-Leipzig beantragt Schluß der Debatte. (Beifall.)

Auer-München bittet, erst nach dem nächsten Redner Sebering Schluß zu machen, damit die Parität gewahrt bleibt und die gleiche Anzahl von Rednern für und gegen zu Wort kommt. Der Schlußantrag wird angenommen. Hug-Bonn erklärt, daß ihm durch den Schlußantrag unmöglich gemacht sei, darzulegen, daß er auf dem Boden der Süddeutschen stehe. (Webel: Das wußten wir!)

Personliche Bemerkungen.

Stadthagen: Frank glaubt einen Gegensatz konstruieren zu können — wenigstens könnte das von der liberalen Militärsprache so angelegt werden — zwischen der Auffassung von Webel und mir. Er glaubte zur Unterstützung dessen anführen zu können, ich hätte den babilischen Genossen händisches Benehmen vorgeworfen. Das trifft nicht ganz zu. Ich habe in der Versammlung, auf die er Bezug nahm, dargelegt, daß es nicht sozialdemokratisch, sondern händisch ist, wenn man sage, eigentlich müßten wir schon deshalb, weil die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigt angesehen wird, das Budget ablehnen, aber wir nehmen es an. Dabei hat mir vorgeschwebt die Selbsterkenntnis von Rationalisten, die in einer ähnlichen Lage erklärten: Hunde sind wir ja doch. (Große Unruhe bei den Süddeutschen.) Da ich aber sehe, daß das Wort händisch Ihnen nicht paßt, bin ich gern bereit, dafür zu sagen: national-liberal oder kompliziert. (Lachen bei den Süddeutschen.)

Wasner-Stuttgart: Genosse Westmeyer sprach von gebundenen Mandaten und erwähnte dabei auch mich. Ich habe die Sünden der württembergischen Landtagsfraktion nicht mitgemacht, nicht die Statabstimmung, nicht die Fahrt nach Friedrichshafen und auch nicht den Königsbesuch. (Bravo!) Ich stehe auf dem Boden des Programms und auf dem Standpunkt, daß Parteitagebeschlüsse befolgt werden müssen. Ich habe aus diesem Grunde betont, daß ich die Stellungnahme der Wadenser bedauere. Ich bedauere das um so mehr, weil ich die Nürnberger Resolution als einen Fehler ansehe, da sie unsere Bewegungsfreiheit und Agitationsfähigkeit hemmt. (Hört! Hört! bei den Süddeutschen.) Ich bin einstimmig als Delegierter zum Parteitag gewählt worden, und erst nachträglich hat man angeregt, ich sollte beauftragt werden, für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zu wirken. Das ist doch kein gebundenes Mandat. Ich glaube übrigens, wir wären zu einer anderen Auffassung in der Budgetfrage gelangt, wenn nicht der babilische Fall dazwischen gekommen wäre. (Sehr wahr!)

Knapper-Weilbronn: Westmeyer hat die objektive Unwahrscheinlichkeit gesagt, als er behauptete, daß ich ein gebundenes Mandat habe, wohl aber haben vor zwei Jahren die Freunde Westmeyers den Delegierten nach Nürnberg gebundene Mandate mitgeben wollen.

Kühn-Dresden: Gegenüber dem Genossen Heilmann stelle ich fest, daß wir in den letzten zwei Jahren gegen den Polizeistat gestimmt haben und ich stelle weiter

fest, daß im Dresdener Stadterordnetenkollegium eine Gesamtstimmung über den Etat überhaupt nicht statt findet. Ich bin ferner von meinen Dresdener Mitdelegierten beauftragt worden, gegen die gestrigen Ausführungen Niems zu protestieren, die sich mit den Anschauungen der übergroßen Mehrheit der Dresdener Parteigenossen durchaus nicht decken. (Schluß in der 2. Beilage.)

### Aus der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages.

Sitzung am Mittwoch, 21. September 1910.

Nach dem Entwurf sollen als Fabriken gelten und demgemäß der Unfallversicherung unterstellt sein unter anderem Betriebe, die gewerbsmäßig Gegenstände bearbeiten und verarbeiten und hierzu mindestens 10 Arbeiter beschäftigen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß derartige Betriebe auch dann als Fabriken gelten, wenn sie nicht gewerbsmäßig sind, ferner auch dann, wenn sie mindestens 3 Arbeiter beschäftigen. Endlich verlangten sie, daß diese Bestimmung auch für Gast- und Schankwirtschaften maßgebend sein soll. Die Anträge wurden abgelehnt.

Ferner sollen nach der Vorlage als Fabriken die Betriebe gelten, die gewerbsmäßig Sprengstoffe oder explodierende Gegenstände erzeugen. Die Sozialdemokraten verlangten auch hier die Streichung des Wortes „gewerbsmäßig“. Das wurde aber wieder abgelehnt. Außerdem beantragten sie, daß als Fabriken auch die Betriebe gelten sollen, welche Sprengstoffe oder explodierende Gegenstände verarbeiten. Dies ist notwendig, weil die Verarbeitung derartiger Stoffe ebenso gefährlich sein kann wie die Erzeugung der Gegenstände. Der Antrag wurde angenommen.

Weiter sind unter den Fabriken die Betriebe angeführt worden, die nicht bloß vorübergehend Dampfessel oder von elementarer oder tierischer Kraft bewegte Triebkräfte verwenden. In dem geltenden Gesetz hatte die Bestimmung den Wortlaut: „Betriebe, für die ... verwendet werden.“ Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß mit dieser Änderung unlautere Maßnahmen gewissenloser Unternehmer, ihre Arbeiter der Versicherungsspflicht zu entziehen, begünstigt werden. Sie beantragten, daß die alte Fassung wieder hergestellt werde. Ministerialdirektor Caspar gab die Erklärung ab, daß auch nach der neuen Fassung der Bestimmung derartige Maßnahmen unzulässig sein sollen. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt.

Die Konservativen machten von neuem den Versuch, die Versicherungsspflicht für kaufmännische Betriebe noch nachträglich einzuschränken. Sie beantragten, daß von der Versicherungsspflicht die kaufmännischen Unternehmen ausgeschlossen sein sollen, in denen weniger als 5 Personen ständig beschäftigt werden. Dadurch könnten selbst die Geschäfte mit einem „ehr großen Umsatz“ aus der Versicherungsspflicht ausscheiden, und dann würden die verunglückten Arbeiter dieser Geschäfte ohne Unterstützung aus der Unfallversicherung bleiben. Der Antrag der Konservativen wurde denn auch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Unfallversicherung soll sich nach der Vorlage nur auf die „Unfälle bei Betrieben oder Tätigkeiten“ erstrecken. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Versicherung auch die Unfälle auf dem notwendigen Wege nach oder von der Arbeitsstätte ausgedehnt werden soll. Die Genossen Hoch und Kollnbehr wiesen ausführlich nach, daß der Ausschluß dieser Unfälle zu unerträglichen Härten führt. Auch Abg. Behrens legte dar, daß die Annahme des sozialdemokratischen Antrages notwendig ist. Das Zentrum erkannte an, daß nach den jetzigen Bestimmungen manche Unfälle nicht berücksichtigt werden, in denen eine Entschädigung der verunglückten Arbeiter unbedingt notwendig war. Aber der sozialdemokratische Antrag ging den Herren — zu weit. Sie beantragten den Zusatz, daß das Reichsversicherungsamt bestimmen soll, inwieweit Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte entschädigt werden sollen. Die Sozialdemokraten antworteten darauf, daß das Reichsversicherungsamt dieses Bestimmungsrecht schon hat, daß also mit dem Antrage an den tatsächlichen Zuständen gar nichts geändert wird. Die Freisinnigen, Rationalisten und Konservativen wollten aber von einer solchen „Erweiterung“ der Versicherung, wie sie die Sozialdemokraten beantragten, ganz und gar nichts wissen. Schließlich wurden beide Anträge abgelehnt. Von den Zentrumsabgeordneten stimmte nur der Abg. Schirmer für den Antrag der Sozialdemokraten, für den Zentrumsantrag stimmten nur die Sozialdemokraten und das Zentrum.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten wollte die Versicherung auf Betriebsunternehmer, die allein oder höchstens mit 3 Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlingen arbeiten, einschließlich der Kolonnenarbeiter, ausdehnen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Betriebsbeamte sollen nur dann versichert sein, wenn ihr Jahreseinkommen nicht mehr als 3000 M. beträgt. Das Zentrum beantragte, daß alle Betriebsbeamten mit einem Jahreseinkommen bis zu 5000 M. versichert sein sollen. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums abgelehnt.

Schließlich hatten die Sozialdemokraten die Erweiterung der Versicherung beantragt, daß Entschädigungen auch bei Erkrankungen gezahlt werden sollen, die durch die Arbeit im Betriebe hervorgerufen oder verschlimmert worden sind. Die Genossen Hoch und Kollnbehr wiesen auch hier wieder ausführlich nach, daß bei Vergiftungen infolge der Arbeit im Betriebe, bei Berufskrankheiten usw. die jetzigen Bestimmungen ungenügend sind. Das Zentrum schloß sich dem an, lehnte aber wiederum den sozialdemokratischen Antrag ab, weil er zu weit gehe. Sie schlugen vor, den Bundesrat zu ermächtigen, die Versicherung auf gewisse Berufskrankheiten auszuweiten. Abg. Mugdan regte an, sich mit einer Resolution zu begnügen, in der die Regierung ersucht werden, eine Vorlage zur Regelung dieser Angelegenheit einzubringen. Abg. Dr. Semler empfahl, die Resolution sehr vorsichtig abzufassen, damit ja nicht zuviel verlangt werde. — Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen, der Zentrumsantrag gegen die Stimmen derselben Parteien und des Zentrums abgelehnt.

Nächste Sitzung morgen.

Der Landesrat für Gewerkschaften, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am		fest		Wasserstand	am		fest	
	20. 9.	19. 9.	20. 9.	19. 9.		20. 9.	19. 9.	20. 9.	19. 9.
Remel, Mühl	158	—	106	—	Remel, Mühl	158	—	106	—
Regel, Ansternburg	—	—	84	+2	Regel, Ansternburg	—	—	84	+2
Wesche, Thon	130	—	95	+1	Wesche, Thon	130	—	95	+1
Oder, Rasthor	196	—	112	—	Oder, Rasthor	196	—	112	—
• Krossen	370	—	164	—	• Krossen	370	—	164	—
• Frankfurt	403	—	170	+7	• Frankfurt	403	—	170	+7
Wartje, Schrimm	66	—	14	—	Wartje, Schrimm	66	—	14	—
• Landberg	18	—	480	—	• Landberg	18	—	480	—
Rege, Boranum	0	+4	286	—	Rege, Boranum	0	+4	286	—
Eibe, Leitmeritz	53	—	307	—	Eibe, Leitmeritz	53	—	307	—
• Dresden	—	—	68	—	• Dresden	—	—	68	—
• Barch	301	—	144	—	• Barch	301	—	144	—
• Magdeburg	251	—	71	+2	• Magdeburg	251	—	71	+2

\*) + bedeutet Hoch, — Null, \*) Unterpegel.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

### Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

#### Die Schlußworte.

Bebel:

Bevor ich sachlich in die Debatte eintrete, bin ich genötigt, eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich war leider am Schluß der gestrigen Sitzung bereits abwesend, als Peus seine persönliche Bemerkung gegen mich machte, die mich zwingt, meinerseits kurz darauf zu antworten.

Der Kollege Peus war darüber beleidigt, daß ich von dem Blatte, das er redigiert, als einem Blättle sprach. Ich habe mir hienach sagen lassen, daß das für die norddeutschen Genossen etwas beleidigend klingt, aber da ich sehr häufig längere Zeit in Süddeutschland lebe, kann ich konstatieren, daß man da von viel größeren Mäthern, als das von Kollegen Peus ist, von einem Blättle spricht. Das ist mir also nur so aus dem Munde geschlüpft und sollte natürlich nicht beleidigend sein. Peus hat sich weiter bitter beschwert, daß ich ihm vorgehalten habe, daß er zu ziemlich den gleichen Zeiten verschiedene gesprochen habe. Peus ist schon häufig Gegenstand der Erörterung im Parteivorstand gewesen und namentlich als der verstorbenen Genosse Kuer noch lebte, habe ich wiederholt mit diesem Unterhaltungen gehabt, ihm Blätter, die Peus herausgegeben hatte, vorgelegt und gesagt, das geht doch über die Hut schnur, da glaube ich doch, daß wir vom Parteivorstand einschreiten sollten. (Lebhaftes Beifall.) Sie wissen, wie Kuer in solchen Dingen dachte; um nicht Konflikte herbeizuführen, beruhigte ich mich dann bei seinen Ausführungen. Es kamen die Reichstagswahlen von 1903. Peus lud mich ein, für unseren Kandidaten Kaeppeler in Dessau zu sprechen. Ich ging selbstverständlich hin, denn wenn eine Reichstagswahl ist, dann frage ich nicht, ob der Kandidat Revisionist oder Radikaler ist. (Zuruf: Kaeppeler ist gar kein Revisionist!) Ich habe also in der Wahlversammlung meinen Vortrag gehalten und danach sprach Peus. Ich war außerordentlich erstaunt, wie derselbe Peus, der kurz zuvor verlangt hatte, daß man die prinzipielle Einleitung zum Programm streichen möchte. (Peus: Ist ja nicht wahr!) Das haben Sie doch verlangt — wie tafstest und einwandfrei er sich da verhielt. Später ist er in seiner Haltung noch weiter gegangen. In diesem Monat habe ich gelesen, welche eigenartigen Bemerkungen er über die Idee eines Zusammenhaltens nach rechts, mit den bürgerlichen Parteien, gemacht hat, und es fiel mir auf, daß er in Brandenburg, bei seiner Kandidatenrede auf der Konferenz einen Ton anknüpfte, der zu dem, was ich gelesen hatte, gar nicht passen wollte, und ich dachte, na, er kann auch anders. Im übrigen ist ja bekannt, daß er sehr wunderbare Ausführungen macht. Ich habe hier eine Nummer des „Volksblattes für Anhalt“ aus den letzten Tagen, und da schließt ein Artikel mit diesen Worten: „Nur die Sozialdemokratie und die Demokratische Vereinigung nehmen die Interessen der Lohnarbeiter wahr.“ (Hört! hört! Heiterkeit.) Ja, wozu hat denn ein Sozialdemokrat Bekanntschaft mit der Demokratischen Vereinigung zu machen. Ich habe vor dem Redakteur des Blattes „Das freie Volk“, vor Herrn Dr. Breitscheid, großen Respekt. Er hat unter anderem über Budgetabstimmung und Volkspolitik Bemerkungen gemacht, von denen ich gewünscht hätte, daß sie in der Parteipresse gemacht wären, so treffend und so radikal waren sie. Ich muß zu unserer Schande sagen, zum ersten Male in den 47 Jahren solange wir die Partei haben, ist es möglich, von bürgerlichen Blättern zu sagen, daß sie die Forderungen der Demokratie besser verstehen als ein Teil der Partei. (Verdrossen.) Was in unserer Presse vom Budget und was da gesagt wurde, läßt sich tatsächlich von dem bürgerlich demokratischen Standpunkte nicht rechtfertigen. — Nun haben Peus, Müller und David angedeutet, daß meine Bemerkungen der Kandidatur von Peus schaden könnten. Müller besonders hat gemeint, und ich nehme an, das bezieht sich auf mich, man solle sich mehr zurückhalten und nicht den Gegnern Gelegenheit geben, unsere Worte gegen uns selbst auszunutzen. Aber wenn die Rücksicht auf

die Gegner so weit gehen soll, daß wir uns einen Maulkorb umhängen müssen, dann danke ich! (Bewegung und Zustimmung.) Sorgen die Genossen durch ihre Handlungen dafür, daß in einem solchen Momente wie dem jetzigen es nicht nötig ist, solche Kritik üben zu müssen! (Stürmischer Beifall.) Das ist ja sehr schön von den Revisionisten, in solchen Momenten zu kommen, man möge doch nicht debattieren, wir sind unschuldig, die Radikalen sind an allem schuld! (Lebhaftes Zustimmung.) Ich habe selbstverständlich ein großes Interesse daran, daß der Brandenburger Kreis wieder zurückerobert wird, aber wenn ich sagen soll, ob das gerade die Person Peus sein soll, da habe ich eine andere Meinung! (Große Bewegung. Verschiedene Zwischenrufe: Aber! aber!) Ihr habt Euch immer noch nicht an den Bebel gewöhnt. Vielleicht wirds nie. (Ruf: er soll sich an uns gewöhnen.) Da müßt Ihr andere Saiten aufziehen, ehe ich mich an Eure Handlungen gewöhnen könnte. Mit Euren Personen ist es natürlich anders. (Frank: Damit ist Peus Wahl gesichert.)

Ich gebe nun zu den Ausführungen Franks über. Es war ja selbstverständlich, daß sich Frank die größte Mühe geben würde, seine und seiner Freunde Haltung im badiischen Landtag und ihre Gründe für die Budgetabstimmung hier auseinandersetzen. Ich bin dabei außerordentlich enttäuscht worden und ich habe auch auf dem Parteitag von verschiedenen Seiten Ausdrücke der Verwunderung hören müssen, daß Frank keine besseren Gründe vorzuführen wußte, als er hier dargebracht hat.

Heilmann meinte heute, die Verhandlungen hätten gar nichts Neues geboten. Das kann sein, wenn ich allerdings auch anderer Meinung bin. Aber bei so viel erörterten Fragen ist es allerdings schwer, etwas Neues vorzubringen. Von dem Anhänger der Budgetbewilligung hätten wir allerdings neue Gründe erwarten dürfen, weil die, die er vorgebracht hat, zu den oft abgehandelten alten Kamellen gehören, die die große Mehrheit der Partei niemals bestimmt haben, von ihrer Auffassung abzugehen. Da erzählt uns Frank von der Stellung der badiischen Fraktion im Landtag. Nun, im Reichstage haben wir diese Stellung längst. Längst sind wir im Senatorenkonvent vertreten und stellen Kommissionsvorsitzende. Singer war lange Jahre Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission. Gegenwärtig ist Geyer Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission und Südekum Vorsitzender der Wirtschaftsteuer-Kommission. Aber es ist uns keinen Augenblick beige-kommen, das als eine besondere Begünstigung anzusehen, die uns zu einer anderen Haltung der Regierung gegenüber verpflichtet. — Es kann sein, daß Baden eine ganze Reihe Fortschritte aufzuweisen hat, die zum Beispiel für Sachsen sehr erstrebenswert wären. In Süddeutschland ist der Verkehr auch mit der politischen Bewegung ein ganz anderer, weit menschlicher als in Norddeutschland. Selbstverständlich liegt dann auch die Gefahr einer größeren Nachgiebigkeit vor, und ich bin überzeugt, daß hat bei Euch in Baden mehr als einmal bei wichtigen Fragen den Ausschlag gegeben. Aber da kann ich keinerlei Vorwurf machen, ich freue mich über diese günstigeren Verhältnisse in Süddeutschland und bedaure, daß sie in Norddeutschland aus sehr natürlichen Gründen nicht vorhanden sind.

Frank nahm Bezug auf das Schulgesetz. Die Meinungen über die erreichten Vorteile gehen in der Partei auseinander. Was Frank uns gestern ausgeführt hat, hält sich innerhalb der Grenzen, die ein Nationalliberaler bewilligen kann. (Sehr richtig!) Mit diesen kleinen Errungenschaften kann man nicht die Zustimmung zum Budget rechtfertigen. (Zuruf: Sie haben ja selbst das schäbische Budget oft bewilligt!) Fällt mir gar nicht ein, nicht einmal. Lesen Sie nur meine Reden im badiischen Landtag und Sie werden sehen, daß niemals Minister so heruntergekommen worden sind, wie damals durch den Bebel. In der „Vörrader Volkszeitung“ wird ausgeführt, das neue Schulgesetz hat bei der Bevölkerung und namentlich bei der Lehrerschaft keine gute Aufnahme gefunden. Es wird keine lange Lebensdauer haben. Das steht in der Volkszeitung, Organ der werktätigen Klassen des badiischen Oberlandes in Vörrach, und ist offenbar von einem Lehrer geschrieben worden. Wenn so Leute urteilen, die am allermeisten an Schulgesetz interessiert sind, so haben unsere Genossen wahrlich keine Ursache, wegen solcher Errungenschaften großes Hallo zu machen und der Partei anzufandigen, was sie errungen hätten, sei mustergültig. Das sind fürchterliche Übertreibungen. Ich kann diese Politik nur national-

liberal nennen. Diese Politik der Vertuschung und Abschleifung aller Gegensätze führt zur allgemeinen Versumpfung. (Sehr richtig!) Das die badiischen Parteigenossen hinter ihren Abgeordneten stehen, wußten wir. Sie haben ja auch nichts anderes gelesen als die paar badiischen Parteiblätter, die fortgesetzt die Massen im Sinne ihrer Politik bearbeitet haben. Es ist höchst bedauerlich, daß man sich hier in unserer Partei einer so mangelhaften Information schuldig macht.

Dann hat Frank und eine Reihe anderer Redner Bezug genommen auf einen Satz in unserer Resolution, in der von kleinen Konzessionen gesprochen wird. Quessel ging sogar so weit, zu sagen: „Ja, Bebel, damit verleugnen Sie Ihr ganzes Lebenswerk.“ Man lasse doch die Kirche im Dorfe. Ich habe lediglich die kleinen Konzessionen in Gegensatz gestellt zu der grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft, die unsere Partei fordert und für die keine Regierung eintreten kann. Ich unterschätze die kleinen Konzessionen nicht, aber man soll sie auch nicht über-schätzen, man soll nicht kleine Konzessionen, von denen man früher kein Aufhebens gemacht hat, heute so hinstellen, als handele es sich um wunder was für Errungenschaften. Wenn selbst ein Marx seinerzeit gesagt hat, die Eroberung des Zehnstundentages in England 1847 war nicht eine Reform, das war eine Revolution, dann werden Sie mir als Anhänger von Marx glauben, daß ich die Erfolge nicht geringer einschätze, obwohl eine Zehnstundenbill 1910 doch etwas ganz anderes ist als wie 1847. (Lebhaftes Zustimmung.) Im großen ganzen haben ja auch alle Redner, wenn auch der Ton sehr oft den gegenteiligen Eindruck hervorrief, einmütig erklärt, daß wir praktisch zu arbeiten haben, und das haben wir von jeher getan.

Wir haben seinerzeit den Ausschlag für den russischen Handelsvertrag gegeben und dadurch die Herabsetzung der Getreidezölle von 5 auf 3,50 M. erreicht, wir haben uns 1891 bemüht, die Gewerbeordnungsnovelle in unserem Sinne zu verbessern, aber als dann die sogenannte Ver-schleierungs-Kommission unter Führung des Freiherrn von Stumm unsere Verbesserungen wieder herausbrachte, da haben wir natürlich entschlossen dagegen gestimmt. So könnte ich Ihnen noch weitere Beispiele in Hülle und Fülle anführen. Darüber wir uns streiten, worüber wir auch in der Fraktion sehr häufig streiten, das ist das, ob das Maß von Konzessionen so groß ist, daß wir mancherlei Verschlechterungen durchgehen lassen können. Aber das sind keine ernstesten Kämpfe, darüber entscheidet die Fraktion im großen ganzen einmütig, und die Frage: Radikalismus oder Revisionismus hat in der Reichstagsfraktion bisher noch gar keine Rolle gespielt. (Lebhaftes Zustimmung.)

Nun hat Frank gemeint: In bezug auf den Prinzen Ludwig sind Sie aber reingefallen. (Heiterkeit.) Nein, ich bin gar nicht reingefallen. Daß Prinz Ludwig katholisch ist, weiß ich längst, daß er gut katholisch ist, weiß ich auch, und ich bin offengehalten im Zweifel, ob ich das Glaubensbekenntnis in Alt-öttingen oder das kurz zuvor in Königsberg ergangene für besser oder vernünftiger halten soll, wenn von Verstand dabei überhaupt die Rede sein sollte. (Heiterkeit.) Es ist ja demeritert worden, aber das ist ganz gleich. Die Erziehung unserer Prinzen und Fürsten im fortschrittlichen Sinne läßt ja überhaupt viel zu wünschen übrig. (Große Heiterkeit.) Das ist eine bekannte Tatsache, an der wir nichts ändern können, und darin sind wir ja auch ganz einig, daß wir weder Prinzen noch Fürsten an der Spitze brauchen. (Sehr gut!) Aber da Prinz Ludwig sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt und sogar — ich glaube, nicht einmal unsere Genossen haben das beantragt — noch jeder Volksgattung eine Neueinteilung der Wahlkreise verlangt hat, so habe ich damals gesagt: wenn wir einen Kaiser zu wählen hätten und in der Wahl auf einen Fürsten beschränkt wären, denn im anderen Falle würde ich ja selbst als Kandidat auftreten (Stürmische, minutenlang anhaltende Heiterkeit) — ja, ich sage das deshalb, weil ich weiß, daß ich dann die Revisionisten und die Radikalen auf meiner Seite haben würde (erneute große Heiterkeit) —, also ich habe gesagt: wenn schon innerhalb des Fürstenkreises gewählt werden muß, dann wähle ich den Prinzen Ludwig, der ist mir viel lieber, als ein Hohenzoller. (David: Wa also!) Wunders Sie sich darüber! Auch Sie würden das tun. Darüber sind wir uns doch einig.

### Kleines feuilleton.

Eine Reform der Museen, die manches für sich hat, bringt der Königsberger Kunsthistoriker Professor Verhold Gaendke in Vorschlag. Er schreibt im „Nirmer“: „Wollen die Sammlungen von Kunstwerken wirklich ihre Aufgabe erfüllen, so müssen sie sich in das weite, allen Gebildeten einigermaßen bekannte Gebiet der „allgemeinen Bildung“ einschließen; sie müssen den „Inhalt“ benutzen, um die künstlerische Form sehen zu lehren, das „Was“ heranziehen, um für das „Wie“ erziehen zu können. Wenn einem Besucher in einer den Besitzümern der einzelnen Sammlungen angemessenen Weise etwa die Radonnenmalerei oder die Landschaftsmalerei derartig entwickelt wird, daß über alle Länder hinweg das Motiv historisch in parallelen und in sich kreuzenden Linien ohne Rücksicht auf die einzelnen Künstlerfiguren vorgeführt wird, so treten so viele Affigationsvorstellungen in Tätigkeit, daß der Beschauer zunächst mit Eifer den Gegenstand als solchen verfolgen wird, um bei — in behaglicher Weise — zunehmender künstlerischer Bildung auch die Art und Weise zu würdigen, wie die Künstler in den verschiedenen Ländern und zu den verschiedenen Zeiten technisch in näherem und weiterem Hindis ihre Aufgaben gelöst haben. Dann werden die Sammlungen von Kunstwerken zu vollstehenden Einrichtungen; allerdings dürften sie an dem Charakter eines „wissenschaftlichen Instituts“ eine Einbuße erleiden. Aber ist es berechtigt, für eine Handvoll kunstwissenschaftlicher Forscher, für eine gewisse Anzahl von Gewerbetreibenden so viele Millionen auszugeben? Und werden jene wirklich so stark verlieren? Welches Museum ist denn auch nur annähernd in der Lage, irgendeinen hervorragenden Künstler in der Weise zu präsentieren, daß der Gelehrte ihn sozusagen an Ort und Stelle zu erschaffen imstande ist?“

Wisher hat man jedenfalls bei der Einrichtung der Museen die Interessen des Volkes ganzlich außer acht gelassen. Die Demokratie wird die Perücken erst davon zu überzeugen haben, daß die Museen nicht nur für sie da sind.

#### Theater.

Neues Schauspielhaus (Kollendorfsplatz). Rollidre, der Kollidre unter den Bühnendichtern Frankreichs, ist zurzeit in Berlin sehr populär. Werke von ihm werden nun in drei Theatern gegeben. Dabei geht es ohne Neuauftragungen nicht ab. Treibt auch nur der Konkurrenzkampf zwischen den einheimischen Bühnen diese Wälder, so wird man doch noch immer bei dem allen geistreichen Spötter am besten aufgehoben sein; auch selbst dann, wenn man, wie jetzt am Kollendorfsplatz, zwei Stücke mit zusammen acht Akten von ihm an einem einzigen Abend zu lösen bekommt. Da aber das königliche Schauspielhaus Rollidre in Ludwig Fuldas Uebersetzung mit Beschlag belegt hat, so mußte das Neue Schauspielhaus, um den „Tartuff“ aufzuführen, zu einer minderwertigen Uebersetzung von Adolf Lause greifen. Glücklicherweise hat diese in dem Oberregisseur Ernst Welisch einen sehr sachkundigen Bearbeiter gefunden, der es verstand, der Rollidreschen Versäpfe ihre gräßliche Geschmeidigkeit und der Komödie ihre geschlossene Bühnenwirkung zu wahren. Hieran hat

aber auch die stilvolle Inszenierung und die ganz vortreffliche Darstellung ihren Anteil. Alles wird zu äußerst dramatischer Lebendigkeit erhoben; jede satirische Pointe schießt hervor ohne auffällige Unterbrechung; selbst die für moderne Anschauung nur mehr etwas antiquierte Moral der Komödie erhält ihre gewisse Natürlichkeit. Erich Fiegel (Tartuff) und Hans Siebert (Orgon), vor allem Vera Hausner als famose Dorine und Ida Wäli (Elmire) gaben glanzvolle Leistungen. Hierauf folgte die in Deutschland noch unbekanntes Pöffe: „Der Herr von Pourceaugnac“, die Franz Kaibel überseht und bearbeitet hat, während die zur Handlung gehörigen Gefänge und Pantomimen nach Motiven aus Rollidres Zeit von Friedrich Hermann komponiert sind. Im Mittelpunkt steht ein alllicher, nämlich ausgeputzter Landadelmann, der nach Paris gekommen ist, um die Tochter eines reichen Bürgers zu heiraten und mit diesem Gelde sein rosiges Wappen frisch zu vergolden. Natürlich hat Julia bereits einen jüngeren Liebhaber. Für die beiden kommt's nun darauf an, den Provinzler aus dem Felde zu schlagen. Das geschieht durch verdrätschliche Mittel unter Beihilfe zweier sehr gerissener Domestiken, nämlich des neapolitanischen „Hausmarckalls“ und einer Jose, die ihrerseits wieder ein paar ärztliche Charlatane mobilisieren. Selbstverständlich hat man sich bei Rollidre, wenn es gilt, die Redigieren zu verpöten, toller Streiche zu versehen. Wie nun die beiden Jäger des Aesculap den adeligen Freizeitsmann „wissenschaftlich“ untersuchen und durch eine Rote von Dienern mit großen — Klitterprigen in die Enge treiben, ihn schließlich auch durch massierte Spiegelgelenken quasi schuldlos halber polizeilich verfolgen lassen; das sind die Hauptzüge, bei denen der Dichter alle Mienen seines Groteskhumors springen läßt. Literarischen Wert wird man dieser Ausgrabung allerdings schwerlich zusprechen können; dennoch dürfte sie vom kulturhistorischen Standpunkte einiges Interesse gewähren. Das Zeitkolort tritt in prächtiger Charakteristischer Verständigung aus; und die Aufführung hat altfranzösischen Stil und Schmitz. Die Darsteller entwickeln ein reizvolles Spiel, eine überprüfende Laune, die anredend wirkt. Kurz, man amüsiert sich prächtig bei Rollidre im Neuen Schauspielhaus und kann nur wünschen, daß dies Vergnügen von längerer Dauer sein möge. o. k.

Lustspielhaus: Der Feldherrnhägel, eine Schürze in drei Akten von Karl Köstler und Roda Roda. Herr Köstler, der sein Glück schon öfter auf den Brettern versuchte und Roda Roda, der wichtige Massen-Knechtensdramatiker, die beiden Akten, können sich zu der Melodie, die eine zopfige Jenfar für ihren, doch ziemlich harmlosen Sprohling gemacht hat, gratulieren. Jeder kleinste Scherz, und mochte er sich eines noch so würdigen Alters erfreuen, wurde mit dankbarer Heiterkeit, als stießen wunder welche Beziehungen dahinter, quittiert. Starke Applaus rief die Autoren mehrfach vor den Vorhang und Roda Roda nicht mit vergnügtem Lachen den Zuschauern zu.

Reden der Jenfar gebührt auch dem „König“ der Herren De Hiers und Cabollet ein gut gemeinens Teil an dem Erfolge. Die Versasser haben die brillante Parodie auf monarchische Empfangsfeiern und Ansprachen, die sie in der französischen Pöffe fanden, freilich mit arg vergröbernden und so die aktuell satirische Schärfe abstumpfenden Variationen ins Deutsch-Oesterreichische überseht. Aber auch in dieser Form blieb

nach genug des Amüsanten. Der schwarz-gelbe „Kurfürst“, der sich zum Jubiläumsofest eines ungarisch-österreichischen Regiments in dem Kasino einfindet und aus Versehen mit der preussischen Wacht am Rhein als Festmusik empfangen wird, ist ein verjüngter, in seiner Trottelhaftigkeit durch einen liebenswürdigen Zug von Schlamperci gemildeter Serenismus. Hobeit hat gerade noch so viel Verstand, um die blamablen Dummheiten, die er in seinen Reden vor der ehrsüchtig aufstrebenden Umgebung verzapft, selbst lächerlich zu finden. In seinem eigentlichen Hoch, dem der galanten Abenteuer, gibt er sogar Anzeichen einer gewissen pffigen Gewandtheit von sich. Erst im zweiten Akt nimmt mit dem Erscheinen dieses Herrn die zerstreute Wit- und Anekdoten-Sammlung, als welche sich das Stückchen darstellt, ein rascheres, etwas bühnenmäßigeres Tempo an. Das Beste war vielleicht die spitzige Schlusspointe. Ein Oberst, der den dringlichen Wunsch nach Pensionierung hegt und, um sich unmöglich zu machen, bei dem Manöver von seinem Feldbernhägel aus die blödsinnigsten Kommandos in die Welt schießt, wird von dem Kurfürsten, der mit einer Tame harmiert hat und dem herzoglichen Vetter aus Norddeutschland ob seiner tiefsinnig genialen, eigenartigen Strategie belobt; und der Herr Korpolommandant, der eben noch dem Schuldigen ingrimmtig herunterhünzte, beugt sich vor dieser höheren Einsicht in pflichtgemäher Demut.

Im allgemeinen wurde flott gespielt. Hervorragend humoristisch, mit einer ganz spezifisch österreichischen Färbung, brachte Gustav Charls das Gemisch von Idiotismus, Trägheit und spöttischer Selbstironie in der von den Autoren nur stüchtig karrikaturistisch hingeworfenen Rolle der Hobeit heraus. dt.

#### Humor und Satire.

##### Die Wache.

Silberhähne, blaue Röde auf dem Podium in der Ede . . . Den Parteitag übermüht spät und früh ein Polizei-Hauptmann, und ein braver Wachtmeister ist bei ihm dabei. Stund' um Stund' der Zeiger rüdt, und das blaue Wärdchen horcht. Dafür, daß der Kopf nicht nickt, ist durch Doppelheit gesorgt. Schläft der Hauptmann einmal ein . . . Aber so was gibt's ja nicht. Will der andre müde sein, ruft der Chef ihn streng zur Pflicht. Hören soll er, was man sagt, und es obendrein verstehen . . . Ist das nicht zu viel gewagt, oder ist es ein Versehen? Ueberwachend überwach, daß er wirklich horcht und wach, da erwaht wohl gar ein Wachtmeister aus der tiefsten Nacht. Welch' ein sonderbar Verfahren, Untergebene aufzuwachen! Franz.

Dann aber habe ich an den Ausführungen von Frank Bollständig vermisst, wie Sie selbst mit den sogenannten Erregungs- sachen — es waren ja welche darunter, obgleich die Verschärfung bei mir eine ganz andere ist, als bei Ihnen — Ihre Zustimmung zum Budget rechtfertigen können. Ihr könntet Eure ganze parlamentarisches Taktik so halten, wie Ihr sie gehalten habt, Ihr könntet dort, wo Euch das meiste in den Schöpfen, es akzeptieren, wie wir es auch gehalten haben und wie wir es noch täglich im Reichstage machen. (Sehr richtig!) Es ist doch gar kein Zweifel, daß wir in sozialpolitischen Fragen, wenn unsere eigenen Anträge abgelehnt waren, oft mit dem Zentrum zusammenstimmen mußten, weil es weiter ging, als die Nationalliberalen. So könnt Ihr im Landtage auch handeln, man darf sich aber nicht mit einer bestimmten Partei verbrütern. Ihr habt keine Gründe vorzubringen gesucht, um die Abstimmung für das Budget zu rechtfertigen, und was Eurem ganzen Verhalten einen so außerordentlich förmlichen Anstrich gibt, das ist, daß, nachdem Ihr monatlich für das Budget stimmen wolltet, Ihr dann nach einer Redemondung des Ministers, die Euch ärgerte, beschlossen habt, dagegen zu stimmen, und daß Ihr dann, als der Minister auf die erregten Wagen ein paar nichtsagende Redensarten gab, wieder umgefallen seid. (Sehr gut!) Ihr habt ja förmlich danach gelehrt, für das Budget zu stimmen. Es war Euch äußerst unangenehm, dagegen zu stimmen, sonst wäre ja Eure Haltung ganz unverständlich. Und da sage ich: das ist keine Haltung von Männern, das ist keine Rücksichtslosigkeit, sondern eine Wegsamkeit, die ich allerdings belächeln habe, und die ich belächeln werde, solange ich lebe. (Lebhafte Beifall.) Das ist kein Standpunkt, wie er sich für Sozialdemokraten schickt, wir müssen noch ein stärkeres Rückgrat haben als andere Männer, denn wir sollen in den allerwichtigsten Fragen taktisch und fest nach jeder Richtung sein.

Es lag kein Hindernis für die praktische Arbeit vor. Ihr mühtet nach Lage der Verhältnisse und nach den Beschlüssen der Parteitage gegen das Budget zu stimmen, und Ihr habt ja bis heute noch nicht bewiesen, daß sonst ein großer Schaden entstanden wäre; wäre das der Fall, dann hätten Ihr doch nicht auch nur 24 Stunden lang entschlossen sein können, gegen das Budget zu stimmen. (Sehr gut!) Nun sagt man, man kann sich nicht binden. Ja, von 1901 bis 1908 sind wir ganz gut ausgekommen, da haben die Bayern, Badenenser und Württemberger gegen das Budget gestimmt, aber auf einmal waren alle drei übereingekommen, gestützt auf den letzten Absatz der Lübecker Resolution, dafür zu stimmen, und das machte den Nürnberger Beschluß notwendig, um die weiteren Zustimmungen zum Budget nach Möglichkeit zu verhindern.

Kolb meinte, selbst die Frage der Teilnahme an der Regierung werde eines Tages aktuell werden. Eine Teilnahme an der Regierung ist selbst im Rasterlande Baden nicht denkbar. (Sehr gut!) Wenn also der eine oder der andere die führende Idee haben sollte, daß etwas heraufschaut, wenn man für das Budget stimmt, dann täuscht man sich. (Lebhaftes sehr richtig!) Im Klasseninstinkt und in der Wahrung der Klasseninteressen sind unsere Gegner immer noch die Geschworenen. (Sehr richtig!) Kolb sprach von der Möglichkeit einer Teilnahme der dänischen Genossen an der Regierung. Unser lieber Gast Stanning hat mir eben noch bestätigt, daß die dänische Sozialdemokratie, auch wenn sie mit den dänischen Radikalen zusammen bei den letzten Wahlen die Mehrheit erlangt hätte, nicht in die Regierung eingetreten wäre. Unsere dänischen Parteigenossen haben eifrig die Radikalen unterstützt. Die Demokratie in Dänemark bedeutet etwas ganz anderes als der Liberalismus in Deutschland. Mit ihr kann höchstens die kleine Gruppe verglichen werden, die von Weitzfeld geführt wird.

Beim deutschen Liberalismus gibt es keine Grundsätze mehr. Aber in ein Ministerium auch der dänischen Demokratie wollen unsere dortigen Genossen nicht eintreten. Sie wollen wohl ein solches Ministerium unterstützen, aber freie Hand behalten. Die Hinweife Kolbs auf Österreich und Frankreich treffen nicht zu. Mein Freund Zaurès hat ausdrücklich erklärt lassen, daß er nicht erst durch die Amsterdamer Beschlüsse bestimmt worden sei, gegen das Budget zu stimmen, sondern daß er das aus eigener freier Ueberzeugung tue. Die Österreicher stimmen schlangweg dagegen. Die Engländer können uns — unser lieber Freund Keir Hardie nehme mir das nicht übel — nicht in allen Dingen als Muster gelten, einmal weil England ganz andere Verhältnisse hat und zum anderen, weil es dort eine große sozialdemokratische Partei zurzeit nicht gibt. Die dortigen Trade-Unions würde Marx nicht mehr als Preisfechter des europäischen Proletariats bezeichnen. Seit 1870 geht die deutsche Sozialdemokratie dem internationalen Proletariat voran, und so wird es weiter bleiben, wenn wir vernünftig sind. Gewaltiges haben die englischen Trade-Unions geleistet, aber es können schwerlich unsere Gewerkschaften die englischen als musterhaft ansehen. (Zustimmung.) Ich hoffe ja, daß das sich ändern wird, und daß das gewaltige englische Proletariat bald Hand in Hand mit uns marschieren wird.

Keil schlug einen Vermittlungsweg vor. Er bezeichnete als solchen den letzten Absatz der Lübecker Resolution. Keil hat dabei ganz übersehen, daß dieser Beschluß durch den Nürnberger Beschluß verbessert worden ist. (Keil ruft: Das ist falsch!) Genosse Keil, Sie halten für falsch, was die anderen für richtig halten. Solange die Mehrheit aber auf dem falschen Standpunkt steht, müssen Sie sich fügen, anders geht es nicht. Der Standpunkt der Resolution ist maßgebend, damit muß man sich abfinden. In Nürnberg sagte Hilgenbrand: Die Resolution macht uns die Arbeit im Landtage unmöglich. Ihr habt mittlerweile zwei Jahre sehr fleißig gearbeitet. Die Resolution hat Euch gar nichts geschadet. Und das nächste Mal werdet Ihr so viel Gründe gegen die Annahme des Budgets haben, daß Ihr es ruhig tun könnt.

Ich muß es Euch Süddeutschen und den anderen, die ebenso denken, noch einmal mit aller Schärfe sagen: Ihr überseht die Rolle der einzelstaatlichen Regierungen im Reich und im Bundesstaat. Die ganze Reichspolitik ist auch durch die süddeutschen Regierungen mit geschaffen worden. Wir können die Regierungen im Reichstag nicht zur Verantwortung ziehen. Das ist Eure Sache in den Landtagen. (Frank: Das ist auch geschehen!) Die Regierungen haben den Steuer-, Militär-, Flotten-, Kolonialvorlagen und früher den Ausnahmegeretzen zugestimmt. Auch die kleinsten Regierungen konnten eine solche Politik belächeln und haben es nicht getan. Die Bille sind durchlaufende Posten in den Staatsbudgets der Einzelstaaten. Solchen Regierungen könnt Ihr doch kein Vertrauen aussprechen. Von diesem Standpunkt aus könnt Ihr keinen Budget zustimmen. Wenn Ihr das möchtet, dann befreit das jeder Mensch, jeder Arbeiter. Es geht alles, wenn man es nur mit der nötigen Geschicklichkeit, der nötigen Gründlichkeit und dem nötigen Ernst betreibt. Täuscht Euch doch nicht. Die ungeheure Erregung, die diesmal bei den verschiedenen Rednern und bei den ganzen Debatten dieses Parteitages zum Ausdruck kam, ist nichts weiter als die Widerspiegelung der ungeheuren Erregung der Massen des breiten Volkes. Diese Massen begreifen es nicht, daß es Leute gibt, die die Regierungen unterstützen, die sie am liebsten beseitigen wollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe den Eindruck, daß ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Massen zu leiden haben

(Stürmische Zustimmung), daß sie der Lage der Massen entfremdet sind. Das kommt unbewußt zur Geltung, denkt daran, daß Ihr vor Eure Wähler kommen müht und sehet zu, daß es Euch nicht geht, wie den tüchtigen Jungfrauen in der Bibel. Man hat verschiedentlich von Spaltungen gesprochen. Ich bin sehr überzeugt, daß kein Mensch im Saale an eine Spaltung denkt. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Ich habe als junger Mensch neun Jahre für die Einheit der Partei gekämpft, bis wir sie endlich hatten. Kein Mensch wird mir vertrauen, daß ich an meinen alten

Tagen etwas tue, von dem ich glaube, daß es zur Spaltung führen könnte. Wenn wirklich einzelne unter uns tollkühn genug sein sollten, an eine Spaltung zu denken, oder gar eine Spaltung zu wünschen, ich weiß, die Spaltung kommt nicht, die Massen machen sie nicht mit (Stürmischer Beifall). Und wenn ein kleiner Kreis folgen sollte, es dauert keine drei Monate, und wir haben sie wieder in unseren Armen. (Erneute Zustimmung.)

Unsere Freunde in Süddeutschland, die gegen unsere Resolution sind, sollten sich einmal fragen, ob nicht auch in Süddeutschland seit dem Nürnberger Parteitag ein merklicher Umschwung in der Stimmung eingetreten ist. Nun, heute ist doch im wesentlichen Nordbayern gegen die Budgetbewilligung (Widerspruch der bayerischen Delegierten). Nürnberg ist entschieden dagegen. Es haben Stuttgarter und andere gesprochen, die damals auf einem ganz anderen Standpunkt standen. Die hessische Minderheit gegen die Budgetbewilligung war niemals so stark wie heute. In Hannover sind Stimmen laut geworden, die früher ganz anders sprachen und die jetzt auch dagegen sind. Wenn man glauben würde, über alle diese Erscheinungen leichten Herzens hinweggehen zu können, dann täuscht man sich ungeheuer. (Sehr richtig.) Ich mache mich anheischig, auch in Baden eine ganz andere Stimmung hervorzurufen (Zuruf: Mache nur!), ja, wir bringen es fertig, wenn es sein muß! (Große Heiterkeit.) Die badischen Proletarier mühten ja gar keine Proletarier sein, wenn es anders sein sollte. (Lebhafte Zustimmung.) Frank ruft: Da werden wir wohl einmal nach Berlin kommen. Große Heiterkeit.) Lieber Genosse Frank! Nur nicht mit dem Budget, dann könnte es Ihnen schlecht gehen.

Genosse Heilmann hat sich beklagt, nichts Neues hier gehört zu haben. Er hält die langen Ausführungen Schuppels für hochwichtig. Ich kann sie nach keiner Richtung hin akzeptieren. (Heilmann: Darum eben Studienkommission.) Heilmann sprach dann von der großen Unaufmerksamkeit bei der Budgetabstimmung im Reichstag. Ich gebe Heilmann vollständig recht, daß im Deutschen Reichstag so wenig wie in einem anderen die Abgeordneten wie in der Kirche sitzen und angeknirscht auf jedes Wort von der Tribüne lauschen, als wenn es die Quelle der Weisheit wäre. Ich glaube einmal auch, das mühte so sein. Aber schon in meinem ersten Bericht über den norddeutschen Reichstag habe ich gesagt, ich möchte, daß die Wähler zwangsweise 8 Tage auf die Tribüne geschickt würden. Sie würden dann eine ganz andere Auffassung vom Parlament bekommen. (Heiterkeit.) Die Abstimmung über das Budget im Reichstag wird ganz formlos vorgenommen. Der Präsident sagt: Ich bringe die und die Position zur Abstimmung, ich werde sie aufrufen und wenn niemand das Wort wünscht, so sind sie angenommen. Das ist auch ganz richtig. Aber bei der Schlussabstimmung sind alle Reichstagsmitglieder in Berlin auf ihrem Posten und ich bitte immer alles auf, damit wir vollzählig sind. Es ist schon ein gewisser feierlicher Moment, weil die Gegner wissen, namentlich, als wir eine starke Fraktion waren, daß sie die Abstimmung nicht versäumen dürfen, damit wir nicht vielleicht zufällig die Mehrheit haben. Da hat die Mode stets durch das ganze Haus geklungen, und es wurde in dem vollbesetzten Hause recht feierlich abgestimmt. Wir sind sitzen geblieben und es ist nicht wahr, wie Heilmann sagt, daß dies unbeachtet geblieben wäre. Regelmäßig war unsere Abstimmung der Gegenstand der Besprechung der ganzen bürgerlichen Presse und den Tag würde die bürgerliche Presse preisen, wo wir für den Etat stimmen würden.

Genosse David meinte, ich hätte gesagt, die Partei könnte nationalliberal werden. Glauben Sie denn, Genosse David, daß ich es für möglich finde, auch nur ein namhafter Teil der deutschen Sozialdemokratie könnte nationalliberal werden? Ich habe gesagt, die Politik, die da getrieben werde, ist nationalliberal, und ihr verdanken wir allerdings den ungünstigen Einfluß auf die Parteienentwicklung und die unangenehmen Debatten. Wenn je eine Partei sicher war, daß sie nicht korruptiert werden kann, daß sie nie einer bürgerlichen Partei zum Opfer fallen kann, dann ist es die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorge raubt mir keine Sekunde meines sonst sehr guten Schlafes. (Heiterkeit.) Genosse Heilmann hat dann weiter versucht, Kassele zum Revisionisten zu machen. Gewiß hat Kassele die Abstimmung der Fortschrittspartei im preussischen Landtag gegen das Budget als liberale Freiheit gebührend. Ich unterschreibe heute noch nach 48 Jahren alle Ausführungen über „Was nun?“ und über „Verfassungswesen“ und kann der Partei dringend raten, jedes Wort dieser Broschüren auswendig zu lernen. Dann werden unsere Debatten bedeutend kürzer sein. Heilmann hat nur die Begleitumstände vergessen anzugeben, von denen Kassele ausgegangen. Genosse Heilmann, Sie haben zwar sehr kurze Haare, aber ich werde Sie schon zupfen. (Stürmische Heiterkeit.) Kassele ging davon aus, daß die Fortschrittspartei Bismarck einen Verfassungsbrecher nannte, der die Anklage auf Hochverrat verdiente. Da freilich, sagt Kassele, genüge die Abstimmung gegen das Budget nicht und Ihr müht es durch die Steuerverweigerung zum Konflikt treiben, selbst auf die Gefahr der Revolution. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Liberalen sind heute nicht dieselben wie damals, sondern noch viel schlechter, und all die Hoffnungen, die Sie (zur Minderheit) auf den Liberalismus setzen, die schwimmen leider Bach ab, wie man in der Schweiz sagt. Ich habe es oft gesagt, wir möchten eine wirklich liberale Partei wünschen, aber sie ist nicht vorhanden, zu ihr fehlen die Leute und die Bedingungen. Schon der Klassenkampf und die Furcht vor der Sozialdemokratie verhindern die Bildung einer solchen Partei. Wie sind den Liberalen unsere Nachwächser in die Glieder gefahren! Wenn wirklich 1911 diese Siege sich auf ganz Deutschland übertrügen sollten, dann werdet Ihr sehen, mit welcher bleichen Gesichtern und schlatternden Gliedern unsere Liberalen herumlaufen und wozu sie fähig sind. (Bewegung und Beifall.)

Heilmann hat weiter gesagt: Warum bringen wir diese Frage nicht vor das Forum der Internationale? Nun, die Amsterdamer Resolution ist die Uebertragung der Dresdener Resolution, und sie erklärt ausdrücklich, daß die Partei die Mittel für die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft verweigert. Die Deutschen sind es übrigens nicht gewesen, die die Amsterdamer Resolution veranlaßt haben, und Kolb ertzt sich, wenn er behauptet, die Sache ist von Ged ausgegangen. Die Internationale hat gesprochen und der Beschluß hat auch bestimmend gewirkt auf eine Reihe von Staaten, die hier in Frage kommen. Die hier aufgeworfene Frage der Gemeindefinanz und der bayerischen Landratsbudgets gehört nicht zu Frage des Landesbudgets, denn es handelt sich hier um Verwaltungskörperschaften, die nicht gesetzgebende Funktionen haben, sondern denen wesentliche Verwaltungsangelegenheiten zugewiesen sind.

Gegen die von Quatz vorgeschlagene Teilung der Resolution habe ich nichts einzuwenden. Nach Quessel soll ich offen gelassen haben, ob die Frage eine taktische oder prinzipielle sei. Aber es kann gar keine Frage sein, daß die Nürnberger Resolution vom Parteitag als prinzipiell betrachtet worden ist. Quessel sagt, die Hefen werden die Resolution ablehnen. Das ist ihr gutes Recht. Wenn er aber sagt, daß sie sich eventuell nicht an die beschlossene Resolution halten würden, nun, das wollen wir abwarten. Drohen könnt Ihr, soviel Ihr wollt. (Frank: Das tut ja niemand!) Es kommt aber auf Euer Handeln an und das werden wir ja sehen. Was die vorgeschlagene Studienkommission betrifft, so bin ich ganz verwundert, daß Euch noch 15 Jahren auf einmal die Bedürfnis nach einer solchen Kommission kommt. (Frank ruft: Wir haben wenigstens die Hoffnung, daß sie zu einem anderen Ergebnis kommt!) Nun, mit der Hoffnung fällt Ihr ja rein, das steht fest. (Heiterkeit.) Auf einmal nehmt Ihr Bayern derartete bayerische Gesetze fürchterlich ernst. Bollmar und Grillenberger

hatten in Frankfurt eine ganz andere Meinung darüber. Und Ihr bayerischen Abgeordneten habt ja diesmal auch gegen das Budget gestimmt. Bevor Ihr die Mehrheit in der bayerischen Kammer habt, seid Ihr und ich längst gestorben. Also möge gerichtet Ihr Euch den Kopf darüber? Aber wenn die Regierung trotz der Ablehnung des Etats durch die Kammer das Budget in Kraft setzen sollte, dann würde ein so gewaltiger Sturm im ganzen Volke ausbrechen, daß die Regierung Klein beigeben würde. Wozu sollen wir wegen Eurer speziell bayerischen Verhältnisse eine Studienkommission einsetzen? Soweit die Budgetfrage uns alle interessiert, ist sie uns klar. Von den Unterzeichnern des Antrages auf Einsetzung einer Studienkommission hat mancher sich gewiß gesagt: Ja, Studienkommission, warum nicht? Das machen wir mit. Und die anderen haben sich gesagt, das ist ein schlaues Mittel, die Sache um die Ecke zu bringen, da kommen wir diesmal zu keiner Entscheidung. Die im guten Glauben unterschrieben haben, sind den anderen, den Schlawaren, zum Opfer gefallen. (Obol-Rufe bei den Süddeutschen.) Es ist doch kein Fehler, schlaue zu sein. (Heiterkeit.) Ich habe mit großem Schreden gehört, Ihr wollt den ganzen Vorstand in die Kommission nehmen. (Zuruf: Das will nur Klement!) Glücklicherweise bekommt Ihr keine Mehrheit für das Attentat, das Ihr gegen uns ausüben wollt. (Heiterkeit.) Würde der Antrag angenommen, so würde die ganze Welt über die Sozialdemokratie lachen, die auf fünf Parteitagen tagelang über die Sache debattiert hat und dann eine Studienkommission einsetzt, um die Sache zu prüfen.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen, machen Sie das Ding für sich fertig. (Heiterkeit.) Sie sind ja eine Masse intelligenter Leute, setzen Sie eine Kommission ein, bringen Sie uns das nächste Mal Material, und dann sehen wir uns die Sache an. Aber heute lassen wir uns auf die Sache nicht ein. Das paßt uns nicht in den Kram. (Ab bei den Süddeutschen.) Natürlich, alles, was ich will, paßt Ihnen nicht in den Kram, das ist doch selbstverständlich. (Zuruf des Genossen David.) Ja, studieren Sie nur. Während Sie studieren, haben Sie keine Zeit, andere Geschichten zu machen. (Heiterkeit.)

Genosse David hofft auf die Nationalliberalen. Die Vertrauensseligkeit ist mir einfach unbegreiflich. Ich glaube nicht, daß wir eine Mehrheit gegen die Lebensmittelzölle aufbringen. Selbst die Freisinnigen sind heute unzuverlässig und die Nationalliberalen haben bekanntlich den ganzen Sozialtarif auf dem Gewissen. Ich erinnere an die Gewalttätigkeit im Winter 1902 und an die Rolle des Herrn Wasser- mann. (Sehr richtig!) Der kluge und geschickte Bauinspektor Siemens von der Freisinnigen Vereinigung erklärte einmal, das preussische Junkertum hat Staat und Gesellschaft die größten Dienste geleistet. Und der Staat hat die Verpflichtung, dieser Gesellschaftsform eine Existenzmöglichkeit zu geben. (Hört! hört!) Das war die Auffassung eines der ersten Bourgeois in Deutschland. Und diese Auffassung ist bei allen nationalliberalen Kapitalisten vorhanden, die in den Junkern die kommandierenden Generale sehen, Männer, die gegebenenfalls kommandieren, daß auf Vater und Mutter geschlossen wird, die die Gesellschaft zu verteidigen haben für die Herren Liberalen, die ihren eigenen Körper für zu schade halten. Die Junker sind die richtigen Leute, um Thron, Altar und Gesellschaft zu schützen und von diesen Liberalen erwartet man etwas.

Und weiter. Wenn die Bille weggelassen, entzieht ein Minus von vielen hundert Millionen für Militärausgaben. Das Minus von gedeckt werden. Es mühten direkte Steuern kommen. Genosse David, Sie sind sonst ein gescheiter Mensch, aber hier irren Sie sich gewaltig. Die einzige Partei, die die Lebensmittelzölle beseitigen könnte, das wären wir, aber dazu mühten wir auf mindestens 200 im Reichstag steigen und daran glaubt jetzt kein Mensch. Einmal kommt es ja gewiß, ich werde mich freuen, wenn ich es erlebe, denn bei dem Kampf möchte ich dabei sein. Alles andere waren ja nur Voepostengeschäfte. Aber ich fürchte, dieser große Kampf wird noch viel länger auf sich warten lassen, als wir annehmen. Gewiß sind die preussischen Zustände nicht die Folge der kapitalistischen Entwicklung, aber die Junker sind die Hauptstütze für den Kapitalismus und der Kapitalismus die Hauptstütze für die Junker. Die Junker im Osten, die Schlotjunker im Westen, die Großbanken in Berlin, die Kohlenmagnaten in Schlesien, alle reichen sich brüderlich die Hüfte. Die herrschenden Klassen tun nichts, was ihnen schadet.

Gestern hat Jubel Ausführungen gemacht, die der gesamte Parteivorstand außerordentlich bedauert. Er hat den Süddeutschen vorgeworfen, daß sie die Mittel für ihre Arbeit aus Norddeutschland gezogen haben. Dafür sind wir da, daß, wenn wir Gelder haben, wir sie geben. Ich kann mir und meinen Kollegen im Parteivorstand das Zeugnis geben, daß wir noch niemals Geld verweigert haben, weil es sich um Revisionisten handelt. Im Gegenteil, wir geben in solchen Fällen eher als in anderen, um nur ja nicht einen solchen Verdacht aufkommen zu lassen. (Sehr richtig!) Ueber die „Münchener Post“ mag sich Genosse Müller einmal beim Genossen Cohn erkundigen. Es wäre mir überhaupt lieber gewesen, das wäre gar nicht zur Erörterung gekommen. (Zuruf bei den Süddeutschen.) Der Parteivorstand hat bei der Unterstützung eines Blattes aus Partei- mitteln noch niemals eine Bedingung in bezug auf die Haltung gestellt. (Zuruf bei den Süddeutschen: Hat auch niemand behauptet!) Ja, in den Worten: „Wir sind unabhängig“ könnte drin liegen, daß andere nicht unabhängig seien.

Die ganze Parteipresse ist unabhängig und hat diese Unabhängigkeit zum Parteivorstand mehr als einmal bewiesen, so beim Streit mit den Vorwärtsredakteuren und so jetzt wieder. Objektiv war ihre Haltung gerade nicht. (Widerspruch bei den Süddeutschen.) Sie hat drei Artikel für die Budgetabstimmung gebracht und keinen einzigen dagegen. Die Ueberlegung des kausischen Kritikers wurde aufgenommen, vom kausischen Artikel selbst wissen heute noch die Leser der „Münchener Post“ gar nichts. Ähnliches ist ja auch anderwärts passiert. Es ist manches in unserer Parteipresse geschehen, was ich früher nicht für möglich gehalten hätte. Es war eine bittere Enttäuschung in meinen alten Tagen. In keiner Weise habe ich gesagt, die Bayern wären nicht in der richtigen Weise für das allgemeine Wahlrecht eingetreten. Ich habe mit unserem verstorbenen Grillenberger viel länger zusammengelächelt, als Ihr alle, die Ihr da seid. Aber Euch in Bayern ist doch das allgemeine, gleiche Wahlrecht wie die gebrauchten Tauben in den Mund geflogen. Das Zentrum hat es durchgesetzt. (Müller: 14 Jahre haben wir darum gekämpft.) Gewiß, aber Euer Kampf hält doch mit den norddeutschen Kämpfen keinen Vergleich aus. Euch kamen günstige Umstände, die Haltung des Zentrums zugute.

Euren Eifer, Euren Fleiß kenne ich und habe ich stets anerkannt und ich muß mich dagegen verwahren, als wenn ich unsern treuen alten Parteigenossen Grillenberger einen Knebel anhängen wollte. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.) Südekum berief sich auf Marx, sogar Kolb hat sich auf Marx berufen. (Heiterkeit.) Was muß der arme Marx heute alles aushalten! Ich habe mein Leben lang weder auf Marx, noch auf Engels geschworen. Ich habe meine Meinung ihnen gegenüber stets vertreten, wie einstmals meine Briefe beweisen werden, wenn sie herauskommen werden. Ich glaube nicht an andere Götter und so auch nicht an unsere Götter. (Heiterkeit.)

Und nun zum Schluß über den Zusatzantrag zu unserer Parteivorstandsresolution. Das Amendement erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die unsere Resolution zuwider handeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen. Der Parteivorstand hält diesen Antrag für unannehmbar. (Ab!) Bitte für unannehmbar. Ich gebe hier im Namen meiner Genossen vom Parteivorstand die schriftliche Erklärung ab:

„Der Parteivorstand bittet, die Resolution 93 zurückzuziehen zu wollen. In der Sache selbst besteht zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Mei-

# Aus aller Welt.

## Zwei Streikführer ermordet.

Die ein Telegramm aus Tampa (Vereinigte Staaten von Nordamerika) meldet, wurden dort zwei angesehenen Italiener, die sich in einem kürzlich ausgebrochenen Zigarrenarbeiterstreik hervortaten, gestern unter der Beschuldigung verhaftet, daß sie an der Erschießung des Buchhalters einer Zigarrenfabrik mitschuldig seien. Als sie gefesselt in das Gefängnis transportiert wurden, entriß sie die Volksmenge den Händen der Beamten und schleppte sie in den nahen Wald, wo sie an einem Baum aufgehängt wurden.

## Schweres Unglück auf der Vesubbahn.

Ein mit Material beladener Trambahnwagen geriet, wie uns ein Telegramm meldet, beim Hinabfahren vom Vesub durch Versagen der Bremsvorrichtung in eine furchtbare Geschwindigkeit. Nahe bei Bellavista sprang der Wagen, in dem auch dreizehn Arbeiter transportiert wurden, aus den Schienen und prallte gegen die Mauer einer Villa. Die Arbeiter wurden in entsetzlicher Weise zugerichtet. Einer war sofort tot, drei andere wurden tödlich verletzt unter den Trümmern hervorgezogen, und auch die übrigen erlitten so schwere Verletzungen, daß man für ihr Leben fürchtet.

## Unwetter in Belgien.

Eine Wasserhose ist gestern über Verriers und Umgebung niedergegangen und hat großen Schaden angerichtet. Die Eisenbahnlinien sind an mehreren Orten beschädigt worden; in Soiron, wo das Wasser stellenweise anderthalb Meter erreicht, steht ein Teil der Dampfschiffe unter Wasser. In Geusy haben die Gärten sehr gelitten. An den Stauwerken der Talsperre von Gitepsy ist ebenfalls großer Schaden angerichtet worden. Das Wasser, welches überfließt, erreicht eine Höhe von 88 Zentimeter. Die Stauwerke haben in den letzten Tagen einen Zufluß von über zwei Millionen Kubikmeter Wasser erhalten.

## Kleine Notizen.

Wettersturz im Riesengebirge. Im ganzen Riesengebirge trat in der letzten Nacht starker Schneefall ein. Auf der Koppe liegt der Schnee 15 Zentimeter hoch. Bei zwei Grad Ralte schneite es auch in den Tälern auch am Vormittag noch kräftig weiter.

Auf entscheidende Weise wurde in Bismarckhütte (Oberschles.) ein Zimmermann, Vater von sieben Kindern, getötet. Beim Verladen eines 200 Zentner schweren Schwungrads stürzte das Schwungrad ab und drückte den Mann an eine Mauer. Der Verletzte blieb direkt an der Mauer hängen und starb auf dem Transport nach dem Hospital.

Während eines Streites, den ein Ehepaar in Dortmund ausfocht, bedrohte der Mann seine Frau mit einem Weil. Diese ergriff darauf ein Gefäß mit siedendem Wasser und schüttete den Inhalt über ihren Mann aus, der so schwer verbrüht wurde, daß er bald darauf starb.

Die Cholera. Die Zahl der Cholerafälle in Apulien ist während der letzten 24 Stunden gestiegen. Es sind zehn Erkrankungen und acht Todesfälle vorgekommen. — In Petersburg erkrankten gestern 45 Personen an Cholera, 14 sind gestorben; die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt 569. — Das ungarische Ministerium des Innern hat Rohacs als Choleraherd erklärt, da dort in der abgelaufenen Woche 20 choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen sind, von denen 14 tödlich verliefen. Auf Donaustrachtischen, die in Budapest eingetroffen sind, sind 3 Erkrankungen vorgekommen.

Drei Streckenarbeiter wurden in der Nähe des Bahnhofes Falsoise bei Amiens von einem daherdraufenden Schnellzug erfaßt und getötet.

Bei der Desinfektion eines Polizeifasses in dem ungarischen Orte Kunzentmaron erfolgte aus unbekanntem Ursachen eine Explosion, wobei zwei Polizisten der Kopf zerstört wurde.

Der Gattensmörder Crippen. Die Untersuchung gegen den vor einiger Zeit nach England zurückgeführten Dr. Crippen und seine Geliebte M<sup>rs</sup> De Reve ist abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter hat die Sache dem Kriminalgericht zur Aburteilung überwiesen.

Leser- und Diönetierklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8<sup>1/2</sup> Uhr Sitzung bei Dugga, Kasernenallee 95/96. Gäste willkommen.

nunghverfchiedenheit. (Hört! hört!) Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Beschlüsse des Ausschussesverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind. (Hört! hört!)

§ 23, der von allen Richtungen der Partei beschlossen worden ist, wo kein Mensch an Vorgänge wie diese gedacht hat, lautet: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer erlosenen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder des Parteitages das Parteinteresse schädigt.“ Alsdann kann ein solcher Antrag gestellt werden, aber nach den weiteren Ausführungen des Organisationsstatuts nur von einer Parteiorganisation, nicht nur von der, welcher der Betreffende, gegen den der Antrag sich richtet, angehört, sondern von jeder Parteiorganisation im Deutschen Reich. Die Sache selbst kann aber nur in dem Kreise, in dem der Angeeschuldigte wohnt, entschieden werden. Es tritt alsdann ein Schiedsgericht zusammen, bestehend aus 7 Personen, wovon beide Teile je 3 wählen und den Vorsitzenden der Parteivorstand ernannt. Dann wird das Verfahren wie üblich in solchen Sachen eingeleitet, wobei selbstverständlich der Betreffende in ausgiebiger Weise zu Worte kommt.

Es heißt weiter im Statut: „Unterläßt es der Angeeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens 4 Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen. Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht dem Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils beim Parteivorstand eingereicht sein.“ Mit anderen Bestimmungen können wir also nicht rechnen. Es heißt in der schriftlichen Erklärung des Parteivorstandes weiter:

„Nach unserer Auffassung ist der Antrag § 23 formell bedeutend. Wird er angenommen, so ist noch keineswegs, wie die Antragsteller annehmen scheinen, der betreffende Parteigenosse aus der Partei ausgeschlossen. Die Organisation kennt kein „außerhalb der Partei stellen“.“

Außerhalb der Partei steht nur, wer auf Grund des § 23 ff. aus der Partei ausgeschlossen wird. Der Antrag erfüllt nach unserer Meinung nicht den beabsichtigten Zweck. Er führt nur zu fortgesetzten Kontroversen und möglicherweise zur Anrufung der bürgerlichen Gerichte. Aus diesem Grunde bitten wir wiederholt, den Antrag zurückzunehmen, wobei wir noch einmal betonen, daß sachlich zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit besteht. Es ist nach unserer Meinung gar kein Zweifel, daß, wenn ein solcher Beschluß gefaßt werden sollte, der Parteitag dabei gegen seine eigene Organisation verstoße. Er beschleße etwas, was er nicht beschließen kann. Er darf keinen Staatsstreik machen. Er würde ja damit den Genossen die Möglichkeit nehmen, sich zu verteidigen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Es ist doch auch in dem Lübecker Beschluß zugegeben, daß in zwei Fällen die Möglichkeit vorliegt, für das Budget zu stimmen.

Nach Annahme des Antrags § 23 würde das gar nicht in Betracht kommen. Die Leute sähen da und hätten kein Wort zu sagen und könnten ihren Standpunkt nicht begründen. Alle Juristen, mit denen ich heute über die Sache sprach, sind felsenfest überzeugt, daß, wenn dies geschieht, eine Berufung an die bürgerlichen Gerichte möglich wäre und daß die größte Wahrscheinlichkeit bestünde, daß das bürgerliche Gericht gegen einen derartigen Beschluß entscheiden würde. Damit würden wir uns also geradezu bloßstellen in einer Weise, wie wir es nicht tun können. Deswegen möchte ich dringend bitten: Folgen Sie dem Vorschlag des Parteivorstandes und ziehen Sie Ihren Antrag zurück. Stimmen Sie möglichst einmütig für unsere Resolution. Nehmen Sie andererseits den Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission ab. Im übrigen hoffe ich, daß, wenn diese Beratungen zu Ende sind, wir in aller Freundschaft miteinander nach Hause gehen werden. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Gaase-Königsberg (zur Geschäftsordnung): Da durch die Erklärung Webers die sachliche Übereinstimmung des Parteivorstandes mit den Antragstellern der Resolution § 23 festgestellt ist, da somit diese Resolution, die bereits von der Mehrheit der Parteitagsdelegierten beantragt ist, die Zustimmung der großen Mehrheit des Parteitages gefunden hat, da aber in dieser wichtigen Frage nicht um Formalitäten gestritten werden soll, so ziehen wir, nachdem die Erreichung des Zweckes der Resolution § 23 sichergestellt ist, hiermit diese Resolution zurück. Das habe ich im Namen Jubels und sämtlicher Mit Antragsteller zu erklären. Ich überreiche diese Erklärung zu Protokoll.

Dr. Frank-Mannheim (Schlußwort):

Genosse Anrid hat mich gebeten zu erklären, daß er nicht zu denen gehört, die uns in unsachlicher Weise bekämpfen. Genosse Stadthagen dagegen hat uns in einer Versammlung das Prädikat „hündisch“ angehängt. Er hat nun später erklärt, er wolle, wenn es uns besser gefiele, dafür nationalliberal oder kompliziert stehen. (Heiterkeit.) Genosse Stadthagen. Sie dürfen die Verteidigung von uns annehmen, die Empfindung die wir über Sie, über Ihre Erklärung und über Ihre Reden haben, reicht an die Entrüstung nicht heran. Weber sagte, er habe von uns keine neuen Gründe gehört. Wir legen weniger Wert auf neue Gründe, als auf richtige Gründe. Es freut mich, daß Weber sagte, daß wir im Reichstag alle zusammen arbeiten. Es freut mich auch, daß er mit der Erringung von kleinen Konzessionen einverstanden ist. Gerade mit der fortgesetzten Erringung solcher kleinen Konzessionen ist die Gewähr gegeben für den endgiltigen Sieg der Arbeiterklasse. Auch wir meinen, daß eine junge Partei Negation braucht, wie das Kind das Schreien braucht, um die Lungen zu weiten. Aber es kommt der Zeitpunkt, wo aus dem Wachstum einer Organisation andere Verpflichtungen erwachsen, und dieser Zeitpunkt ist gekommen, in dem Moment, wo wir infolge unserer Größe die Macht haben, die von uns kritisierten Zustände zu ändern und zu bessern. Es freut mich ferner, daß Weber auch die monarchische Frage wieder angeschnitten hat. Nach seinen Ausführungen braucht ja kein Kaiserandidat Prinz Ludwig noch nicht alle Hoffnung aufzugeben. (Heiterkeit.) Aber ich wünsche, damit wenigstens eine engere Wahl zustande kommt, daß Weber auch mit der Kandidatur des Prinzen Max von Baden einverstanden ist. (Heiterkeit.) Prinz Max von Baden sagte auch, daß die Interessen der Arbeiter berücksichtigt werden müßten und er hat für ein besseres Wahlrecht gestimmt. Ich glaube jedoch, daß diese Frage von keiner großen Aktualität ist. (Heiterkeit.)

Es freut mich, daß Weber sagte, es könne davon keine Rede sein, daß das Budget in den Gemeinden abgelehnt werden muß. Er hat nur für diese richtige Taktik eine falsche Begründung gegeben. Wenn Weber meint, die Gemeinden sind nur verwaltende Organe, weiter nichts, und sie könnten nichts selbst machen, so ist auch richtig, daß ein einzelner Bundesstaat die Patrimonialbeiträge oder die Einnahmen aus den Zöllen nicht abschaffen kann. Weber hat mit dieser Forderung die Mehrheit der Partei hinter sich, aber es gibt große Parteiblätter, die anders denken. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat geschrieben, selbstverständlich muß das Budget abgelehnt werden. Leben denn die Genossen auf dem Monde? (Heiterkeit.) Heute hat man mir erst einen Fall vorgelesen, der in nächster Nähe von Berlin passierte, wo man eigentlich nicht nötig hat, Studien zu machen. In einer kleinen Gemeinde bei Werder stellte sich die Notwendigkeit heraus, für ein Organ des Klassenstaates, für einen Polizeibeamten, eine neue Hufe anzuschaffen. (Stürmische Heiterkeit.) Es war dafür

\*) Wegen vorgerückter Zeit ist von hier ab ein gekürzter Bericht benutzt. D. R.

ein Budgetposten von 6 M. erforderlich, und die braven Genossen auf dem Rathause (Zuruf Ledebours: Überarbeiten!) haben die 6 M. schweren Herzens bewilligt. Warten Sie erst einmal ab, Ledebour, nun kommt das prinzipielle Nachspiel. Im Wahlverein des Ortes verlangten nämlich die Genossen Redenshaft, denn diese Bewilligung sei eine Verletzung der Nürnberger Resolution. (Stürmische Heiterkeit.) Ich glaube, der Parteitag wird diesen Genossen wenigstens Indemnität erteilen. (Heiterkeit.) In England wird das Budget angenommen, in Belgien ebenso, und in Oesterreich lehnen unsere Genossen zwar das Budget ab, aber stimmen für die Dringlichkeit, damit andere es annehmen können. Die Oesterreicher sind jedoch so schlau, daß sie für alles, was sie tun, eine sehr gute marxistische Begründung finden. Das müssen wir noch von ihnen lernen. In der Schweiz, wo Weber wohnt, stimmen die radikalsten Genossen in Bern für das Budget. So wenig unsere Reichstagsfraktion durch die Annahme der Handelsverträge ihre prinzipielle Stellung zu den Zöllen aufgab, so wenig wir durch unsere Zustimmung zum Gemeindegesez unsere Stellung zum allgemeinen Wahlrecht. Die süddeutschen Kräfte stehen auf unserer Seite. Wenn Weber sagt, er würde die badischen Parteigenossen leicht umändern können, unterschätzt er die Urteilsfähigkeit der süddeutschen Genossen sehr.

Dr. Quard sagte, wir hätten nicht kräftig genug gegen das Klassenwahlrecht agitiert. Ich würde mich schämen, über den preußischen Wahlrechtskampf ein Urteil abzugeben, weil ich mir sage, die Preußen müssen das selbst machen. Wer uns Badenfesten da einen Vorwurf machen will, muß zuerst selbst den Befähigungsnachweis erbringen, daß er die richtige Taktik befolgt hat. Wenn Genosse Weimener von einer Spaltung sprach, und dabei an uns gedacht haben sollte, hat er sich an eine falsche Adresse gewandt. (Sehr richtig!) Der Antrag Jubel ist ja nun zurückgezogen. Was würden Sie zu einem bürgerlichen Gericht sagen, das in den Gerichtssaal mit einem fertigen Urteil hineinkommt. Sie wollen uns verurteilen, bevor Sie uns überhaupt gehört hatten. Sie können die Tafsache nicht aus der Welt schaffen, daß Sie mit der Zurücknahme dieses Antrages einen Rückzug antraten. Wir wollen keine Gnade, wir wollen unser Recht. Gaase sagte, er hätte von uns eine Erklärung erwartet. Die Erklärung war in dem Augenblick unmöglich, als hier der Antrag Jubel mit 208 Unterschriften eingebracht wurde. Heute aber sage ich Ihnen: Genossen, wir haben selbstverständlich das allergrößte Interesse daran, daß die Partei einig und geschlossen bleibt, und wir werden in jeder Richtung das unsere tun, um dafür zu sorgen, daß das geschieht. (Lebhafter Beifall.) Aber keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. (Hört! hört!) Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe und ich hoffe, daß die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr mit uns zusammenstehen werden gegen den gemeinsamen Feind.

## Reichsratsabg. Schrammel-Wien:

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, erkläre ich, daß wir in Oesterreich niemals für das Budget gestimmt haben und niemals für das Budget stimmen werden. (Beifall.)

Peus-Deffau: Weber hat alte Geschichten aus dem Jahre 1903 ausgegraben und mit Andeutungen gegen mich gearbeitet, so daß ich vollständig wehrlos bin. Meine Sünden können nicht so groß gewesen sein, denn der Parteivorstand schritt gegen mich nicht ein. Ich habe in meinem Wahlkreis niemals anders gesprochen, als ich in meinem Waite geschrieben habe. Dann hat Weber sich über meine Kandidatur ebenfalls geäußert. Wenn jemand sich in der Weise über eine offizielle Kandidatur abfällig äußert, bedeutet das einen Disziplinbruch. (Sehr richtig!) Wenn Weber glaubt, sich das leisten zu können, wird dadurch der Disziplinbruch nicht geringer. Ich bin überzeugt, daß die Wähler meines Wahlkreises mir wie seit 20 Jahren auch weiter ihr Vertrauen schenken werden.

Gaase-Königsberg: Wir haben unseren Antrag auf Witten Webers zurückgezogen. Er sollte keine juristische Verurteilung sein, sondern lediglich eine moralische Verurteilung. (Sehr richtig!) Wir schließen auch nicht aus, sondern Ihr könnt Euch dann selbst nicht mehr als Parteigenossen ansehen. Ich meine überhaupt, daß wir in unseren Reihen Mitglieder haben, die alles andere sind, als Sozialisten. (Stürmischer Beifall.) Wenn Franz von einem Rückzug sprach, so überließ er, daß Weber sagte, wenn die Genossen sich noch einmal widersetzen, sind die Vorschriften für das Ausschlußverfahren gegeben.

Dr. Frank-Mannheim: Es genügt mir, daß die Antragsteller die moralische Verurteilung nicht aufrechterhalten können.

## Hierauf wurde zur

### Abstimmung

geschritten. Die Abstimmung sowohl über den Antrag des Parteivorstandes wie über den Antrag auf Einsetzung einer Kommission ist eine namentliche. Vorher war von den Radikalen eine längere Pause verlangt worden, während deren sie sich zu einer Beratung zurückzogen. Erst um halb neun Uhr abends wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Vors. Dieß teilt mit, daß ein neuer Antrag Jubel eingebracht worden ist mit folgendem Wortlaut:

„Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort, daß er sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu dem Beschluß des Parteitages vorbehalten müsse, beantragen wir, folgenden Satz der Erklärung, die Genosse Weber im Auftrage des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben: Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung der Resolution vorkommt, alsdann die Vorschriften des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatutes gegeben sind.“

Vors. Dieß: Die Debatte war bereits geschlossen. Es war bisher nicht Sitte, daß in der Abstimmung selbst noch neue Anträge gestellt wurden. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Nachdem das aber geschehen ist, bin ich der Ansicht, daß wir die Diskussion über diesen Antrag noch einmal eröffnen müssen. (Allseitige Zustimmung.)

Es wurde nun zur namentlichen Abstimmung über den Teil der Resolution des Parteivorstandes geschritten, der die Beschlüsse von Dresden, Lübeck und Nürnberg bestätigte. Er gelangte mit 266 gegen 106 Stimmen zur Annahme.

Der Disziplinbruch wurde verurteilt mit 301 gegen 71 Stimmen. In der Gesamtabstimmung gelangte die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission mit 289 gegen 80 Stimmen zur Annahme.

Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit stürmischen Beifallsstürmen und Genossen der Mehrheit aufgenommen. Mit derselben Mehrheit wird der Antrag, eine Studienkommission einzusetzen, unter lebhaftem Beifall abgelehnt.

Vors. Dieß schlug nunmehr vor, die Sitzung zu beenden. Er wies darauf hin, daß die heutige Tagung sehr anstrengend gewesen sei und alte Herren wie Weber bereits den Saal verlassen hätten.

Gummel-Mühlhausen beantragte, dennoch erst über den neuen Antrag Jubel abzustimmen.

Vors. Dieß ersucht noch einmal, jetzt davon Abstand zu nehmen und ihm die weitere Erledigung dieses Antrages zu überlassen. Gaase-Königsberg hielt trotzdem die sofortige Verhandlung über den Antrag Jubel für notwendig.

Die Mehrheit des Parteitages beschloß die sofortige Verhandlung.

Darauf erklärte Dr. Frank-Mannheim: Wir werden uns an der Verhandlung über diesen Antrag nicht beteiligen.

Die Minderheit verläßt den Saal.

**Dr. med. Wehner**  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, praktiziert nach längerer Ausbildung, unter andern als Assistent von Herrn Dr. Ledermann, Berlin S.  
Kottbuser Damm 68, I.  
Sprechzeit täglich 12-2, 3-4, sowie Montag, Mittwoch, Freitag 6-8 abends. 292/18

**Berliner Uik-Trio.**  
Felix Scheuer Strausendorferstr. 1

**Möbel**  
Histor auf Teilzahlung bequeme Anzahlung in bakanter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)  
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

**Möbel-Lechner**  
am Rosenthaler Tor Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor  
Wohnungseinrichtungen auf Kredit  
- Riesen-Auswahl -  
1 Stube und Küche v. M. 200.- an, Anzahlung v. M. 15.- an  
2 Stube und Küche v. M. 225.- an, Anzahlung v. M. 40.- an  
Mod. Schlafzimmer v. M. 350.- an, Anzahlung v. M. 30.- an  
Mod. Herrenzimmer v. M. 500.- an, Anzahlung v. M. 45.- an  
Mod. Speisezimmer v. M. 550.- an, Anzahlung v. M. 50.- an  
Rante Küchen, großes Lager.  
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an. Wochenraten nach Uebereinkunft. - Lieferung auch nach auswärts. Vorzueger dies. Inverrats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
Sonntags geöffnet v. 8-10 u. 12-2 Uhr.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Freund und Berater, der **Emil Hinz** im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Er war uns stets ein liebes Mitglied der Familie.

**Emil Hinz**, Mitglied der Familie.

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**

**Emil Hinz** Straßauer Viertel, (Bezirk 349, Teil II.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Emil Hinz** am 20. d. Mts. an Darmleiden gestorben ist.

**Emil Hinz**, Straßauer Str. 17

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der **Emil Hinz** im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Wir verlieren in ihm einen guten Freund und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

**Emil Hinz**, Mitglied der Familie.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

**Emil Hinz** Todes-Anzeige.

Am 19. September verstarb unser Mitglied, der **Emil Hinz**.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. September, nachmittags 5 Uhr, auf dem Nazareth-Kirchhof, Reinickendorf, Hagenstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der **August Vollrodt** am 20. September nach schwerem, aber kurzem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Um stille Beileid bitte! (10206)

Witwe **A. Vollrodt** nebst Kindern.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

**August Vollrodt** Todes-Anzeige.

Am 20. Septbr. verstarb unser Mitglied, der **August Vollrodt**.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**

**August Vollrodt** Todes-Anzeige.

Am 20. September an Nierenleiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**

Für die herzliche Teilnahme und die Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen meinen herzlichsten Dank.

**Ww. Louise Meinhardt** nebst Kindern.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

**Hermann Urban** Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Hermann Urban** am 19. September im Alter von 53 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 22. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönholzer Kirchhofes aus statt.

Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Karl Tiede** Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Tiede** am 20. d. Mts. an Darmleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzower Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.**

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben **Fritz Unglaube** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Personal der städtischen Gastwerke, zu Tegel, desgleichen auch dem Sozialdemokratischen Wahlverein und dem Deutschen Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.

Die Herrravende Schwester **Liesbeth Unglaube**.

Berlin, den 20. September 1910.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede.**

**Elise Oswald** Todes-Anzeige.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes aus statt.

Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**

Für die überaus herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Gatten **Karl Wuttig** spreche ich hierdurch Bekannten, Freunden und Verwandten sowie den Kollegen der Firma Duplex meinen herzlichsten Dank aus.

**Frau Clara Wuttig.**

**Dankfagung.**

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Dahnscheiden meiner Frau **Anna Mertens** sage ich allen, besonders den Genossen des 33. Bezirks des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises meinen tiefgefühltesten Dank.

**Albert Mertens.**

**Gartenstadt Hohen-Neuendorf**

Wald (Nordbahn), Wasser, billigstes, schönstes Gelände rund um Berlin. — Arzt, Gas-, Wasserleitung, Gemeinde- u. hoh. Schulen, Am Schützenhaus u. herrl. Hochwald-Landbaustellen. Qu.-R. 12 M. mit 10%, Anzahl. Tilgung des Restes in 10 jährl. Rat. Baugeld u. Hypotheken.

Sommer- u. Ferienhäuser 300 Mark an. [978] Illustr. Broschüre gratis!

**Wollenberg, Berlin, Neus Königstr. 71.** Fernspr. VII, 3038

**Zentralverband der Töpfer Deutschlands**

Filiale Berlin.

Am Freitag, den 23. September 1910, abends 6 1/2 Uhr:

**Außerordentliche General-Versammlung**

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über das neue Ortsstatut und die Geschäftsordnung.
2. Wahl eines dritten Beamten und eines Beisitzers.
3. Stellungnahme zur Fensterfrage.
4. Verschiedenes.

Die wichtige Tagesordnung erfordert, daß alle Kollegen erscheinen.

**Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.**

Anfang ganz präzise. Der Vorstand.

**Steppdecken Spezialhaus**

**Emil Lefèvre**

Berlin, Oranienstr. 158

Höchste Leistungsfähigkeit

durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.

Steppd. a 2,50, 4, 6 bis 250 M. Schlafdecken a 3, 4, 10 bis 50 „ Echt Kamelhaar a 10 bis 36 „

**Spezialkatalog** mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

**Hygienische**

Bedarfsartikel. Neues Katalog. In Empfang. viel. Acerte a Prof. grat. u. fr. H. Ungar, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstrasse 91/9

**Achtung! Achtung!**

Freitag, den 23. September, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14, Saal 7:

**Oeffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Ignaz Babel: Warum erkranken und erliegen Alkoholtrinkende häufiger als Abstinente?
2. Diskussion.

Kein Trinkzwang! Eintritt 10 Pfennig.

Zahlreicher Besuch, besonders von Krankenkasseninteressenten wird erwartet.

**J. A. Paul Kreuzel** Lichtenberg, Bürgerheimstraße 94.

**Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgenossen Deutschlands.**

Filiale Groß-Berlin.

Sonntag, 25. Sept., vorm. 9 1/2 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseest. 110:

**Kombinierte Versammlung** der Sektionen I, II, III.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom internationalen Kongreß, Berichtskasser **M. Knoll**.
2. Der Tarifbruch der Firma Hopp u. Voigt und die Stellungnahme der Behörde. Bericht und Diskussion.
3. Berichtsabrechnung nach den Beschlüssen des Kölner Verbandstages.
4. Wahlen zu den Tarifüberwachungskommissionen in den Innungsbezirken. (§ 14 des Tarifs).

Verbandskollegen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung. — Mit Verbandsgruß

**Der Vorstand.**

**Rollers Weltkurzschrift!**

Arbeiter! Parteigenossen!

In Nr. 220 des „Vorwärts“ bringt der Kreuzische Arbeiter-Stenographenbund einen völlig unbegründeten und unberechtigten Angriff gegen uns.

Seine Behauptung, daß der Rollersche „Pionier“ unsere Agitation ganz besonders für die gelben und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften empfohlen habe, ist eine Unwahrheit! Denn der angeführte Satz ist sinnlos aus dem Zusammenhang herausgerissen! Die betr. Worte sind in der Diskussion seitens eines Redners auf dem jüngsten Rollerschen Unter-Verbandstage für Brandenburg gefallen, jedoch sofort von den maßgebenden Persönlichkeiten, besonders auch von dem Hauptverbands-Vorsitzenden Herrn Dr. Braun und dem unterzeichneten Vorsitzenden des hiesigen Rollerschen Stenographenvereins „Pionier“ mit aller Schärfe in ihre Schranken zurückgewiesen worden!

Die Wissenschaft ist frei von Parteipolitik, und nur das Bessere ist für den Arbeiter gut genug! Es wäre absolut unerschöpflich, warum man dem besten Kurzschriftsystem, das überhaupt existiert, auf solche Weise Mißbrauch zu tun versucht, wenn nicht die Kreuzianer die Konkurrenz des Rollerschen Systems fürchten müßten! Jedenfalls hätten sie sich bei einem Angriffe gegen das selbe sachlich und wahrheitsgemäß an die Tatsachen halten müssen! Die Ausdrücke „Lügenhaft“ und „Verleumderei“ sollen daher auf ihre Urheber zurück! Wir halten es für unter unserer Würde, überhaupt darauf einzugehen!

Wer sich von den Vorwürfen der Rollerschen Weltkurzschrift vor dem minderwertigen Kreuzischen Stenogr.-Verein „Pionier“, Chausseest. 64 (Bockbrauerei), woselbst er auch über alle anderen hier nicht zu erörternden Punkte Auskunft bekommen kann.

Die **Neue Lehrkurse** beginnen dort am nächsten Montag abend 8 1/2 Uhr. Der ersten Stunde kann jeder unentgeltlich beiwohnen.

Mit parteigenösslichem Gruß:

Der Vorsitzende **Richard Wolf**, Pankow, Nordbahnstr. 2.

**Cigarren-Händlern**

bequemsten Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigste angeschaltete

**Tabak-, Cigarren- u. Cigaretten-Engroslager**

**Carl Röcker, Berlin O. 27,**

Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3861).

Offerierte folg. Marken: Original-Fabrikpreis von 100 St. an einer Sorte: Berliner Marken: Garbalt, Herbst, Joletti, Manoli, Problem, Phänomen, Kapitän, Carmen Spica, Graf von Königsmark, Frob, Dresdener Marken: Salem, Alkum, Luma, Dolero, Zenith, Neumon, Kaiser.

Ferner: Egyptian Comp., österreichische und ungarische Regie-Tabake usw.

Generalvertrieb für Deutschland der dänischen Kapitan-Tabake, Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Knutabak-Fabriken G. A. Hanswacker und Grimm & Triebel in Nordhausen; Brdr. Braun in Kopenhagen, Joh. Dannehl, Ralsdorf, sowie J. Goldfarbe Schnupftabak, St. Stargard.

Bei Neueinrichtungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes

**Cigarren-Engroslager** zu beschaffen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen.

**H. Weltmann Nachf. Stefan Esders**

Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42, Ecke Spandauer Str. 70-71

**Größtes Bekleidungs-Spezialhaus**

**Herren-Paletots**

vorrätig in 28 verschiedenen Größen

19. 24. 30. 37. 45. 52. M.

haltbarste Stoffe, vorzügl. Passform

**Damen-Paletots**

vorrätig in 16 verschiedenen Größen

10.50 14.50 19. 26. 32. 37. M.

neueste Modelle, prima Verarbeitung

Der neue Katalog wird auf Wunsch postfrei übersandt

Besichtigung meiner Lager ohne Kaufzwang erbeten.

**Tilsiter Pferdlotterie**

**3. Oktober**

ZIEHUNG

Los 1 M., 11 Lose 10 M. (Porto und Liste 30 Pf.) durch das Los-General-Debit Eduard Pawlowki in Tilsit sowie alle durch Plakate kenntl. Verkaufsstellen.

**Gewinn-43300 M.**

**Chauffeur-Ausbildung**

gründlich, verschied. Systeme. Stufen-nachweis kostenlos. Prospekt frei. Tages-, Abendkurse. Autotechnikum Berlin, Charlottenburg, Friedrichstraße 27.

**CHARLOTTENBURG**

Uhren und Goldwaren

F. Stabenow, Berlinerstr. 146

### Der englische Gewerkschaftskongress.

(Schluß.)  
Sheffield, 18. September. (Fig. Ltz.)

In den letzten Sitzungen des Kongresses wurden, wie nicht anders zu erwarten, eine sehr große Anzahl Resolutionen von wechselnder Bedeutung ohne viel Rederei verabschiedet. Die zwingende Notwendigkeit, die Tagesordnung vor Schluß des Kongresses zu erledigen, erlegte auch dem eigenförmigsten Redner Schranken auf. Ein großer Teil dieser Resolutionen bezog sich auf den Arbeiterschutz, namentlich in Kohlengruben, eine Resolution, die Unternehmern verbietet will, Streikbrecher zu beherbergen, Resolutionen über Wahlreform, über das Halbschichtensystem (Kinder, die den halben Tag in der Fabrik arbeiten und den halben Tag in der Schule sitzen), eine Resolution zur Verhinderung der betrügerischen Bezeichnung des Ursprungsorts von Waren (von Sheffielder Messerschmieden eingebracht), eine Resolution, die die Schaffung eines gemeinsamen Fonds zur Führung von Gerichtsprozessen zum Schutze der Rechte der Gewerkschaften verlangt, eine Resolution, die das parlamentarische Komitee auffordert, den ersten Mai gleich den Arbeiterparteien anderer Länder zu begehen, und zwar „durch Arbeitsruhe, wo dies ohne Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse möglich ist“. Alle diese Resolutionen wurden nach kurzen Debatten entweder einstimmig oder mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Zu einer längeren und außerordentlich lebhaften und interessanten Debatte kam es jedoch bei der Resolution über Schul- und Erziehungspolitik. Genosse Bill Thorne (Gasarbeiter) begründete eine umfangreiche und sehr umfassende Resolution, deren Fassung eine sehr sachkundige Hand verrät. Die Resolution fordert den staatlichen Unterhalt der Schulkinder, wissenschaftliche, körperliche Erziehung aller Schulkinder unter Leitung ärztlicher Institute, höhere und technische Erziehung für alle Schulkinder bis zum 16. Lebensjahre. Die Resolution fordert endlich die sofortige Ernennung einer königlichen Kommission über den Ursprung, Wert und die Verwaltung der Universitätsstiftungen, sowie über die ganze Frage des Universitätsunterrichts und die Möglichkeit ihrer öffentlichen Kontrolle durch das Volk. Thorne führte aus, daß diese Universitätsstiftungen, die einen Wert von vielen Millionen darstellen, ursprünglich für die Kinder der Armen bestimmt waren, um ihnen den Universitätsunterricht zu ermöglichen, aber sie sind den Armen gestohlen worden und werden jetzt zum Unterhalt der Söhne der Reichen benutzt. Die Regierung habe bis jetzt die Einziehung der geforderten Kommission verweigert, weil einflußreiche Kreise vor den Enthüllungen zittern, die sie aus Licht bringen würde. Die Resolution wurde angenommen.

Heftiger gestaltete sich die Debatte bei der Frage über die Weltlichkeit der Schule, eine Forderung, die seit jeher im Erziehungsprogramm des Trade-Union-Kongresses enthalten ist. Seit einigen Jahren ist in gewissen gewerkschaftlichen Kreisen immer eindringlicher die Forderung laut geworden, diesen Punkt aus dem Programm auszuschalten. Namentlich diejenigen Gewerkschaftsführer, die dem katholischen Glauben anhängen (sie sind fast ausnahmslos irischer Abkunft), haben sich immer heftiger gegen die alte Forderung der Gewerkschaften, den Religionsunterricht gänzlich aus den Volksschulen auszuschalten, gewandt. Von gut unterrichteter Seite wird behauptet, daß seit einiger Zeit gewisse liberale Organisationen eine unterirdische, aber überaus rührige Agitation betreiben, um innerhalb gewisser Gewerkschaften Anhänger für die Beibehaltung des Religionsunterrichts zu gewinnen. Leider ist diese Agitation auch bisher schon nicht ganz erfolglos geblieben. Der Abgeordnete Genosse O'Grady, ein in anderen Fragen sehr trefflicher Genosse, brachte eine Resolution ein, die eine Abstimmung über die Frage fordert, ob die Forderung der Weltlichkeit der Schule beibehalten werden solle. Der liberale Doder Sexton, wie O'Grady katholisch und Ir, unterstützte die Resolution. Sie begründeten sie mit dem eigenartigen Argument, daß die Forderung der Weltlichkeit der Schule einen Apfel des Zwispalts in die Arbeiterbewegung werfe, während heute schon viele bürgerliche Politiker zugeben müssen, daß gerade diese Forderung das einzige Mittel ist, dem unerträglichen Selbsthass in allen Erziehungsfragen ein Ende zu bereiten. Die Resolution wurde mit knapper Mehrheit, nämlich mit 725 000 gegen 666 000 Stimmen abgelehnt. Die Alerikalen werden dies als einen großen Erfolg begrüßen, leider nicht ohne eine gewisse Berechtigung. Die knappe Mehrheit ist dadurch erzielt worden, daß sich die Bergarbeiter, die ein Drittel aller am Kongress vertretenen Stimmen darstellen, sich der Abstimmung enthielten. Die Bergarbeiter vertreten diejenige Organisation, in der die Alerikalen besonders rührig gewirkt haben. Der Erfolg ist, daß die Bergarbeiter jetzt zum erstenmal nicht die Forderung der Weltlichkeit der Schule unterstützt haben.

Die alte Forderung der Gewerkschaftsbewegung wurde hierauf in einer Resolution erhoben, die ein nationales System der Erziehung unter völliger volkstümlicher Kontrolle, frei und weltlich von der Volksschule bis zur Universität, fordert. Nachdem die Resolution begründet und unterstützt wurde, wandten sich die Katholiken dagegen. O'Grady brachte dabei einen Eifer auf, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Das wichtigste Argument, das er vorbrachte, war dies, daß der einfache Bibelunterricht in den Augen der Katholiken ebenso anstößig sei, wie irgend ein ausgesprochen protestantischer Religionsunterricht, und wohl niemand werde öffentlich zu erklären wagen, daß er überhaupt jeden Bibelunterricht aus der Volksschule ausschalten wolle. Worauf ihm Bill Thorne ruhig entgegnete, daß er selbstverständlich gegen jeden, noch so einfachen Bibelunterricht in der Schule sei. Wenn die Eltern oder die Kirchen das tun wollten, dann mögen sie es außerhalb der Schule und außerhalb der Unterrichtsstunden tun. Diese Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit, mit 827 000 gegen 81 000 Stimmen angenommen. Die Bergarbeiter enthielten sich auch diesmal der Abstimmung.

Es wurden noch einige Resolutionen, so über die Arbeitsverhältnisse in Kaufhäusern, im Postbetriebe usw. erledigt und der Kongress nach den kurzen Schlußreden unter Abkündigung des englischen „Auld Lang Syne“, wobei die Delegierten nach alter Sitte die Hände fettenmäßig umschlangen, geschlossen. Der nächstjährige Kongress findet in Newcastle-on-Tyne statt.

### Aus Industrie und Handel.

#### Aus der chemischen Industrie.

Die Kurse der Aktienunternehmungen in der chemischen Industrie folgen zurzeit wieder einer Aufwärtsbewegung, die den Kurssteigerungen des werbenden Kapitals aller anderen Industriezweige weit vorausliegt. Verfolgt man die Entwicklung des Durchschnittskurses des in der chemischen Industrie werbenden Aktienkapitals, so ergibt sich folgende Bewertung in Prozent des Nominalkapitals:

III. Febr. 09.	III. Febr. 10.	III. Juli 10.	19. Sept. 10.
284,62	324,74	346,31	358,56

Demnach ist seit Ultimo Februar 1909 bis zum heutigen Stande eine durchschnittliche Höherbewertung um 73,94 und seit Ultimo Februar des laufenden Jahres eine Kurssteigerung um 33,82 Proz. des Nominalkapitals erfolgt, von der 12,25 Proz. auf die Hausbewegung seit Ultimo Juli dieses Jahres entfallen. Allerdings hat die Gesamtlage des Industriezweiges auch im laufenden Jahre eine weitergehende Besserung erfahren. Der Andrang Arbeitssuchender auf 100 offene Stellen ging in der chemischen Industrie von Januar auf Februar dieses Jahres von 155,47 auf 121,52 zurück und im Juli stellte er sich auf 104,17, während er im gleichen Monat des Vorjahres noch 141,74 betragen hatte. Ungefähr übereinstimmend mit dem Andrang Arbeitssuchender auf 100 offene Stellen weist die Berichterstattung von 92 Großbetrieben der chemischen Industrie, die annähernd 40 000 Personen beschäftigen, im Monat Februar ebenfalls eine Entlastung des Arbeitsmarktes auf, indem in diesen Betrieben im Laufe des Februars 1288 Personen zur Einstellung gelangten. Die Warenmengen an chemischen Erzeugnissen, die zur Befriedigung der Nachfrage des Auslandes am Weltmarkte Absatz fanden, weisen im laufenden Jahre eine ganz gewaltige Steigerung auf. Wegen der Wert der Ausfuhr chemischer Erzeugnisse unserem Vergleiche mit dem Vorjahre zugrunde, so ergibt sich für die Gesamtheit des in den ersten acht Monaten erfolgten Auslandsabzuges eine Steigerung von 365,60 auf 451,57 Millionen Mark. Die Wertsteigerung der Ausfuhr chemischer Erzeugnisse weist somit die erhebliche Steigerung von 65,98 Millionen Mark oder 17,1 Proz. auf.

Im laufenden Jahre veröffentlichten in den ersten acht Monaten insgesamt 102 Aktienunternehmungen ihre Rechnungsergebnisse, die mit dem Vorjahre einwandfrei vergleichbar sind. Im Vergleich der beiden letzten Geschäftsjahre stellte sich das finanzielle Ergebnis für das werbende Unternehmungskapital, nämlich die zur Befriedigung der Aktionäre zur Verfügung gestellte Dividendensumme, in Millionen Mark, wie folgt:

	Aktienkapital	Dividendensumme	Durchschnittsdividende in Proz.
1908/09	366 901	51 816	14,1
1909/10	390 925	61 404	15,7

Demnach hat sich die durchschnittlich an die Aktionäre zur Ausschüttung gelangte Dividende um 1,6 von 14,1 auf 15,7 Proz. des Nominalkapitals auf Grund des gesteigerten finanziellen Ergebnisses vermehrt.

#### Die westfälische Zigarren-Industrie.

Die Verhältnisse in der westfälischen Zigarren-Industrie, die fast ausschließlich in dem Gebiet des Hauptzollamts Minden ihren Sitz hat, sind zu erkennen aus den uns jetzt vorliegenden Zahlen der Unterstützungssummen, die aus dem vom Reichstage bewilligten Fonds an die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter gezahlt worden sind. Von den 4 1/2 Millionen Mark sind im Verlauf des Jahres seit der Steuererhöhung bis 1. September dieses Jahres nicht weniger als 2 218 573 Mark in den sieben Kreisen des Hauptzollamts Minden zur Auszahlung gekommen. Allein 1 715 573 M. entfielen davon auf den Kreis Herford. Dann folgt der Kreis Lübbecke mit 286 626 M., der Kreis Minden mit 168 229 M., Halle mit 18 519 M., Bielefeld mit 14 160 M., Bielefeld mit 13 198 M. und Grafschaft Schaumburg mit 2567 M.

Während bis Juli 1909 noch die Nachsteuerung drohte, hielten die Händler die Aufträge zurück und bei den Fabrikanten sammelten sich große Lagerbestände an. Diese wurden schnell geräumt, als Ende Juli feststand, daß von der Nachsteuerung abgesehen wurde. Die meisten Händler versorgten sich aus den mit der Steuererhöhung noch nicht belasteten Vorräten bis auf ein Jahr und länger. Als die Fabrikanten bis etwa Oktober ihre Lager wieder ergänzt hatten, folgten die großen Arbeiterentlassungen, und nun blieben mit Ausnahme der Monate Dezember bis Februar die Unterstellungen auf ziemlich gleicher Höhe bis Juli dieses Jahres. In den drei Wintermonaten wurden die durch das Weihnachtsgeschäft vom Lager genommenen Sorten wieder ergänzt, teilweise auch nur deshalb stärker auf Lager gearbeitet, um die Arbeiter gerade in der Zeit zu beschäftigen, in der sie in ihrem kleinen landwirtschaftlichen Nebenbetriebe doch keine Beschäftigung hatten. Die unvermeidlichen Betriebsstörungen wurden aus diesem Grunde meist auf die Frühjahrsmonate verschoben. Daher stiegen von März ab die Unterstützungssummen wieder auf durchschnittlich rund eine Viertelmillion Mark monatlich. — Es hat zweifellos ein ganz erheblicher Rückgang des Zigarrenverbrauchs überhaupt stattgefunden, daneben eine Veränderung des Tabakverbrauchs durch Uebergang zu Pfeife und auch zur Zigarette. Ferner suchen die Händler für die früheren billigen Preislagen jetzt Ersatz bei der ausländischen Zigarrenindustrie, die weniger von dem teuren ausländischen Tabak verarbeitet.

Die seit August dieses Jahres merkliche Besserung ist zum großen Teil bereits auf das Konto des Weihnachtsgeschäfts zu setzen. Da die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter nun überhaupt aufhört, ohne daß eine dauernde Besserung der Arbeitsgelegenheit vorläufig zu erwarten ist, sind die Ausfuhr der westfälischen Zigarrenarbeiter derzeit recht sorgenvoll.

Export von deutschem Zuchtvieh nach Chile. In Hochkreisen viel bemerkt wurde der in letzter Zeit bemerkte Verkauf oberbayerischen Zuchtviehs. Es handelt sich besonders um Stiere und Kühe von dem prächtigen Binsgauer Schlag. Angesichts der gewaltigen Fleischausfuhr aus Argentinien, deren Ausdehnung auf Osteuropa bereits beschlossen, für Deutschland nur eine Frage der Zeit sein kann, scheinen diese Viehanläufe der chilenischen Regierung darauf gerichtet zu sein, die Fleischproduktion Chiles ebenfalls dem europäischen Bedarf anzupassen.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr genügend, Geschäft sehr ruhig, Preise wenig verändert.

#### Witterungsbericht vom 21. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometere-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.
Strombe	761,8	SW	5	wolfig	13	Laparanda	761,8	—	—	2 wolkenlos	—
Damburg	766,8	NO	3	bedeckt	7	Petersburg	756,8	—	—	2 Regen	4
Berlin	763,8	—	2	wolfig	8	Stettin	772,8	—	—	2 heiter	9
Frankfurt a. M.	765,8	—	1	wolfig	9	Dresden	772,8	—	—	1 bedeckt	10
München	765,8	—	4	bedeckt	7	Wars	—	—	—	—	—
Wien	760,8	—	4	Regen	11						

Wetterprognose für Donnerstag, den 22. September 1910. Etwas wärmer, gelinde aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und stellenweise lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

# Optal-Gläser

## Augen-Untersuchung

In meinen 11 Geschäften wird die Untersuchung kostenlos mit großer Sorgfalt in eigens dazu eingerichteten Räumen vorgenommen.

Ich garantiere für passende Gläser. Die Tüchtigkeit meines geschulten Personals schließt Fehler so gut wie sicher aus. Wenn Sie aber einen Augenarzt wünschen, so bitte ich um Ihren Besuch während der Stunden, in denen die Herren Augenärzte in meinen Geschäften anwesend sind.

## Meine Garantie

Jeder von mir bezogene Artikel, der den Anforderungen des Käufers nicht voll entspricht, wird anstandslos umgetauscht oder der volle Betrag wird dafür zurückerstattet, wenn es nicht möglich sein sollte, Sie in meinen Geschäften zufrieden zu stellen. Ich führe keinen Artikel nur deswegen, weil er billig ist, sondern nur solche Ware wird in meinen Geschäften verkauft, die gleichzeitig durch gute Qualität eine Empfehlung für mich bildet.

## 11 Spezial-Geschäfte

- Oranien-Str. 44
- Link-Str. 1
- Am Alexander Platz
- Friedrich-Str. 190
- Turm-Str. 47
- Chaussee-Str. 72
- Brunnen-Str. 12
- Karl-Str. 8
- Taentzien-Str. 19
- Wilmsdorfer Str. 48
- Wall-Str. 9

Interims-Hauptgeschäft, Kontor u. Versand-Abteilung

## Kostenlose ärztliche Augengläser-Verordnung

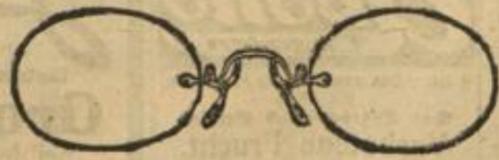
- Oranien-Straße 44, von 10 1/2—12
- Am Alexander Platz, von 5—7
- Brunnen-Straße 12, von 1 1/2—4 1/2
- Link-Str. 1, von 11—1 u. 5 1/2—7

Optiker Ruhnkes „Finger-Pincenez“

mit Optal-Gläsern

- Prima Hartnickel M. 5.—
- Gold-Double M. 8.50
- Spezial-Gold-Double M. 10.—

- Spezial-Gold-Double mit Randfassung M. 10.—
- 10 karätiges Gold M. 19.—
- 14 karätiges Gold M. 22.—



# Optiker Ruhnke



# Suppenfleisch spart, wer



# MAGGI'S Suppen

mit dem Kreuzstern

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen!

verwendet. Nur mit Wasser wenige Minuten zu kochen. Mehr als 30 Sorten. — Ein Würfel zu 10 Gg. gibt 2—3 Teller. Ebenso gehaltvoll und kräftig schmeckend wie die besten hausgemachten Fleischbrühsuppen.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“

# Theater und Vergnügungen

**Donnerstag, 22. September,**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Künigl. Opern-Theater.**  
Lobengrin. (Anfang 7 Uhr.)  
**Künigl. Schauspielhaus.** Nollböe und die Seinen. Lustspiele.  
**Deutsches.** Der Widerspenstigen Zähmung.  
Kammerstücke. Frühlingserwachen. Anfang 8 Uhr.  
**Sessing.** Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.

**Romische Oper.** Der Arzt wider Willen.  
**Berliner.** Russentänzer.  
**Neues.** Die goldene Kette.  
**Neues Schauspielhaus.** Lustspiele.  
Herr v. Bourcemignac.  
**Residenz.** Noblesse oblige.  
**Kleines.** Die verführten Frauenzimmer. 1. Klasse.  
**Thalia.** Polnische Waise.  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.)  
Kabale und Liebe.  
**Schiller.** Charlottenburg. Robert und Bertram.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Nellen. Niobe.  
**Berliner Volksober.** Undine. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Süssen.** Im Spätkommer.  
**Westen.** Die schönste Frau.  
**Moderne.** Der Wert des Lebens.  
**Trionon.** Der Herr Witwen.  
**Neues Operetten.** Der Graf von Luxemburg.  
**Südpol-Theater.** Der Feldherrnhügel.  
**Herrfeld.** Wenn zwei das selbe tun. Das starke Stück.  
**Hofe.** Die neue Partie.  
**Hofes Caprice.** Der schwarze Schimmel. — Das alte Ghetto. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Metropol.** Gura — Wir leben noch!

**Kaffee.** Der schnelle Rudolf.  
**Wolke.** Spezialitäten.  
**Wassage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Karl Haverland.** Spezialitäten.  
**Prater.** Der Bettehändler von Berlin.  
**Schweizer-Garten.** Spezialitäten.  
**Urania.** Tausendfacher Anfang.  
Abends 8 Uhr: Weltausstellung in Brüssel.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57—62.

**Lessing-Theater.**  
Donnerst. 8 U.: Einsame Menschen.  
Freitag 8 Uhr: Das Konzert.  
Sonntag 8 U.: Einsame Menschen.  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: Gastspiel Hans Niese: Das Musikantenmüdel.  
**Neues Theater.**  
Donnerstag und Freitag:  
Die goldene Ritterzeit.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 2. 1. Rolle: Das Alter.  
**Moderne Theater**  
(früher Hebboltheater).  
Heute u. täglich: Die Wespe.  
**Berliner Volksoper**  
Welle-Alliance-Strasse 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr: Undine.  
**Theater des Westens.**  
Anfang 8 Uhr.  
Die schönste Frau.  
Somit. 3/4 Uhr: Ein Walzertraum.  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Operette in 3 Akten von H. R. Blüner u. H. Bodanitz. Musik v. Franz Lehár.  
**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Noblesse oblige.  
Schwan in 3 Akten von Hennequin und Heber.  
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
Noblesse oblige.  
**Luisen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Im Spätkommer.**  
Lustspiel in 3 Akten von F. Langen.  
Freitag: Durchgehene Weiber.  
Sonntag: Die schöne Ungarin.  
Sonntag 3 Uhr: Im Spätkommer.  
8 Uhr: Durchgehene Weiber.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, 22. Sept., abends 8 Uhr:  
Somit. in 3 Akten v. Delcay.  
deutsch von Ludwig Xenia.  
zum Schwan in 3 Akten  
Schluß: v. D. Blumenthal.  
Freitag: Kauf.  
**Lustspielhaus.**  
Heute abends 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Zum ersten Male:  
**Die gute Partie.**  
Lustspiel in 3 Akten von H. Haupt.  
Anfang 8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.  
Freitag: Orfello.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Die Weltausstellung in Brüssel.**

**ZOO-LOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.  
**Ausstellungshallen am Zoo**  
Riesen-Kinematograph.  
6—11 Uhr.  
Rauchen überall gestattet  
**Passage-Panoptikum.**  
Bodhas dunkles Geheimnis.  
Der Mann mit dem eisernen Schlund!  
Von 4—7 Uhr  
**Vitaskop-Theater**  
**Aquanoptikum**  
Experiment aus der 4. Dimension  
Alles ohne Extra-Entree!

**Passage-Theater.**  
Das Eröffnungs-Programm der  
**Winter-Saison!**  
Abends 8 Uhr:  
**Claire Waldoff**  
mit ihren neuen Schlagern  
von Walter Kollo.  
**Collins 10 englisch-Backfische.**  
Polmey u. May, unerreichten.  
**George Barrington**  
und 12 Starsummern.  
**Trionon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Pariser Witwen.**  
**Metropol-Theater.**  
**Kurra!!!**  
**Wir leben noch!!!**  
Große Kundstättungs-Krone in 7 Bildern  
v. H. Freund. Musik v. B. Holländer.  
Im Szene geleitet von Dir. H. Schulz.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen gestattet.

**WINTER-GARTEN**  
**Rajah**  
die unvergleichl. ägyptische Tänzerin  
sowie das von Publikum  
und Presse  
glänzend beurteilte  
**Eröffnungs-Programm!**  
Der Gipfel der  
Illustren Varieté-Kunst!  
**Apollo Theater**  
8 Uhr: Das sensationelle Programm.  
9 1/2 Uhr:  
Das Tagesgespräch Berlin  
Verbotene Frucht.  
Anno Vará, Ludwig Mertens a. G.  
Ferner: 4 Sisters Amalia.  
Gisela Schneider - Nissen.  
Das verrückte Hotel usw.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluß, neu:  
„Im Mausloch“.  
Witt. Humor. v. Reysel.  
Anfang  
mehrwöchig  
8 Uhr  
Sonntag  
7 Uhr.  
**Casino-Theater**  
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Die urkomische Follie  
**Der Schneidige Rudolf.**  
Rudolf Pampmann: Dir. v. Berg.  
Berber das glänzende bunte Progr.  
Für Attraktionen ersten Ranges.  
Somit. 9 1/2 Uhr: Der Hochmutsteufel.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten  
von Friedr. Schiller. Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Pöffe mit Gesang in 4 Akten  
von Gustav Kober. Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Die Kreuzschreiber.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzschreiber.**

**Achtung! Klempner! Achtung!**  
Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.  
Sonntag, den 24. September 1910  
in  
**A. Freyers Festsälen, Koppenstr. 29**  
**Großer Operetten- und Lieder-Abend**  
Ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester (Direktor: Maximilian Fischer) unter Mitwirkung von Mitgliedern des Neuen Operetten-Theaters.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Billetts 50 Pf.  
Programme am Eingang gratis.  
Nach dem Konzert: **Ball.**  
Um recht rege Beteiligung ersucht  
**Die Branchenkommission.**

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich Doppel-Konzert.  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., v. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntag 50 Pf. Dauert. 6 St.  
**Herrfeld Theater**  
Nur noch bis Freitag:  
Wenn zwei dasselbe tun,  
Das starke Stück  
mit Anton und Donat Herrfeld.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.  
Sonntag, 21. September:  
Doppel-Premiere  
der Novitäten  
**Eine verlorene Nacht.**  
Ein lustiger Trauerspiel in 5 Akten  
von Anton und Donat Herrfeld.  
**Der Derby-Sieger.**  
Sportkomödie von August Weidhardt.  
Premieren-Billetts ab heute.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
**Franz Sobanski.**  
Elsa Para, Walter Klär, Geismüller  
Herrmann, Mstr. Adolph, Geismüller  
Aletta, Jongleure.  
Um 9 Uhr das Lustspiel:  
**Im Herbstmanöver**

**Walhalla-Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die großen  
September-Spezialitäten.  
**Voigt-Theater**  
Gejandbrunnen Badstr. 58.  
Donnerstag, den 22. September:  
**Das Opferlamm.**  
Schwan in 3 Aufzügen von César  
Walther und Leo Stein.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Zirkus Busch.**  
Donnerstag, den 22. September,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Großer Gala-Abend**  
Herr Direktor E. Orlando,  
Freiheitsdrosseln.  
Diebar. Reiterkapell. Frediani.  
Herr Alfred Ott, Schulreiter.  
Fußballspielende Hunde von  
Hons. Velaache.  
Urkom. Clowns 3 Gber. Fratellinis.  
**Banola-Truppe!**  
9 1/2 Uhr. zum 6. Male:  
„VENEZIA“ (Marino  
Fallori).  
Original-Manegeschaustück.

**Luna-Park**  
TERRASSEN  
HALENSEE  
Größter Vergnügungspark  
des Kontinents.  
Heute Donnerstag:  
Eintrittspreis 50 Pf. Kinder bis zu 12 Jahren frei!  
**Großes Kinderfest**  
bei festlicher Dekoration des Parkes.  
Jedes Kind erhält in der Zeit von 3 bis 7 Uhr nachmittags  
ein Billetts für eine Attraktion gratis.  
Um 8 Uhr abends:  
**Große Kinder-Polonäse**  
mit Fackelzug, bei welcher jedes Kind ein Andenken erhält.  
**Bengalische Beleuchtung. Illumination.**  
Sonntag, den 24. September:  
**Populärer Elite-Abend.**  
Eintrittspreis 50 Pf.

**Burgtheater-Kinematograph**  
norm. Groterjan, Zubeh.: Rud. Herz,  
Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 9353.  
**Lebende Photographien.**  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 U., Sonn. 4 U. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wech. Programm.  
Dienstag u. Freitag v. 4—6 1/2 Uhr  
Kindervorstellung. Kinder 10 Pf.,  
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag  
im Oberlauf: Rinkierkonzert.  
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
Am Sonntag, den 25. September 1910, im großen Saal des  
Gewerkschaftshauses, Engel-Str. 15:  
**Lichtbilder-Vortrag des Herrn Felix Linke**  
über:  
**Weltbildung und Weltuntergang**  
(mit circa 50 Lichtbildern).  
Anfang 7 Uhr. Eintritt 40 Pf. Garderobe frei.  
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

**Freie Volksbühne**  
Heft 1-5 der Monatschrift Freie Volksbühne  
(Jahrgang 1910/11) kann von allen Mitgliedern aus ihrer  
Zahlstelle abgeholt werden. 241/17  
**Thalia-Theater**  
**Kampf.**  
**Neues Schauspielhaus**  
**Ueber unsere Kraft.**  
**Herrfeld-Theater**  
**Der Herr Senator.**  
**Extravorstellung**  
**im Lessing-Theater**  
Sonntag, 20. November:  
Hartleben:  
**Rosenmontag.**  
Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen anmelden. Sammelt für den Kampffonds!  
Der Vorstand. I. V. G. Winkler.  
**Lessing-Theater**  
**Das Konzert.**  
**Residenz-Theater**  
**Die 300 Tage.**  
**Abendabteilungen**  
**Raffles.**  
3., 10., 17., 24. Oktober  
**Neues Schauspielhaus**  
**Tartuff.**  
31. Oktob., 7., 14., 21. November  
**Ueber unsere Kraft.**  
Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen anmelden. Sammelt für den Kampffonds!  
Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Der schwarze Schimmel.**  
**Bunter Tell:**  
**Das alte Ghetto.**  
Vorverkauf 11—2, abends ab 6 Uhr.  
Morgen Freitag:  
**PREMIERE**  
Volle Pension.

**Moabiter Gesellschaftshaus**  
Wieleitstr. 24. Emdener Str. 40.  
Größtes  
**Kientopp-Theater**  
Moabits.  
Wöchentlich zweimal neues Programm.  
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

**Zirkus A. Schumann.**  
Donnerstag, 22. September,  
abends 7 1/2 Uhr.  
Besonders hervorzuheben:  
**Der Kreisel-Globus.**  
Neueste Kreation des Direktors  
**A. Schumann.**  
**Mlle. Bellonis** dreifache  
**Kakadu.**  
**Apache zu Pferde**  
geleitet von Fel. Dora Schumann  
und Herrn Karl Hof.  
**6 Panzowiner Gebirgsponies**  
besteht v. vorgef. von D. Sono.  
**Luftpotpourri**  
der 10 Personen Laplog  
**Brothers Miranos!!!**  
sowie die übrigen für Berlin  
neuen Spezialitäten.

**CIRCUS**  
**Cyrlil Hallé**  
Berlin N., Trift, Ecke  
Tegeler Str.  
(nähe Mollerstraße).  
Donnerstag, 22. September,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**ELITE-TAG**  
mit allen Pferde-Dressur-  
neheiten und sensationellen  
Schlagern des Programms  
zu den erstaunlich billigen  
Wochentagspreisen.  
Circus Hallé liegt circa  
5 Min. von den Nordring-  
bahnhöfen Wedding und  
Pulitzstraße entfernt u. ist  
mit d. Stadt-Strassenbahn-  
linien E. sowie den Strassen-  
bahnhöfen 22, 23, 28, 29,  
u. 31 sowie mit dem Auto-  
bus 4B bequem zu erreich.  
Fernruf:  
A. Moabit 8212

**Karl Haverland-**  
Anfang Theater Kommandanten-  
platz, 8 Uhr. strasse 77/79.  
**Ganz neues Programm.**  
**Hugo Römer** prolongiert.  
**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Ganz Reich-Ensemble.  
Donnerstag, den 22. September 1910  
**Kyritz-Pyritz.**  
Pöffe mit Gesang in drei Aufzügen  
von G. Witten und D. Gustinus.  
Musik von G. Richard.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Nibles Fest-Säle**  
Dennewitzstraße 13.  
Jeden Donnerstag und Sonntag:  
**Großer Ball.**  
9936\*  
C. Nible.  
Neu eröffnet! Neu eröffnet!  
**Mila-Festsäle**  
Schönhauser Allee 130, Mühlstraße 3  
durch den Garten.  
Heute Donnerstag:  
**Gr. Kavalier-Ball.**  
Gerren: Entree, Garderobe u. Tanz  
50 Pf. Damen frei. Anfang 8 Uhr.  
10180 **Karl Eisner.**

**Theater Sanssouci.**  
Hochbahnstation Köpenicker Tor.  
32 Jahre verbind. aus allen Stadtteilen.  
Täglich:  
8 Uhr 15 Minuten:  
**Großer Varieté-Teil.**  
5 neue Debüts.  
9 Uhr 30 Minuten die Pöffe:  
**Nu hat's geschnappt.**  
Von Oscar Sado. Musik v. Paul Linde.  
11 Rauchen überall gestattet 11

**Elysium**  
Landsberger Allee 40-41.  
Jeden Sonntag:  
**Großer Ball.**  
Im Garten: **Sänger-Konzert.**  
Kaffeehaus. Entree frei.  
Abd! Stelle den geachteten Vereinen  
und Gewerkschaften meinen 1000  
Personen voll. Saal auch an Sonn-  
tagen sowie Wochentagen unter  
günstiger Bedingung zur Verfügung.  
Karl Eiermann, Amt 7, 2617.

**Großer Varieté-Teil.**  
5 neue Debüts.  
9 Uhr 30 Minuten die Pöffe:  
**Nu hat's geschnappt.**  
Von Oscar Sado. Musik v. Paul Linde.  
11 Rauchen überall gestattet 11

Gür den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,



in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

*Tippung für!* *Wählt mit Sorgfalt, weil die Qualität nicht fällt!*

**Gesundheitstabak**  
**J. Goldfarb**  
**Preuss. Stargard**  
D.R.W.Z. 10652

Health snuff tobacco.  
Tabac à priser de santé.  
Tabaka do zazywania dla zdrowia.  
Tabacco da naso alla salute.



Wir fahren alle nach der

Schmerzlose Behandlung

Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stiften versehenen Zahnersatz. Ueberzeugung macht wahr!

**Reform Zahn-Praxis**  
Carl Rudolph.

- 1. Praxis: Elsassstr. 17/18
- 2. Praxis: Friedrichstr. 95.
- 3. Praxis: Oranienstr. 61.
- 4. Praxis: Palisadenstr. 109
- 5. Praxis: Mosbit, Huttenstraße 63.
- 6. Praxis: Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 117.
- 7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 199
- 8. Praxis: Spandau, Neuenendorfer Straße 109.

# Lieben Sie ein ?

## gemütliches Heim

So decken Sie Ihren Bedarf

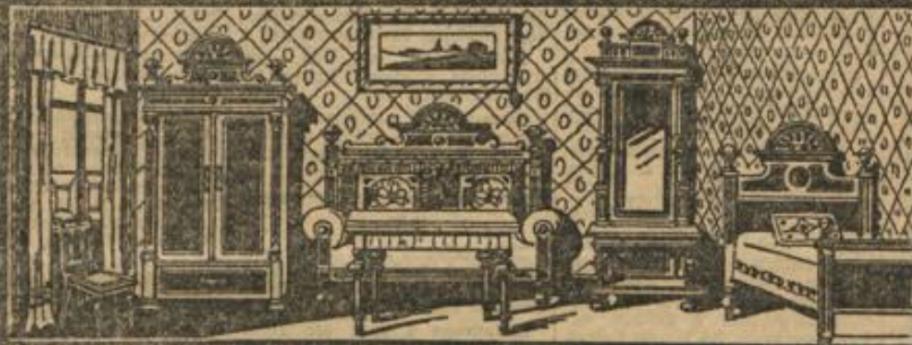
### im MÖBEL-CREDITHAUS

# B. FEDER

BRUNNEN STR. 1.  
Am Rosenthaler Tor.

FRANKFURTER ALLEE 89.  
Ecke Möglinerstr.

KOTTBUSER DAMM 103.  
An der Kottbuser Brücke



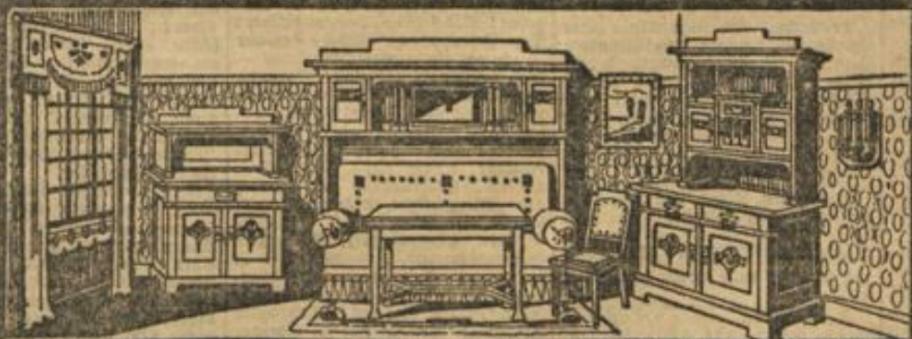
1 Wohn- und Schlafzimmer  
komplett  
Mark **349**  
Anzahlung **40 M.**

- bestehend aus:
- 1 Bettstelle
  - 1 Patentmatratze
  - 1 Auflegematratze
  - 1 Kalkissen
  - 1 Musch.-Kleiderschrank
  - 1 Muschel-Sofa
  - 1 Säulen-Trumeau
  - 1 Ausziehtisch
  - 2 Trillensühle
- Gratis  
1 elegantes Bild



1 Schlafzimmer  
komplett  
Mark **425**  
Anzahlung **50 M.**

- bestehend aus:
- 2 Bettstellen
  - 2 Patentmatratzen
  - 2 Auflegematratzen
  - 2 Kalkissen
  - 2 Nachtschränke mit Marmorplatten
  - 1 Waschkommode
  - 1 Anschraubspiegel mit Facettglas
  - 1 Ankleideschrank mit Facettspiegel
  - 2 Stühle mit Holzritz
- Gratis  
1 Handtuchränder  
2 Bettvorleger



1 elegantes  
Speise-Zimmer  
innen u. auss. Einbe-  
säulen m. Messing-  
kapitellen, Füllung,  
reich geschnitten.  
komplett  
Mark **800**  
Anzahlung **100 M.**

- bestehend aus:
- 1 Büffel mit Schieber
  - 1 Kronenzm. Schieber
  - 1 Umbar mit Kristall-  
facettspiegel
  - 1 Umbar-Sofa in Ia.  
Moquet, 12 Zweigstühle
  - 4 Lederstühle
- Gratis  
1 dreifamm. Krone



Farbige Küchen  
in reicher Auswahl  
von **M. 98.-** an  
Anzahlung **M. 10 an**

Einzelne Möbel  
sowie  
Polsterwaren  
in allen Preislagen  
Speise-, Wohn-,  
Herren-, Schlaf-  
zimmer, Salons etc.  
in allen Holz- und  
Stilarten.

#### Komplette einfache Einrichtung

bestehend aus:  
1 Bettstelle, 1 Kleiderschrank, 1 Speise-  
tisch, 2 Stühle, 1 Spiegel, 1 Küchens-  
schrank, 1 Küchenstuhl, 1 Korbstuhl  
komplett **160 00**  
Anzahlung **M. 15.-**  
Gratis 1 Bild und 2 Gardinenstangen

#### Komplette bürgerliche Einrichtung

bestehend aus: 1 zweischläfrige Bett-  
stelle, 1 Matratze mit Kalkissen, ein  
Muschel-Kleiderschrank, 1 Muschel-  
Vertika, 1 Ausziehtisch, 2 Trillensühle  
1 komplette Küche  
komplett **293 50**  
Anzahlung **M. 30.-**  
Gratis: 1 Handtuchhalt. u. Kohlenkar.

Ständige  
Ausstellung  
ca. 50 kompl.  
Musterzimmer.

Eigene Tapeten-  
und Dekorations-  
werkstätten.

## Möbel

auf Kredit!

### Wohnungs-Einrichtungen.

Ausstellung einfacher u. eleganter  
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer,  
Mod. farbige Küchen-Einrichtungen

auf Abzahlung  
und auch gegen Bar.

### Einzelne Möbelstücke

und Polsterwaren

bei kleinster Anzahlung  
evtl. ohne Anzahlung

Ferner empfehle: Teppiche,  
Portiiren, Gardinen, Steppdecken,  
Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-  
Kronen, Fortige Betten, Leib- und  
Bettwäsche.

### Sport- und Kinderwagen

### Garderobe

für Herren, Damen und Kinder  
Größte Auswahl. Billigste Preise,  
Neuester Schnitt.

### Pelz-Stolas

Wochenrate  
**1 Mk.**

## S. Dorn

3<sup>1</sup> Alte Schönhauser Str. 3<sup>1</sup>  
Ecke Linien-Strasse

### Große Firma

berglbt  
Teppiche, Gardinen, Stores,  
Steppdecken, Portiiren  
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.  
Keine Rekliret. Schiffe S. 100, "Vor-  
wärts"-Expedition, Auguststr. 50.

- Wer heiraten will
- Wer Zimmer vermieten will
- Wer seine Wohnung ver-  
ändern will
- Wer Möbel- und Polster-  
waren benötigt
- Wer Spiegel und Uhren
- Wer Bettstellen und Ma-  
tratten
- Wer Betten, Gardinen und  
Teppiche
- Wer Herren- und Damen-  
Garderobe braucht
- Wer streng reell bedient  
sein will
- Der kauft auf Kredit bei

**A. Kretschmann & Co.,**  
Berlin O.,  
Koppenstraße 4  
(Ecke Madaistraße)  
am Schlesiichen Bahnhof.  
Nächstes Credithaus  
der östlichen Vororte.  
Lieferung frei Haus.



### Ein Gedenktag.

Heute vor 4 Jahren wurde der Bezirksführer Genosse Adolf Herrmann durch den Gendarmen Jude erschossen und noch ist die Tat ungeklärt. In der Nacht vom 22. zum 23. September 1906 befand sich Herrmann mit mehreren Genossen auf dem Heimweg von dem Zahlabend des sozialdemokratischen Wahlvereins in Stolpe nach seiner in Hohen-Neuendorf belegenen Wohnung. Vor dem Bergemannschen Lokal in Stolpe standen die Gendarmen Jude und Tich in Zivilkleidung mitten im Wege. Es war stockfinster. So kam es, daß einer der Genossen den Gendarmen Jude, den er nicht erkennen konnte, aus Versehen anstieß. Der Arbeiter entschuldigte sich und ging mit seinem Begleiter weiter. Fünf Arbeiter gingen voraus, vier, darunter Herrmann, folgten einige Schritte dahinter. Als sie in ruhiger Unterhaltung etwa hundert Meter weiter gegangen waren, rannte der Gendarm Tich ihnen nach, Jude folgte. Als die Gendarmen die Arbeiter erreicht hatten, schlugen sie mit Knüppeln auf sie ein, wobei einer der Gendarmen sagte: „Da haben wir ja die Schweinehunde.“ Natürlich ließen sich die Arbeiter von den ihnen unbekanntem Angreifern nicht ruhig verprügeln. Dem Gendarmen Jude wurde der Stock entrissen. Er griff nunmehr zum Revolver, schlug damit erst auf die Arbeiter und dann gab er den verhängnisvollen Schuß gegen Herrmann ab, der diesen in den Unterleib traf. Darauf verschwanden die Gendarmen im Dunkel der Nacht. Herrmann sank tödlich verwundet in die Arme seiner Begleiter. Nach einigen Tagen, am 27. September, starb er in der Berliner Charité an den Folgen des Revolvererschusses.

Nun nahm die Gerechtigkeit ihren Lauf. Der Arm der rächenden Justitia wandte sich aber nicht gegen die Gendarmen. Die nächstherbe überfallenen und mißhandelten Genossen des Getöteten sollten auf die Anklagebank. Eine Anklage wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verleumdung fiel schon in der Voruntersuchung. Aber wegen ruhmloser Märsche wurden die Begleiter des Ueberfallenen und Erschossenen angeklagt. Das Landgericht Berlin III sprach sie sämtlich frei und legte, weil ihre volle Unschuld zutage trat, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

Noch immer blieben aber die eigentlich Schuldigen außer Verfolgung. Ein Strafverfahren wurde gegen den Abgeordneten Stadthagen eingeleitet, weil dieser in öffentlicher Versammlung behauptet habe, Herrmann sei ermordet. Der Angeklagte erklärte bei seiner verantwortlichen Vernehmung, was er gesagt habe, sei er bereit, zu beweisen. Darauf wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt. Die Militärbehörden setzten die beiden Gendarmen außer Verfolgung. Das Reichsmilitärgericht entschied jedoch am 19. Juni 1908 auf eine Beschwerde der Witwe Herrmann, daß das Strafverfahren gegen den Gendarmenmeister Jude einzuleiten sei, weil derselbe hinreichend verdächtig erscheint, während des Dienstes dem Zimmerer Adolf Herrmann vorzüglich und unter rechtswidrigem Gebrauch seiner Schusswaffe körperlich verletzt und dadurch den Tod desselben verursacht zu haben. Die Strafverfolgung des Gendarmenmeisteres Tich lehnte es ab, weil Frau Herrmann zwar in bezug auf Jude, nicht aber in bezug auf Tich zur Einlegung der Beschwerde beim Reichsmilitärgericht berechtigt sei. Die Verhandlung gegen den Gendarmenmeister Jude fand am 11. August 1908 vor dem Kriegsgericht der I. Garde-Division statt. Der Gendarmenmeister Tich wurde dabei als Entlastungszeuge vernommen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil die Sachlage infolge der Widersprüche der Zeugen nicht hinlänglich aufgeklärt, im Zweifel aber ein Nichtschuldig auszusprechen sei. Die Anklagebehörde legte Berufung nicht ein und der Witwe wurde das Recht zur Einlegung eines Rechtsmittels verweigert.

Zwischendurch liefen Schadensersatzprozesse, die die Witwe Herrmann gegen die Gendarmen Tich und Jude anstrengte. Die Klage gegen Tich wurde abgewiesen, weil Tich den Revolvererschuß nicht abgegeben hatte. Die Klage gegen den Gendarmen Jude wurde vor einigen Monaten vom Landgericht zugunsten der Witwe dahin entschieden, daß der Schadensersatzanspruch dem Grunde nach gerechtfertigt ist. Darauf suchte die Regierung der Justiz in den Arm zu fallen. Sie erhob Kompetenzkonflikt. Ihr Einspruch schwebt noch beim Obergerichtsgericht.

Am 26. September vergangenen Jahres wurde auf dem Kirchhof der Gemeinde Hohen-Neuendorf ein Denkmal für Adolf Herrmann enthüllt, das — ein würdiger Naturblut aus rotem Granit — die Inschrift trägt:

„Unserem unversehrten Bezirksführer Adolf Herrmann, erschossen auf dem Heimwege vom Zahlabend in der Nacht zum 23. September 1906 durch den Gendarmen Jude.“

Gegen 10 000 Männer und Frauen nahmen an der Denkmalsenthüllung teil. Sie defilierten an dem Grabhügel in ernstem, teilnahmsvollem Schweigen vorbei und gaben einen erhebenden Beweis dafür, daß die Arbeiter ihre Mitkämpfer nicht vergessen. So stand das Denkmal etliche Wochen. Anfangs November aber wurde die Inschrift durch einen Holzlasten umhüllt und steht seitdem noch so da.

Der Gemeindevorsteher von Hohen-Neuendorf hatte nämlich die Witwe Herrmann aufgefordert, die Inschrift entfernen zu lassen, weil sie Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung enthalte! Die schwergeprüfte Witwe lehnte die Erfüllung der Aufforderung ab. Darauf ließ der Gemeindevorsteher die Inschrift umhüllen. Eine Klage auf Beseitigung dieses Zeichens der Furcht vor der Wahrheit ist vom Amtsgericht abgewiesen, weil der Rechtsweg nicht zulässig sei.

Diese trodene Erzählung der Geschehnisse ist ein berechtigtes Zeugnis für die Arbeiterjustiz in Preußen-Deutschland.

Das Andenken an den braven Genossen ist lebendig geblieben. Seine Parteifreunde werden, trotz der Verhüllung der Wahrheit, von der der Denkstein Kunde gibt, dafür eintreten, daß die Gesellschaftsordnung so umgestaltet wird, daß ähnliche empörende Geschehnisse unmöglich werden. Die Genossen von Hohen-Neuendorf und Umgebend werden am Sonntag, den 25. September, eine Gedächtnisfeier zum Andenken an den Genossen Herrmann abhalten.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Viertes Landtagswahlkreis!

Zwei öffentliche Wählerversammlungen heute Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Giesing, Wassertorstr. 68 und bei Rabe, Fichtestr. 29. Tagesordnung: 1. Die Landtagswahl. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Wahlmänner.

Es ist Pflicht aller Wähler, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

**Mariendorf.** Wir verweisen nochmals auf die heute Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Breuß, Anzarsienstraße stattfindende Volksversammlung, in der Genosse Broger „Kriegsüber-„Volksbelastung und Kaiserreden“ sprechen wird.

**Reinickendorf-Ost.** Für den 3., 4., 5., 6. und teilweise für den 1. und 2. Bezirk findet heute abend von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung zur Gemeindevorstandswahl statt. Die Verbreitung für den 4. Bezirk erfolgt vom Restaurant Lindner, Probirstr. 92 (Ecke Grüner Weg) aus. Die Bezirksleitung.

**Hohen-Neuendorf.** Am Sonntag, den 25. September, nachmittags 8 Uhr, öffentliche Versammlung bei Käthrich Nachfolger (Müller), Stolper Straße 27. Referent: Genosse Stadthagen. Darauf Kranzniederlegung und Bestätigung des verfallenen Denksteins am Grabe des Genossen Adolf Herrmann.

### Berliner Nachrichten.

#### In den Straßen von Berlin W.

In Berlin bilden sich die sozialen Gegensätze immer scharfer heraus. Sie sind hier, wo Millionen von Menschen zusammenströmen, noch auffälliger als anderswo. Seitdem die Mode einen täglich wilderen Cancan tanzt, zur Unterhaltung und zum Vergnügen der Reichen, läßt sich ein unbemitteltes Menschenkind schon auf tausend Schritte Entfernung von denen unterscheiden, die „ihre Schäfchen im Trocknen“ haben.

Wenn man in den Spätnachmittagsstunden einen Gang durch die Straßen des vornehmen Westens macht, etwa durch die Tauentzienstraße von der Gedächtniskirche bis zum Wittenbergplatz, und dabei mit den Augen eines denkenden Menschen um sich blickt, dann kann sich kein Unbefangener der Einsicht verschließen, daß die augenblickliche Weltordnung von einer schreienden Ungerechtigkeit erfüllt ist. Hier in diesen Straßen flutet ununterbrochen das elegante Publikum, die sogenannte „Rebewelt“, auf und nieder. Modedamen sieht man, die in ihren engen Röcken, unter der Last grotesk-komischer Hutgebilde, dahertrippeln, die sich ihre unnütigen Hände, ihre wohlgepflegten Nägel täglich von der Manicure pflegen lassen, um sich lange spitze, raubtierartige Krallen heranzuzüchten. Sie wissen gewiß nicht, diese Ueberflotten, wie Junger tut, sie schränken höchstens ihre Wagenbedürfnisse ein, um sich ihre schlanke Taille zu bewahren, und ihre einzigen Leistungen, die einen Schimmer von Tätigkeit verraten, beziehen sich auf ihren Fuß. In ihren überreichen, nach der Tagesmode mit kostbar gestickten Vorten oder Spitzen verzierten Kleidern tänzeln sie einher und scheinen kein höheres Ziel zu kennen, als die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden, die Bewunderung der Herren, den Reiz ihrer Gesichtszüge zu erregen. Die „Herren“, die in der Tauentzienstraße umherflanieren, sind fast noch schlimmer als die Modedamen, weil Vufucht und Sedentum beim Manne ungleich abstoßender wirkt als bei der Frau. In ihren Anzügen nach dem neuesten Schnitt, in Krawatten, deren Preis sich häufig auf den halben ortsüblichen Wochenlohn eines Arbeiters beläuft, schlendern sie die Straße entlang. Diese Männer, die nichts als das Vergnügen suchen, sehen in der Frau nur das Geschlechtsweib. Ihre dreisten Blicke scheinen förmlich zu entleiden, zu betasten, und es bedarf nur der geringsten, meistens ganz unwillkürlichen Bewegung oder eines Augen-aufschlages, damit sie zur Offensive übergehen, ihre Opfer verfolgen, belästigen, und sich erst von der Drohung mit dem Ordnungshüter (der natürlich weit und breit nicht zu entdecken ist) oder der zornig erhobenen Schirmkrücke abrecken lassen. Das sind die Gepflogenheiten der Rowdys im Zylinderhut, der eleganten Herrchen, die auf den Mann im Arbeitsittel mit überlegener Verachtung herabsehen.

Aber die Tauentzienstraße liefert dem Beobachter noch mehr Stoff zum Nachdenken. Die Auslagen der Schaufenster reden eine herabredende Sprache vom übertriebenen Luxus, von den hochgespannten Anforderungen einer im Wohlleben schon halb erschöpften Menschenklasse. Das erzählen nicht nur die Fenster der Modewarengeschäfte, die Kleider von so übertriebener Pracht ausgelegt haben, als bestände das ganze Leben nur aus einem einzigen Festtag, — das erzählen noch viel tausendmal beredter die Dekorationen in den Delikatessläden. Da sind alle Waren mit einer raffinierten Verschwendung von Kunst, Material und Zeit in der appetitlichsten Weise zugerichtet, und der Mühe, die sich der Händler mit Anordnung und Aufbau der Lebensmittel gibt, sieht man es an, daß es nicht leicht ist, die verwöhnten Gaumen seiner Kunden zu reizen. Da prangen die verschiedensten Salate in zierlichster Weise aufgelegt und mit Grün umrahmt, riesige Summern strecken das Purpurrot ihrer mit delikatem Fleisch gefüllten Scheeren aus, junge Ländchen liegen umher, und prangegebildete Rebhühner sind mit einer so geschickten Nachlässigkeit zwischen köstlichen Obstsorten und seinen Gemüsen, zwischen Trüffel und Steinpilzen gebettet, als wären sie eben vom Jäger heruntergeschossen worden. Und auf Konterbenbüschen, deren Aufschriften „eingelegte Krebschwämme“, „Artischodenpüree“ und ähnliche, nur den oberen Behtausend bekannte Luxuspeisen versprechen, thronen Würstchen von wahrhaft erfinderischer Füllung und Zusammenstellung. Das Publikum strömt unausgesetzt in den Läden aus und ein und zahlt für eine Gabel appetitanregender Dinge soviel, wie eine Arbeiterfrau nicht für das Mittag ausgeben kann, das ihre ganze Familie satt machen soll.

Und manchmal sieht man vor diesen Läden Gestalten stehen, mit eingefallenen Wangen, im geklärten Rod, und ihre Augen laufen über vor diesen aufreizend ausgebreiteten Schätzen einer übertrieben verfeinerten Küche, und ihr bellender Magen wünscht sich wohl nur das geringste Würstchen. Und sie schauen, von der Ueberfülle des Nichts

und der Federbissen halb geblendet, in die glänzenden Fenster, und minutenlang kosten sie eine Vorahnung der Hölle durch, — der Hölle, die sich nur die Menschen untereinander bereiten hier auf Erden. — Aber eines Tages wird die Hölle weggefegt werden vom Siegesodem einer neuen Zeit, die erschöpften Gelenke der Verweichtlichen werden sich zur Arbeit bequemen müssen, und die von Arbeit und Hunger Ausgemergelten werden wieder zu Kräften kommen unter der Sonne einer gerechteren Weltordnung!

Wann muß beim Oktoberumzug die Wohnung geräumt sein? Nach den polizeilichen Vorschriften müssen die Wohnungen bei dem bevorstehenden Oktoberumzug an den nachstehenden Terminen geräumt sein: bei kleinen, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 1. Oktober, bei mittleren Wohnungen, die aus drei bis vier Zimmern bestehen, am Montag, den 3. Oktober um 12 Uhr mittags, bei großen Wohnungen, die aus mehr als vier Wohnzimmern bestehen, muß der neue Mieter am 4. Oktober, mittags 12 Uhr einziehen können. Die bei drei und mehr Zimmern bestehende Vergünstigung der verlängerten Räumungsfrist ist den Wohnungsinhabern aber nur mit der Mahgabe gewährt, daß bei Wohnungen, die aus drei Zimmern und Zubehör bestehen, ein Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmern (schon am 1. Oktober vollständig geräumt dem neu einziehenden Mieter für die Unterbringung seiner Möbel und Effekten zur Verfügung gestellt werden. Unter Zubehör einer Wohnung sind Alkoven, Küchen, Kammern, Bodenträume, Verschläge und Vorratskammern zu verstehen.

Ueber die Sicherheitsmaßregeln auf der Stadtbahn aus Anlaß der letzten Ueberfälle wird amilich folgendes mitgeteilt:

Die in den letzten Wochen vorgekommenen Raubfälle auf der Berliner Stadt- und Ringbahn haben Anlaß gegeben, wiederum die Frage ernstlich zu untersuchen, ob und durch welche Mittel es möglich ist, die Reisenden gegen verbrecherische Handlungen Mitreisender vollständig zu schützen. Die hiesige Eisenbahndirektion hat in Gemeinschaft mit dem Polizeipräsidenten verschiedene Maßnahmen getroffen, über die die Tageszeitungen berichtet haben. Die Anzahl der von der Polizei gestellten sogenannten Fledderkolonnen ist vermehrt. Die Eisenbahnverwaltung wird für häufigere Zugrevisionen sorgen und hat zu diesem Zweck eine größere Anzahl von Zugrevisoren eingestellt, von denen je zwei gemeinsam einzelnezüge begleiten und gegen Ungehörigkeiten sofort einschreiten werden. Die Wagnisse sollen, soweit dies nicht bereits geschieht, durch Fernsprecheinrichtungen mit dem nächsten Polizeirevier verbunden werden, auch ist in Aussicht genommen, die in einer Reihe von Wagen III. Klasse noch vorhandenen Einzelabteile entweder ganz zu beseitigen oder durch eine bewegliche Tür mit den übrigen Abteilungen zu verbinden. Offentlich sind diese Maßregeln von Erfolg, so daß Uebelthäter gleich gefaßt und dem Strafrichter vorgeführt werden können. Bei Durchführung ihrer Anordnungen können die Behörden freilich der Mitwirkung des Publikums nicht entbehren. Viele Reisende sind nur zu sehr geneigt, für die verdächtigen Personen Partei zu ergreifen und ihre Festnahme zu erschweren oder ihnen die Flucht zu erleichtern. Noch kürzlich ist in der Presse ein solcher Fall gemeldet worden. Gewiß würde es zu einer wesentlichen Verminderung der bedauerlichen Unzutrefflichkeiten, wie sie in dem Reiseverkehr Berlins und seiner Vororte immer wieder vorkommen, beitragen, wenn die Eisenbahn- und die Polizeibeamten darauf rechnen könnten, von dem Publikum bei derartigen Vorkommnissen unterstützt zu werden.

Zu dem Sturz eines Dienstmädchens aus dem Fenster, über den wir aus dem Hause Gerichtstraße 99 in unserer Sonntagsnummer berichteten, werden uns jetzt weitere Einzelheiten bekannt. Bestätigt wird, daß die Angabe des Mädchens, von der Herrschaft geschlagen worden zu sein, durchaus zutrifft. Fräulein S. war von der Frau Meusel, der Gattin des in dem genannten Hause wohnenden Pfandleihers Meusel, bei dem sie seit 1 1/2 Jahren diente, am Freitag wiederholt geschlagen worden. Frau Meusel hatte mit ihren Pfandleihern am Vormittag begonnen, legte sie am Nachmittag unter gemeinen Schimpfreden furt und bearbeitete schließlich das zu Boden gestürzte Mädchen mit den Händen, so daß ein Ächzler, der in der Wohnung arbeiten ausführte, der Mißhandlungen beispringen und sie aus den Händen der wütenden Frau befreien mußte. Fräulein S., die unter dem Auge eine blutige Verletzung aufwies, wurde dann von der Frau Meusel in die Küche gesteckt, der Ächzler aber mußte sein Zeug zusammenpacken und die Wohnung verlassen. Und nun war es wohl das Gefühl völliger Schutzlosigkeit, das die Geängstigte trieb, mit einem Sprung aus dem Küchenfenster sich weiteren Peinigungen entziehen zu wollen. Dieser Sachverhalt widerlegt die Angabe der Herrschaft, daß das Mädchen hysterisch sei, häufig Schreianfälle gehabt und in diesem Zustand den Schritt getan habe. Widerlegt ist auch die Behauptung, daß das Mädchen nie geschlagen worden sei. Hausbewohner haben schon früher zuweilen Geheiß aus der Meusel'schen Wohnung dringen hören und erklären es sich daraus, daß schon damals das Mädchen Mißhandlungen habe erdulden müssen. In der Tat waren bereits im März an Fräulein S. Spuren von Mißhandlungen, die ihrer Angabe nach von Faust- und Peitschenhieben herrührten, bemerkt worden, so daß ihr Vormund — das 20jährige Mädchen ist Witwe — sie durch einen Arzt untersuchen und über den Befund ein Attest ausstellen ließ. Damals wurde unterlassen, Strafanzeige zu erstatten, diesmal aber hat, wie wir hören, der Vormund die Staatsanwaltschaft angezogen, und es haben auch bereits Vernehmungen stattgefunden. Groß ist bei Bewohnern des Hauses und der Nachbarhäuser die Erregung über die Mißhandlungen des Mädchens, durch die es zu dem verzweifeltsten Schritt getrieben wurde. Das Vorkommnis befeuchtet aufs neue mit grellem Licht die Gestirne der Welt, unter der die Dienstmädchen seufzen, und die schwere Last des schimpflichen Prügelrechts, das gewisse „Herrschaften“ noch immer, unter Verweigerung auf die Gesinnungsordnung, als ihr standesgemäßes Privilegium betrachten.

Das Verurteilte des Irrenarztes. Vor einiger Zeit wurde von uns die Frage erörtert, ob und inwieweit der Irrenhausarzt gegenüber dritten Personen das Verurteilte zu wahren habe. Dabei stützten wir uns auf ärztliche Stimmen, wonach ärztliche Auskunft über den Krankheitszustand und den vorausschicklichen Krankheitsverlauf unbedingt zu verweigern sei, sobald angenommen werden müsse, daß der Kranke durch die Erteilung der Auskunft irgend welchen gesundheitlichen, wirtschaftlichen oder sonstigen Schaden erleiden könne. Damit bleibt bei solchen Auskünften, die ohne Gefahr erteilt werden dürfen, nur ein ganz bestimmter, eng begrenzter Personenkreis. Eine wesentlich andere Stellung in der Frage, schreibt man uns, nimmt der Irrenarzt ein. Deutzutage sind moderne Irrenanstalten wahre

**Laubenschläge.** Müßen wir also damit rechnen, daß viele zehn-  
tausende lebender Menschen zeitweilig, vielleicht vor langen Jahren,  
in irrenärztlicher Behandlung waren, so gewinnt das Berufsgeheimnis  
des Irrenarztes für die weiteste Öffentlichkeit sehr erhebliche Bedeutung.  
Es bedarf erst gar keiner Worte darüber, daß schon der Aufenthalt  
an sich im Irrenhause ungeheure wirtschaftliche Nachteile zeitigt.  
Leider kann sich ja die heutige Welt noch nicht daran gewöhnen,  
einen Kranken- oder Gemütskranken, der mal im Irrenhause Unter-  
kunft suchen mußte, genau so zu beurteilen, als ob er in einem  
allgemeinen Krankenhaus gewesen wäre. Vielmehr wird ihm diese  
Unglücksperiode sein ganzes Leben hindurch nachgetragen. Auch  
die Polizei, die jeden ehemaligen Irrenanfallsinfallenen im  
Personalstandsregister mit einem schwarzen Kreuz beglückt, sorgt  
in wenig humaner Weise dafür, daß diese Leidenszeit amtlich  
niemals in Vergessenheit gerät. Man sollte nun meinen,  
daß unter diesen erschwerten Verhältnissen der Irrenarzt  
in noch höherem Grade als der gewöhnliche Krankenhausarzt an das  
Berufsgeheimnis gemäß § 300 St. G. B. gebunden sein muß.  
Indes haben die beteiligten Ärztekreise hier neuerdings Wege ge-  
sucht und gefunden, um das Berufsgeheimnis strupel-  
los zu brechen, ohne daß sie deshalb ihrer Meinung nach mit dem  
Strafgesetzbuch kollidieren. Der Oberarzt einer Irrenanstalt  
schreibt darüber wörtlich: „Die eigentümliche Tatsache, daß die  
Psychiater bisher verabsäumt haben, bei öffentlicher Erörterung  
angeblich unbedenklicher Internierungen und Entmündigungen  
ihre Material zu veröffentlichen, beweist doch, daß § 300 St. G. B.  
uns in harter Weise die Hände gebunden hat. Meinen Bemühungen  
ist es nun endlich gelungen, daß die Ärzte sich unter solchen Um-  
ständen für vollkommen „befugt“ halten, mit dem Berufsgeheimnis  
zu brechen. Es ist erlaubt, solchen Fällen, welche die Öffentlichkeit  
beschäftigt haben und gegen die Irrenärzte ausgedeutet wurden, an  
der Hand der Akten und Krankengeschichten nachzuspüren und darüber  
Monographien zu verfassen. Wenn hierbei gerade für die früheren  
Kranken manches ungemein Peinliche ans Licht gezogen werden  
muß, so mögen sie sich bei ihren lieben Freunden besorgen,  
durch welche die Psychiater zum äußersten getrieben  
worden sind.“

Diese letzteren Worte lassen deutlich merken, daß die Irrenärzte  
sich doch nicht so rechtlicher fühlen mit dem „erlaubten“ Bruch des  
Berufsgeheimnisses. Der grundsätzlichen Bedeutung des § 300 des  
Strafgesetzbuches, Schaden für den Kranken zu verhüten, haben sich  
auch die Psychiater unter allen Umständen zu unterwerfen.  
Werden zahlreiche Internierungs- und Entmündigungsfälle, an deren  
Rechtmäßigkeit zu zweifeln die Öffentlichkeit starke Ursache hat,  
öffentlich besprochen, so soll den Irrenärzten der Weg zur Recht-  
fertigung gewiß nicht vollständig abgehackt werden. Diese  
Rechtfertigungsversuche dürfen aber nicht so weit gehen, daß in  
die Erörterung Verhältnisse hineingezogen werden, die bisher  
öffentlich nicht zur Sprache gekommen und eben geeignet sind,  
schwere Schädigungen der erwähnten Art herbeizuführen. Es  
kann und darf sich allenfalls immer nur darum handeln,  
daß die Irrenärzte nur das öffentlich behauptete zu widerlegen  
beziehungsweise zu berichtigen versuchen. Auch das noch werden sie  
vermeiden können, wenn sie in Zukunft sich mehr an ein dem Recht  
und der Vernunft entsprechendes Verfahren gewöhnen wollen.  
Unsere heutigen Irrenärzte leben ja noch leider in einer für diesen  
Stand und seine dunklen politischen Hintermänner extra geschaffenen  
grundverlehrten Weltanschauung, die die Öffentlichkeit mit dollstem  
Recht belächelt, weil sie in ihr eine schwere Gefahr für die indivi-  
duelle Freiheit erblickt.

**Einen furchtbaren Austritt verursachte vorgestern ein Geistes-  
kranke in der Komintener Str. 2.** Der 52 Jahre alte Schlosser  
Max Habbigt, der 12 Jahre lang in der Koppenstraße eine größere  
Werkstatt betrieb, mußte vor fünf Jahren sein Geschäft aufgeben,  
weil er an der Fallsucht litt. Sein Leiden verschlimmerte sich so,  
daß er einmal vier Wochen und zuletzt zehn Wochen in Wuhlgarten  
zubringen mußte. Auf seine Bitten nahm ihn seine Frau jedesmal  
aus der Anstalt heraus. Weil in den letzten Tagen die Krämpfe  
wieder häufiger ausbrachen, so holte Frau Habbigt ihre  
Schwägerin zur Bewachung ihres Mannes zu Hilfe. Vor-  
gestern abend kurz nach 10 Uhr sprang nun der Kranke  
plötzlich aus dem Bett, ergriff ein Brotmesser, das auf dem Tische  
lag und wollte seine Frau und seine Schwester erschlagen. Die Be-  
drohten versuchten umsonst, ihm das Messer zu entreißen und er-  
griffen dann die Flucht. Frau Habbigt stand noch auf der Treppe,  
während ihre Schwägerin schon nach der Straße gelaufen war, um  
einen Schuhmann zu holen, als der Kranke plötzlich das Stuben-  
fenster aufriß und aus dem zweiten Stock auf den Bürgersteig hinab-  
sprang. Der Unglückliche blieb mit zerstücktem Schädel und  
gebrochenen Gliedmaßen auf der Stelle tot liegen. Nach Aufnahme  
des Verstorbenen ließ die Revierpolizei die Leiche nach dem Schauhaus  
bringen. Der Austritt rief eine große Menschenansammlung hervor.

**Warnet die Kinder!** Ein schreckliches Verbrechen wurde vor-  
gestern mittag in dem Hause Mariendorfer Str. 16 verübt. Als die  
sieben Jahre alte Tochter des Arbeiters W. aus der Rossener Straße  
aus der Gemeindefaule in der Bergmannstraße heimkehrte, trat vor  
der Haustür ein unbekannter Mann an sie heran und fragte sie,  
wie es ihr in der Schule gehe und auf welcher Bank sie sitze. Nach-  
dem er so angeknüpft hatte, sagte er dem Kinde, er wolle  
ihm etwas schönes zeigen und führte es mit diesem  
Lodmittel nach dem Hause Mariendorfer Straße 16, das  
in der Nähe liegt. Dort warf er die Kleine auf  
der Treppe des Vorderhauses zwischen dem ersten und zweiten Stock  
hin und vergewaltigte sie. Der Tapetierer Lechner, der jetzt nach  
Hause kam, begegnete dem Unhold unten auf der Treppe, ohne zu  
wissen, was geschehen war. Erst als er oben das Mädchen traf,  
das weinend auf der Treppe saß, erfuhr er von dem Verbrechen. Er  
eilte jetzt wieder hinunter und lief mit einem Schuhmann dem Un-  
hold nach. Dieser verschwand jedoch an der Ecke der Rossener-  
und Mariendorfer Straße und war nicht wieder zu finden. Das Scheusal  
ist etwa 30 Jahre alt, hat eine mittelkräftige Gestalt, dunkles Haar  
und Schnurrbart und eine hängende rechte Schulter und trug einen  
dunklen Jacketanzug und einen schwarzen, steifen Hut.

**Ein rätselhafter tödlicher Unglücksfall** beschäftigt die Weihen-  
seer Polizeibehörde. In der Gustav-Bald-Strasse fanden gegen  
Mitternacht zwei Passanten auf dem Bahndamm einen unbekannt  
Mann auf, der befinnungslos dalag und aus einer großen Kopf-  
wunde blutete. Sie schafften ihn nach dem Auguste-Viktoria-  
Krankenhaus, wo er aber bald nach seiner Einlieferung starb,  
ohne vorher das Bewußtsein noch einmal erlangt zu haben. Weber  
über die Persönlichkeit des Toten noch über die Art und Weise,  
wie er zu der tödlichen Verletzung gekommen ist, konnte bisher  
etwas ermittelt werden. Einerseits wird vermutet, daß er un-  
bemerk von einem Straßenbahnwagen heruntergestürzt ist, während  
man andererseits auch damit rechnet, daß ihm die tödliche Wunde  
von dritter Seite beigebracht worden ist. Die Leiche ist vorläufig  
von der Polizei beschlagnahmt worden.

**Nahrungsvorgen** haben die 65 Jahre alte Rastkleebrerin Auguste  
Müller aus der Großen Frankfurter Straße Nr. 53 in den Tod ge-  
trieben. Sie war schon über 20 Jahre lang im Osten der Stadt  
anfällig und nährte sich recht und schlecht durch Alkoholverbrauch.  
Nach und nach aber blieben die Schüler aus. Die größeren Kon-  
servatorien, die bald hier, bald da gegründet wurden, nahmen sie  
der betagten Lehrerin weg. Zuletzt hatte sie nur noch fünf, und nun  
geriet sie in eine bittere Kollage. Gestern fand man die Verzweifelte  
erhängt am Fensterkreuz.

**Ein internationaler Taschendieb** wurde gestern auf frischer Tat  
ertappt und unbeschädigt gemacht. Auf dem Alexanderplatz saßen  
zwei Kriminalbeamte, wie ein Mann vor einem Schaufenster einer  
Frau die Handtasche öffnete und hineingriff, ohne daß sie es merkte.  
Der Dieb, der nichts erbeutete, entwand im Gedränge auf kurze  
Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

Zeit ihren Wägen. Bald darauf aber saßen die Beamten, wie er  
auf einen Omnibus sprang, einem Herrn, der schon auf dem Trittbrett  
stand, das Portemonnaie aus der Tasche holte, dann  
wieder absprang und tat, als ob nichts geschehen wäre.  
Während einer den Langfinger am Kragen nahm, holte der andere  
den Bestohlenen herbei. Dieser war ganz erstaunt, daß ihm das  
Portemonnaie fehlte. Er hatte nichts gemerkt. Der Verhaftete war  
unterdessen nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Dort warf  
er die Beute unter ein Möbelstück, damit sie ihn nicht verraten  
könnte. Das Portemonnaie, das dem Bestohlenen gleich zurück-  
gegeben werden konnte, enthielt 900 Mark. Der Dieb, ein Friedrich  
Westmann aus Warschau, besaß noch mehrere Portemonnaies,  
darunter ein fast neues. Er behauptete, dieses in Warschau gekauft  
zu haben, hatte aber beim Entleeren ein Zeichen übersehen, aus dem  
hervorgeht, daß es nicht aus Warschau, sondern aus einem Laden  
in der Leipziger Straße stammt.

**Ein Unglücksfall** ereignete sich gestern mittag im Betriebe der  
Firma Spinn u. Sohn, Wassertorstraße 9. Der dort beschäftigte  
Lehrling Max Liebenow fiel während der Mittagpause, als er mit  
anderen Lehrlingen spielte, in lockendes Wasser, dabei verbrühte er  
sich am Oberkörper so schwer, daß er mittels Drohkäse nach der  
Unfallstation in der Kommandantenstraße und von dort nach dem  
Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Vom Wagen des Vaters überfahren.** Ein besonders tragischer  
Unglücksfall ereignete sich gestern mittag in der Voedtsstraße. Dort  
hielt der Kutscher Pawlitz mit einem Wagen der Paketfabrik-  
schaft. Als er abfuhr, wollte sein kleines Söhnchen auf den Kutsch-  
bock klettern. Es kam zu Fall, und bevor der erschreckte Vater die  
Pferde anhalten konnte, geriet der Knabe unter die Räder des  
schweren Wagens. Das Kind wurde so schwer verletzt, daß es in  
lebensgefährlichem Zustande dem Urban-Krankenhaus zugeführt  
wurde.

**Das Herrnsfeld-Theater bringt am Sonnabend, 24. September,**  
eine „Doppel-Prämie“: „Die verlorene Nacht“, ein lustiger  
Trauerspiel in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld, und „Der  
Derby-Sieger“, eine Sportkomödie von August Reidhardt, zur Auf-  
führung.

**Das Winterhalbjahr in der städtischen Kochschule, Hufsch-  
straße 4/5 (Strelitzer Str. 43) Eingang 4a, beginnt am Mittwoch,**  
den 5. Oktober. 221 SchülerInnen wurden in Winterhalbjahr  
1909/10 in 14 verschiedenen Kursen unterrichtet. Das Schulgeld be-  
trägt für einen einmaligen Unterricht in der Woche 6 M. halb-  
jährlich. Für dieses Schulgeld dürfen die Schülerinnen auch am  
Unterricht in Schneidern und Plätten an einer der neun Wahl-  
fortbildungsschulen für Mädchen und Frauen teilnehmen. An-  
meldungen täglich von 5 Uhr ab, außer Sonnabend, bei Fräulein  
Streichhan, Hofstr. 4, und Frau Lau, Elisabethstr. 19/20. Auch  
in der Kochschule selbst werden Anmeldungen angenommen vormittags  
von 8—12 Uhr und nachmittags von 5—9 Uhr.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Ein Spielernest** wurde in der gestrigen Nacht von der Kriminal-  
polizei in der Suarezstraße 55 ausgehoben. Die Kriminalpolizei  
hatte in Erfahrung gebracht, daß in dem Weinlokal, das sich in  
diesem Hause befindet, nach dem Kennen Buchmacher und Kenn-  
beisucher sich trafen, um dort dem Kasarbspiel zu huldigen. Vor-  
gestern in den späten Abendstunden wurde das Lokal von Beamten  
der Charlottenburger Kriminalpolizei umzingelt, ein Kriminal-  
kommissar mit mehreren Beamten drangen in das Lokal ein und  
überwachten die Spieler dabei, als sie „Reine Kante — Deine  
Tante“ spielten. Im ganzen wurden 21 Personen angetroffen.  
Alle wurden nach dem Polizeirevier gebracht, damit dort ihre  
Namen und Wohnungen festgestellt wurden. Die Bank und die  
Kartenspiele wurden ebenfalls beschlagnahmt.

**Wohin es führen kann, wenn Behörden Personen um fröhlicher  
Bergehen wissen um Brot und Zuflucht bringen, hat der Fall des  
Hauptmanns von Köpenick am treffendsten gezeigt. Trotzdem hat der  
bellige Bürokratismus, wie die täglichen Vorlesungen beweisen,  
aus dieser aufsehenerregenden Affäre nichts gelernt. Immer wieder  
werden Klagen laut über das unachtsamste Vorgehen der Behörden  
solchen Personen gegenüber, die einmal im Leben gestrauchelt, dann  
aber wieder auf den rechten Weg zurückgekehrt sind. So wird zum  
Beispiel bei der Nachwachsgesellschaft in Charlottenburg jeder Wächter  
auf Anweisung der Behörde entlassen, wenn es sich  
herausstellt, daß er im Leben schon einmal eine Strafe wegen Un-  
redlichkeit erlitten hat. Im Prinzip ist es natürlich nur recht und billig,  
wenn für solche Personen absolut zuverlässig Personen genommen werden.  
In der Praxis verhält sich die Sache jedoch anders. Oft handelt es sich  
in solchen Fällen um Leute, die vor 10 oder 20 Jahren mal ein geringfügiges  
Bergehen sich zuschulden kommen ließen und man weiß, wie leicht  
im heutigen Eristenstumpfen und bei unserer bekannten Gerichtsbarkeit  
jemand sich in den Netzen des Gesetzes verirren kann. Bei der  
genannten Gesellschaft kommt es vor, daß ein Wächter schon eine  
Zeitlang seinen Dienst zur vollen Zufriedenheit seiner  
Vorgesetzten verrichtet hat, dann aber auf Gebot der Be-  
hörde sofort entlassen werden muß, weil sie herausgefunden  
hat, daß der Kermise vor vielen Jahren einmal eine kleine Strafe  
wegen Eigentumsvergehen erlitten hat. Jeder rechtlich urteilende  
Mensch muß ein solches Gebahren auf scharfste verurteilen. Dadurch,  
daß man gegen solche Personen, die meist Familienväter sind, so  
rigoros vorgeht, hebt man die Sicherheit für das Eigentum nicht,  
sondern treibt man die Unglücklichen geradezu auf den Weg des  
Verbrechens.**

### Nigdorf.

**In den Vorträgen des Genossen Graf hat sich eine Aende-  
rung in den Tagen notwendig gemacht. Der Vortrag am 27. Sep-  
tember fällt fort, dafür findet am 27. Oktober ein Vortrag statt.  
Die Daten der weiteren fünf Vortragabend sind also: 3., 10.,  
17., 24. und 27. Oktober; der nächste Abend ist also am 3. Oktober.  
Wir bitten die Teilnehmer, dies zu beachten, eventuell auf den  
Eintrittskarten oder Programm sich dies zu vermerken. — Ein-  
trittskarten sind im Lokal bei Hoppe und in der Parteipostition  
noch zu haben. Der Bildungsausschuß.**

### Aldershof.

**Am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, findet im  
Lokal von Bülstein eine gemeinschaftliche Morgenprache der  
Arbeiter-Gesangvereine von Königs-Wusterhausen, Eichwalde,  
Grünau, Alt-Glienide, Köpenick, Ober-Schöneweide, Johannisthal,  
Pauschulendorf, Treptow und Aldershof statt. Zur Aufführung  
kommen Gesamt- und Einzelchöre. Eintrittsgeld wird nicht er-  
hoben. Alle Freunde des Gesanges sind hierzu freundlichst ein-  
geladen.**

### Lichtenberg-Rummelsburg.

**In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins** erstattete  
Genosse Spielermann den Bericht von der Verbands-General-  
versammlung Groß-Berlins. Der Redner wies in seinen Aus-  
führungen auf die Notwendigkeit der Vertragserhöhung hin. Einige  
Redner wandten sich gegen eine Erhöhung der Beiträge. Anderer-  
seits wurde bemerkt, daß diesmal sehr viel Geld für  
die kommenden Reichstagswahlen gebraucht werde. Bei der  
vorgenommenen Abstimmung wurde die Vertragserhöhung mit  
72 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Verschiedene Dele-  
gierte erklärten, unter diesen Umständen nicht zur Kreis-  
Generalversammlung gehen zu können. Bei Beratung einer  
Vereinsangelegenheit gerieten die Meinungen scharf aufeinander, so  
daß der erste Vorsitzende Genosse Spielermann es ablehnte, weiter  
feinen Posten auszuüben. In der Diskussion wurde bemerkt, daß  
Inseratenteil veranw.: Th. Wiese, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

die gegenwärtigen Verhältnisse ein gedeßliches Arbeiten un-  
möglich machen. Nach einem mit großer Mehrheit angenom-  
menen Vertrauensvotum für den ersten Vorsitzenden erklärte  
derselbe, daß, da er mit denselben Funktionären arbeiten  
müsse, an dem gegenwärtigen Zustand auf die Dauer nichts geändert  
würde. Der Vorstand wurde beauftragt, zur Regelung der Ver-  
hältnisse in aller Kürze eine Generalversammlung stattfinden zu  
lassen.

**In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins** ist ein Damen-  
schirm stehen geblieben. Derselbe kann im Lokal der Gebr. Anhold  
entgegengenommen werden.

### Lichtenberg-Friedrichsfelde.

**Heute, Donnerstag, den 22. d. M., pünktlich 8 1/2 Uhr abends,**  
findet im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, eine öffent-  
liche Versammlung für Erwachsene und die schulentlassene Jugend  
statt. In derselben beginnen die wissenschaftlichen Vorträge mit  
Lichtbildern über die Geschichte unserer Erde.

1. Vortrag: Historischer Abriss. Die Entwicklung unseres  
Planetensystems.

2. Vortrag am 20. September: Die Entwicklung der festen  
Erdrinde. Erstarrens- und Ablagerungsgeologie.

3. Vortrag am 6. Oktober 1910: Die Formen der Erd-  
oberfläche; a) Gebirgsbildung, Erdbeben und Vulkan; b) Ver-  
witterung und Abtragung der Erdoberfläche.

4. Vortrag am 13. Oktober 1910: Die Zeitalter der Erd-  
geschichte mit besonderer Berücksichtigung des Gebiets, in dem der  
Vortrag stattfindet.

Zur Dedung der Inkosten wird ein Eintrittsgeld von 15 Pf.  
für jeden Vortrag oder von 50 Pf. für alle vier Vorträge erhoben.  
Jugendliche Personen zahlen nichts.

Der Einbrucher: Alfred Altem, Eitelstr. 10.

### Halbe (Sörliger Bahn).

**Endlich gelang es am Sonntage auch hier, eine öffentliche Ver-  
sammlung abzuhalten. Trotz zehnjähriger Arbeit haben unsere Ge-  
nossen noch nicht vermocht, einen Versammlungssaal freizubekommen,  
und so mußten die Versammlungen unter freiem Himmel auf einem  
gemieteten Acker weit außerhalb des Dorfes tagen, während  
drinnen im Dorfe drei Säle leer standen. Allein  
schon diese Tatsache illustrierte, wie der Meserent Genosse Pogel-  
Nigdorf einleitend bemerkte, die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse am  
deutlichsten. Redner gab dann in circa 1 1/2 Stunden einen Ueber-  
blick über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Ver-  
hältnisse, wobei ihm die äußere und innere Politik Preußen-Deutsch-  
lands, insbesondere die Reichsfinanzreform, die Zivilliste und die  
letzte Kaiserrede reichlich Gelegenheit boten, bei den Zuhörern Weisfall  
zu entfesseln. Trotz der durch die Verhältnisse bedingten Blödigkeit,  
mit der die Versammlung festgesetzt wurde, gelang es den Charlotten-  
burger Genossen, die seit Jahren die dortige Gegend bearbeiten, im  
Verein mit den Halber Genossen circa 200 Personen aus Halbe und  
Umgegend auf den Versammlungsplatz zu bringen. Für den An-  
fang ist dieses Resultat günstig genug. Infolge der Versammlung  
hat sich die Zahl der Parteigenossen, die sich bis zur baldigen  
Gründung eines Ortsvereins vorläufig dem Charlottenburger Wahl-  
verein angeschlossen haben, auf 90 erhöht. Unsere Bewegung wird  
auch trotz der gegen Versammlungsteilnehmer bereits einsetzenden  
Maßregelungen und Schikanen weiter vorwärtsstreiten. Schon jetzt  
sich darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 2. Oktober,  
nachmittags 8 Uhr, auf demselben Grundstück der Reichstags-  
abgeordnete des Kreises, Genosse Fritz Zubeil sprechen wird.**

### Weihensee.

**Den Tod durch Vergiftung** suchte und fand, so berichtet die  
„B. Ztg.“, vorgestern nachmittag die 21 Jahre alte unverheiratete  
Sp. in dem Hause Langhansstr. 186, wo das Mädchen eine Stube  
bewohnte. Seit etwa fünf Jahren war die Sp. mit einem jungen  
Mann verlobt, der sie in nächster Zeit zu ehelichen gedachte. Am  
Sonntag war es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Braut-  
paar gekommen. Vorgestern nachmittag verschloß das Mädchen die  
Stubentür, die sie außerdem mit Nähern und Kleidern verhängte.  
Nur mit der Nachtjade und einem Unterrock bekleidet setzte sich  
die Lebensmüde dann auf einen Stuhl, nachdem sie sämtliche Cashähne  
in dem Zimmer geöffnet hatte, und erwartete so den Tod. Als um  
5 Uhr nachmittags die Wohnungsnachbarn heimkehrten, bemerkten  
sie einen intensiven Gasgeruch. Da sie die Tür verschlossen fanden,  
wurde der Bräutigam herbeigerufen. Als dieser sich gewaltsam  
Eingang verschaffte, bot sich den Eintretenden ein trauriges Bild.  
Das Mädchen war vom Stuhl gefallen und lag leblos am Boden.

### Spandau.

**Mit großem Bomb und unter Teilnahme von 40 Geistlichen**  
im Ornat wurde am Sonntag hier das von Berlin nach Spandau  
verlegte Johannesstift eröffnet. Ueber die Feier etwas zu be-  
richten, erübrigt sich. Wie bei all diesen Festen fand die übliche  
Weihrauchdichtung bei den Reden mit anschließender Ordens-  
verteilung statt. Es soll aber etwas anderes hervorgerufen werden.  
Als man mit dem Gedanken schwanger ging, einen Teil unseres  
Stadtwaldes, und zwar den schönsten, an das Johannesstift für  
einen sehr billigen Preis von 2 Mill. Mark zu verkaufen, von  
welchem aber mindestens ein Viertel an das Stift durch Anlegung  
von Straßen und sonstige Arbeiten rückvergütet wurde, da erhoben  
sich in der hiesigen Bürgerchaft große Bedenken. Am aller-  
schärfsten wurde der Gedanke von der Arbeiterchaft Spandaus  
bekämpft. Damals gelang es den Freunden und Liebhabern, die  
Wegner im bürgerlichen Lager dadurch zu beschwächen, daß sie  
darauf verwiesen, welche große Vorteile die Spandauer Geschäfts-  
welt haben werde, wenn das Johannesstift nach hier komme und  
hier seine sämtlichen Einkäufe besorge. Wenn es gilt, für sich ein  
Geschäftliches zu machen, da sind ja unsere Bürgerlichen immer zu  
haben. Hier sind die meisten aber über den Köffel dardiert worden.  
Wie aus den Berichten der Lokalpresse zu entnehmen, hat das Stift  
unter anderem eine eigene Wasch- und Badeanstalt, eine Bäckerei,  
Schloßerei, Schmiede, Schneiderei, Tischlerei, furtum alles, wotauf  
sich die Spandauer Handwerker und Geschäftsleute gespißt halten,  
daß es von ihnen bezogen wird. Einige wenige Personen haben  
allerdings Vorteile erzielt, und zwar diejenigen, die Bauten aus-  
geführt haben, und dann vor allen Dingen der Antinenwirt, der  
die Bauantenne hatte. Es ist dies der freisinnige Stadtverordnete  
Matthias. Spandau an und für sich und seine sonstigen Einwohner  
haben rein gar nichts; ihnen ist das schönste Stück vom Stadtwald  
weggenommen für ein Kutterbrot, wie man zu sagen pflegt. Für  
Spandauer Oberbürgermeister Köhler, der, wie die Lokalblätter  
hervorheben, mit der goldenen Amtsleiste erschienen war, betonte  
zwar in seiner Ansprache, „wir Spandauer wissen es zu schätzen,  
daß wir dies Institut in unseren Mauern haben“. Ob er damit  
die Ansicht des größten Teiles der Einwohner Spandaus wieder-  
gegeben, dürfte noch sehr zu bezweifeln sein.

### Potsdam.

**Feuer im Park von Sanssouci.** Auf dem Grundstück der Hol-  
gartenintendantur in der Zumbrofstraße, das zum Park von Sanssouci  
gehört, brach gestern vormittag in der neunten Stunde Feuer aus.  
Der Brand war in einem Wohnhause, dessen oberes Geschos als  
Zuragekuppen dienste und fast bis zum Giebel mit Heuborräten  
gefüllt war, entstanden. Obwohl keine direkte Gefahr für das untere  
Wohnhaus bestand, war sofort die gesamte Potsdamer Feuerwehr  
alarmiert worden. Unter Führung des Brandinspektors Edel wurde  
das Feuer sofort mit drei Röhren angegriffen sowie das unmittelbar  
benachbarte Lord-Marshall-Haus gegen etwaiges Ueberspringen des  
Brandes gesichert. Die Ablösung der Heuborräte nahm längere  
Zeit in Anspruch. Um 11 1/2 Uhr war die Gewalt der Flammen  
gebrochen. Der Inhalt des Zuragekuppens ist vollkommen ver-  
nichtet. Die unteren Wohnungen haben jedoch nur durch Wasser-  
schaden gelitten.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.